

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Stuttgart

Kodimey Awokou
MEIN STUTTGART

Anna Katharina Hahn
ZUR CHILLEREICHE.
KLEINER VERSUCH
ÜBER STUTTGART

Roland Müller
EIN GANG DURCH
DIE STADTGESCHICHTE

Simon Teune
PROTEST 2010 UND 2020.
ZWEI HERAUSFORDERUNGEN
DER DEMOKRATIE

Heiner Barz
STUTTGART – HAUPTSTADT
DER FREIDENKER
UND ANTHROPOSOPHEN?

Claudia Diebl · Bentley Schieckoff
INTEGRATION DURCH
ERWERBSARBEIT

Jürgen Dispan
TRANSFORMATION
DER SCHLÜSSELINDUSTRIEN
ALS HERAUSFORDERUNG FÜR
DIE REGIONALWIRTSCHAFT

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Stuttgart

APuZ 5-6/2021

KODIMEY AWOKOU

MEIN STUTTGART

Krawallnächte und Protestbewegungen haben Stuttgart in letzter Zeit eher unrühmliche Aufmerksamkeit beschert. Darüber wird leicht vergessen, wie gut hier die Balance zwischen Tradition und Weltoffenheit gelingt. Eine Liebeserklärung an eine Stadt.

Seite 04-07

ANNA KATHARINA HAHN

ZUR CHILLEREICHE.

KLEINER VERSUCH ÜBER STUTTGART

Stuttgart gehört nicht unbedingt zu den populärsten Städten in den einschlägigen Beliebtheitsrankings. Wer aber einen zweiten Blick wagt, der findet einen Ort voller liebenswerter Eigenheiten, unbekannter Schätze und gechillt-schwäbischer Lässigkeit.

Seite 08-11

ROLAND MÜLLER

EIN GANG DURCH DIE STADTGESCHICHTE

Die Geschichte Stuttgarts wird vor allem in Bezug auf die Doppelfunktion der Stadt als Kommune und Residenz- beziehungsweise Hauptstadt einerseits und die Wechselbeziehung zwischen Stadt und (Um-)Land andererseits mit den daraus resultierenden Spezifika dargestellt.

Seite 12-19

SIMON TEUNE

PROTEST 2010 UND 2020.

ZWEI HERAUSFORDERUNGEN

DER DEMOKRATIE

Die Proteste in Stuttgart 2010 und 2020 fordern die Demokratie auf unterschiedliche Weise heraus. Ging es bei „Stuttgart 21“ um die Legitimität von Mehrheitsverfahren, verschwimmen seit 2020 die Grenzen zwischen legitimem Protest und organisiertem Rechtsextremismus.

Seite 20-25

HEINER BARZ

STUTTGART – HAUPTSTADT DER FREIDENKER UND ANTHROPOSOPIEN?

Den Titel einer „Hauptstadt des Nonkonformismus“ trägt Stuttgart sicherlich zu Unrecht. Gleichwohl lohnt ein Blick auf die dortigen Anfänge der Waldorfpädagogik und der Anthroposophie sowie ihrer Verbindungen zu heutigen Protestbewegungen.

Seite 26-32

CLAUDIA DIEHL · BENTLEY SCHIECKOFF

INTEGRATION DURCH ERWERBSARBEIT

Die erfolgreiche Arbeitsmarktintegration zugewanderter Personen hängt neben individuellen Merkmalen vor allem vom Aufnahmekontext ab. Besondere Bedeutung kommt der kommunalen Ebene zu. Hier hat die Stadt Stuttgart vieles richtig gemacht.

Seite 33-39

JÜRGEN DISPAN

TRANSFORMATION DER SCHLÜSSELINDUSTRIEN ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE REGIONALWIRTSCHAFT

Die Region Stuttgart zählt zu den wirtschafts- und innovationsstärksten in Europa. Aufgrund der doppelten Transformation durch Digitalisierung und Elektromobilität stehen die ihre Regionalwirtschaft prägenden Wirtschaftskluster vor großen Herausforderungen.

Seite 40-46

EDITORIAL

Stuttgart gilt als Musterstadt der Integration. Die „New York Times“ ernannte die baden-württembergische Landeshauptstadt im „Flüchtlingsherbst“ 2015 zum weltweiten Vorbild gelungener Integrationspolitik, und auch im kulturellen Gedächtnis der Bundesrepublik steht die Stadt spätestens seit den 1950er Jahren für die erfolgreiche Verbindung von Migration und Integration, die erst die Grundlage schuf für materiellen Wohlstand, hohe Lebensqualität und ausgeprägten Bürgerstolz. Die Frage, ob „wir das schaffen“, stellte sich in Stuttgart eigentlich nie – es wurde einfach „geschafft“, beim Daimler, beim Porsche oder beim Bosch.

Diese integrationspolitische Erfolgsgeschichte mag vor dem Hintergrund, dass in Stuttgart heute Menschen aus 190 Herkunftsnationen leben und 44 Prozent der Stuttgarterinnen und Stuttgarter aus Familien mit Migrationserfahrung stammen, umso beeindruckender erscheinen. Möglicherweise ist sie aber schlicht das Resultat liberaler Traditionen, weltoffener Gesinnung, wirtschaftlicher Prosperität und einer konsequenten städtischen Integrationspolitik, die sich, unterstützt durch eine vitale Zivilgesellschaft, schon früh gegen den bundes- und parteipolitischen Mainstream gestemmt hat.

Seit den Protesten gegen „Stuttgart 21“, den Ausschreitungen im Sommer 2020 und der Gründung der „Querdenken“-Bewegung bröckelt das Image der Musterstadt. Möglicherweise führt Stuttgart aber nur im Kleinen vor, welche desintegrativen Kräfte und Herausforderungen an der Gesellschaft insgesamt derzeit zerren. Werden gesellschaftliche Probleme nicht adäquat adressiert und verarbeitet und geraten politisches Handeln und individuelle Problemwahrnehmungen aus dem Lot, dann ist das Aufkommen zivilgesellschaftlicher Proteste nicht überraschend. Es scheint, als würde in Stuttgart derzeit stellvertretend für den Rest der Republik gerungen und gestritten. Darin darf man ruhig auch ein positives Zeichen sehen.

Sascha Kneip

ESSAY

MEIN STUTTGART

Kodimey Awokou

Die Krawallnacht von Stuttgart vom 20. Juni 2020, in der Polizisten attackiert, Schaufensterscheiben eingeschlagen und Geschäfte geplündert wurden, hat Narben hinterlassen. Das Sicherheitsgefühl, das seit ich denken kann in Stuttgart vorherrscht, wurde mit einem Schlag erschüttert. Selbstverständlich kennen wir auch hier Kriminalität aller Art; dennoch würde ich behaupten, dass in Stuttgart eine friedliche Atmosphäre überwiegt, die es den Menschen erlaubt, sich nicht ständig um ihre Sicherheit sorgen zu müssen. Daher kam besagte Nacht für die meisten von uns auch so unerwartet. Im Herzen meiner Stadt, vor dem Gebäude, in dem wir viele Jahre unsere Büros hatten, eskalierte die Situation und gefährdet einen Frieden, den wir hier alle vielleicht zu sehr als gegeben erachten.

Die Krawallnacht selbst war schon schlimm. Noch schockierter war ich aber von der darauf folgenden öffentlichen Diskussion. Als im Nachgang bei einigen Tätern, trotz deutschem Pass, die Herkunft der Eltern ermittelt wurde, fühlte ich mich persönlich angegriffen. Das tat weh. Ganz unabhängig davon, dass solche Gewaltausbrüche selbstverständlich nicht tolerierbar sind, zeigte die Debatte doch sehr hässlich den Kern des Problems: Ab wann ist man Deutscher? Ab wann gehört man dazu? Wieso bei denen, die hier geboren sind und die einen deutschen Pass haben, auf die Herkunft der Eltern schauen? Das wirkte auf mich so, als würde man die Gewaltausbrüche mit allen Mitteln außerhalb der Stuttgarter Gesellschaft verorten wollen. Als würde man versuchen, den Grund für die Gewalt, die die Stadt in eine Art Schockstarre versetzte, auszulagern. Als könnten das keine Stuttgarter gewesen sein. „In Stuttgart gibt es das nicht“, und daher macht man sich auf die Suche nach dem fremden Übel, selbst wenn man dafür bis zum Geburtsort der Eltern ausholen muss.

Natürlich muss man nach einer solchen Tat genau hinschauen, wer aus welchen Gründen gewalttätig geworden ist. Die reflexhafte Art aber, mit der man den Grund für die Gewalt in der Herkunft suchte, war verletzend und wurde Stuttgart, einer

Stadt, in der das Zusammenleben unterschiedlichster Kulturen gut funktioniert, nicht gerecht. „Wir sollten es mit Multikulti nicht übertreiben“,⁰¹ war die erste Äußerung des Innenministers von Baden-Württemberg, Thomas Strobl, die ich zu diesem Thema vernommen habe. Ich glaube, Herr Strobl hat nie wirklich in Stuttgart gelebt – richtig gut zu kennen scheint er diese Stadt jedenfalls nicht.

AFRO-SCHWABE

Mein Name ist übrigens Kodimey Awokou. Ich bin 1980 in Stuttgart geboren, meine Mutter kam ebenfalls hier zur Welt, und mein Vater stammt aus Togo. Westafrika. Das sag ich immer so, wenn man mich nach meiner Herkunft fragt. Ich habe immer das Gefühl, man erwartet das. Ich würde am liebsten einfach sagen: „Ich komme aus Stuttgart“, aber das reicht den meisten nicht. Ich kann ihnen das nicht verübeln, bei vielen ist es einfach nur Interesse. Aber es ist schon ermüdend, das immer wieder erläutern zu müssen. Fast wie eine Rechtfertigung, die einem abverlangt wird. Als müsste ich meine Zugehörigkeit zu meiner Heimatstadt begründen.

Aufgewachsen bin ich am Stöckach, dem pulsierenden Verkehrsknotenpunkt, an dem sich der oft leichtfertig übersehene Stuttgarter Osten mit dem Rest der Stadt verbindet. Ich liebe diesen Teil der Stadt besonders. Einmal natürlich wegen der vielen Erinnerungen, die ich damit verbinde, aber auch dank der Einfachheit und Echtheit, der man hier, fernab von Gentrifizierung und hippen Start-Up-Unternehmen, noch begegnen kann.

Die vielen Arbeitersiedlungen in direkter Nachbarschaft zu schwäbischem Wohlstand auf relativ engem Raum schaffen eine für mich nach wie vor faszinierende, einzigartige Mischung. Es ist bunt, oft auch laut, man kann hier sein, wie man halt ist. Die in Verruf geratene schwäbische Ordnung, die sich bei genauem Hinsehen als durchaus nützlich und gar liebenswert erweisen kann, findet man trotzdem auch hier.

Hier lebten wir als Familie zu viert in der Hackstraße. Mal gab's Linsen mit Spätzle, am Tag darauf Akume oder Fufu. Falco und afrikanische Highlife-Hits dröhnten im Wechsel aus der Stereoanlage. Der Häuserkomplex war eine ehemalige Zigarettenfabrik, riesig, mit sehr vielen Wohneinheiten und unterschiedlichsten Familien. Man sprach Deutsch, Türkisch, Kroatisch, Tigrinya, Rumänisch. Die Mutter des einen arbeitete als Ärztin, der große Bruder des anderen machte eine Ausbildung beim Daimler, und manche arbeiteten, wie mein Vater, als Karosseriebauer bei Porsche. Für uns war das alles nicht „Multikulti“ und vor allem nicht übertrieben. Das war einfach Stuttgart.

Hier ist es anders, als es in Diskussionen über „Brennpunkte“ gerne dargestellt wird. Die Menschen leben zusammen Seite an Seite. Zwar mit den üblichen Reibereien, aber im Großen und Ganzen friedlich. Bestimmt ist das zum Teil auch der wirtschaftlichen Situation in Stuttgart zu verdanken. Eine Unterteilung nach Wohngebieten – hier das „Araberviertel“, dort das „Türkenviertel“ –, so etwas gibt es in Stuttgart nicht wirklich. Klar, die Reichen wohnen eher auf dem Hügel, die mit weniger Einkommen im Kessel, aber man begegnet sich in dieser Stadt früher oder später immer. Man kann sich nicht einfach in seinen Wohlfühlbereich zurückziehen. Allein schon wegen der überschaubaren Größe und Einwohnerzahl Stuttgarts lässt sich die Begegnung mit Andersdenkenden oder Andersgläubigen nicht verhindern. Besser so für alle.

ALTE SCHULE

Als 2008, zwei Jahre nach den Vorkommnissen an der Berliner Rütli-Schule,⁰² das Thema Integration immer noch hochkochte, besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Ostheimer Grund- und Realschule in Stuttgart-Ost. Schon meine Mutter war auf diese Schule gegangen. Sie verbrachte dort ihre gesamte Schulzeit, und ich erinnere mich, wie sie mal zu mir sagte, dass es in der Schule damals keine Kinder aus anderen Ländern gab. Das änderte sich innerhalb einer Generation rapide. Denn auch

01 „Mit Multikulti nicht übertreiben“ – „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt im Interview mit Thomas Strobl (Stuttgart), 22.6.2020, www.youtube.com/watch?v=y3JCrxTgHtk.

02 2006 löste ein Brief von Lehrerinnen und Lehrern der Schule an den Berliner Bildungsminister eine öffentliche Debatte über das deutsche Bildungssystem und die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien aus (Anm. d. Red.).

ich ging dort zur Schule, und in meiner Grundschulklasse hatte weit mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler einen „Migrationshintergrund“ (irgendwie mag ich den Begriff nicht). Ich kann mich nicht daran erinnern, dass „Herkunft“ in irgendeiner Form Thema an der Schule war. Nur von einem Jungen weiß ich noch, dessen Mutter ihm am ersten Schultag mit besorgter Stimme befahl: „Setz dich nicht neben einen Türken!“ Dieses laute Flüstern, das keiner hören soll, aber doch jeder hört. Wir fanden es damals schon seltsam, so was zu sagen. Ich glaube, er saß dann die ganze 1. Klasse über neben Ercan.

Der Grund für den Besuch der Kanzlerin war ein erfreulicher: Die Ostheimer Schule in Stuttgart galt – und gilt immer noch, denke ich – als ein Beispiel „gelungener Integration“. Eine Schule mit Kindern aus verschiedenen Kulturen, an der man schnell merkte: So unterschiedlich sind wir gar nicht. Alle freuten sich auf die große Pause, alle wollten Panini-Sticker tauschen (in den 1980ern zumindest) und Tischtennis spielen. Viele Hausaufgaben mochte Ercan genauso wenig wie sein ungehorsamer Sitznachbar.

Zu der Zeit von Kanzlerin Merkels Besuch war ich Student und wohnte in einer kleinen Wohnung am Ostendplatz, nur ein paar Straßen entfernt von meiner alten Schule, weshalb ich mich entschied, dem Spektakel beizuwohnen. Ich erinnere mich nicht mehr daran, was Frau Merkel genau gesagt hat; ich weiß nur noch, ich fand es gut, dass sie was gesagt hat, dass sie gekommen war und damit ein Zeichen gesetzt hatte. Allein mit ihrer Anwesenheit stellte sie sich dem nach den Berliner Ereignissen im Raum stehenden Verdacht entgegen, dass ein friedliches Zusammensein an einer Schule allein schon durch einen hohen Anteil an Migranten gefährdet sei. Und das in meiner Stadt.

WAS DER OPA NOCH WUSSTE

Auf der Spurensuche nach dem Ursprung meiner Heimatliebe zu Stuttgart lande ich unausweichlich bei meinen Großeltern. Ich denke, ich habe mich nirgends so wohl und so zuhause gefühlt wie bei ihnen – egal, wo ich mit ihnen war; ob in ihrem bis ins Detail liebevoll gepflegten Garten oder in ihrer stets wohligh warm temperierten Wohnung. Mein Opa, ein Stuttgarter Urgestein, lebte mir so viele Eigenschaften vor, die uns Schwaben oft als negative Klischees vorgehalten werden: ein Sinn für Ordnung und Sauberkeit, Pünktlichkeit

aus Respekt vor seinem Gegenüber, Strebsamkeit und natürlich die Treue zum VfB. Dazu noch der Wunsch nach Harmonie und die tiefe Liebe für die schwäbische Küche meiner Oma.

Ich hatte ein sehr enges und vertrauensvolles Verhältnis zu meinen Großeltern und versuchte in Gesprächen mit ihnen immer herauszufinden, wie das Leben in Stuttgart in ihrer Jugend war. Mein Opa erzählte mir etwa, dass es in seiner Jugend schon Tradition war, dass sich die Raitelsberger mit den Hallschlägern vor einer stadtbekanntem Wirtschaft zu regelmäßigen Prügeleien verabredeten. Stuttgarter wissen, wovon ich rede. Ich fand das interessant, weil beide Viertel in meiner Jugend das waren, was man heute wohl als „Problembezirk“ bezeichnen würde. Auch hier wurde die Ursache von Problemen häufig einem hohen Ausländeranteil zugeschrieben. Mein Opa wurde 1929 geboren – und schon damals hat man sich dort, ganz ohne Ausländer, gerne regelmäßig was auf die Nase gegeben.

NEUE SCHULE

Dass Stuttgart eine Brutstätte für subkulturelle Bewegungen ist, trägt einen großen Teil zur Lebensqualität der Stadt bei – auch wenn das neben dem sonstigen, ebenfalls beeindruckenden Kulturbetrieb wie der Oper oder dem Theater oft nicht genug zur Geltung kommt.

Für mich und andere besonders prägend, weit über Stuttgarts Grenzen hinaus, war zweifellos die Stuttgarter Hip-Hop-Kultur der 1990er Jahre. Die Kolchosa, ein Zusammenschluss aus Bands und Künstlern wie Freundeskreis, Massive Töne, Afrob und anderen, war unser Vorbild und hat sehr viel in der Stadt bewegt. Die Texte handelten vom Leben in einer Stadt, wie wir sie täglich erlebten, abseits einer Ghetto-Sehnsucht nach den USA, fernab des bedrückenden Alltags französischer Banlieues. So wichtig diese harten Formen des Hip-Hops auch waren und nach wie vor sind, sie spiegelten nicht die Realität der Stadt am Neckar wider. Plätze, Menschen und Ereignisse aus Stuttgart tauchten plötzlich in Texten auf, regionale Sprüche wurden Zeitgeist, man traf sich an den Hotspots und Kreativzentren der Stadt und schaffte etwas gemeinsam, vereint durch die Ausdrucksform, die man lebte, alles für die Stadt, die man repräsentierte. Stuttgart war am Puls der Zeit, und man spürte das an jeder Ecke. Dabei spielte es nie eine Rolle, woher die Eltern kamen, ob sie reich oder arm waren; nur, was

man zur Kultur beisteuerte, zählte. Vielleicht verkörpert die Nostalgie meinen Blick auf diese Ära ein wenig, aber ich erinnere mich tatsächlich nur an ein positives Grundgefühl, eine elektrisierende Aufbruchstimmung, die die ganze Stadt antrieb und vieles hier in Gang gesetzt hat.

Auch der Grundstein für meine berufliche Laufbahn wurde in jener Zeit gelegt. Vor mittlerweile über 20 Jahren gründeten Freunde und ich im Herzen Stuttgarts das Hip-Hop-Label Chimperator Productions, das langsam aber stetig wuchs und Künstler wie Die Orsons oder Cro hervorbrachte. Mittlerweile sind aus der Schnapsidee von ein paar Jungs im Jugendhaus Mitte eine Plattenfirma, eine Booking-Agentur und eine Spielstätte entstanden, die allesamt zum Kulturbetrieb in Stuttgart beitragen dürfen. Bei all unseren Unternehmungen versuchen wir immer, den Geist der goldenen Ära des Stuttgarter Raps und dessen Werte einfließen zu lassen.

Die damalige Bewegung einer Jugend, die nicht direkt politisch war, aber doch gemeinsame Normen und Werte wie Toleranz und Weltoffenheit pflegte, war ansteckend und weitreichend. Die Stuttgarter Vorwahl 0711, die zum Gütesiegel für Rapkultur aus dem Kessel wurde, steht bis heute für „ein Stuttgart der Solidarität und der Gemeinschaft, für ein Konzept von Stadt, in dem Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Hintergründe friedlich miteinander leben“,⁰³ wie es in einem von sehr vielen Stuttgarter Kulturschaffenden unterstützten offenen Brief der 0711-Gründer heißt, der als Reaktion auf die sogenannte Querdenker-Bewegung initiiert wurde, die sich die 0711-Vorwahl ebenfalls zu eigen zu machen versuchte – eine Vereinigung, die unter anderem mit Nazis durch Berlin zieht und sich dabei anmaßt, unsere „Süße aus dem Süden mit dem Dialekt“⁰⁴ zu repräsentieren. Dazu heißt es in dem offenen Brief weiter: „Wir verurteilen den Missbrauch des Symbols 0711 für populistische Zwecke und den Versuch, Popkultur aus hetzerischen und spalterischen Gründen umzudeuten, auf das Schärfste. Die Corona-Maßnahmen kritisch zu hinterfragen, ist wichtig. Auf Demos Seite an Seite mit Reichskriegsflaggenträgern zu marschieren, ist dagegen unverzeihlich.“⁰⁵ Dem ist nichts hinzuzufügen.

03 Stuttgarter Künstlerkollektiv, An alle 0711er, 7.11.2020, <http://kolchosa.tv/#prettyPhoto/11>.

04 Max Herre, 1ste Liebe, 2004, Four Music Productions.

05 Stuttgarter Künstlerkollektiv (Anm. 3).

SCHIMPFFEN PLUS

Spreche ich mit Menschen aus anderen Städten, kommt immer wieder die Frage nach der Stuttgarter Protestkultur auf, die Frage, warum wir hier unten ständig meckern, uns dafür zusammensetzen und auf die Straße gehen. Allen voran kommt den meisten die Protestbewegung gegen „Stuttgart 21“ in den Sinn, die bundesweit für Schlagzeilen sorgte. Stuttgarter aller Altersklassen und politischer Gesinnungen waren vereint gegen das Milliardenprojekt. Auch wenn es wohl nicht die Mehrheit der Bürgerschaft war, die sich dem Protest anschloss, so schien es doch ein Querschnitt durch eine sehr vielfältige Stadtgesellschaft zu sein. Mit anhaltender Dauer flachte der Protest aus vielerlei Gründen ab. Es wurden Fakten geschaffen, und meiner Meinung nach hat sich der Protest irgendwann verrannt. Ich erinnere mich an eine Veranstaltung am Schlossplatz, auf der ein Redner lauthals schreiend behauptete, das mit „Stuttgart 21“ sei genauso wie mit den Kriegen in Afghanistan und im Irak, weil auch hier die Bürger bevormundet würden. Bei solch abstrusem Quatsch, der Opfer von Krieg und Gewalt verhöhnt, sind die gemäßigten Stuttgarter dann halt irgendwann raus aus der Sache. Es ging schließlich um einen Bahnhof.

Aber ja, man kann schon sagen, dass wir Stuttgarter gerne schimpfen, und das reicht von der Oma am Fenster, die Falschparker mit einem beherzten „Des isch koi Parkplatz!“ begrüßt, bis hin zu einer ganzen Bewegung, die einen vermeintlichen Missstand anprangert. Wir Schwaben werfen gerne den Blick auf den Teil einer Sache, der nicht funktioniert und der einer Optimierung bedarf.

Mein Opa war auch hierfür ein gutes Beispiel: Er hatte stets im Blick, was schief laufen konnte und wollte dafür sorgen, jegliche Gefahr des Kontrollverlusts zu minimieren. Das reichte vom Kleinen bis ins Große: vom randvollen Spezi-Glas, das zu nah am Tischrand stand und bei jeder unkontrollierten Fuchtelei des Enkels auf dem Boden zu landen drohte, bis hin zu weitreichenden Entscheidungen für die Absicherung der Familie. Ich habe das nie als störend empfunden, im Gegenteil, eher als Rückhalt. Man wusste immer, da ist jemand in der Familie, auf den Verlass ist, der die Dinge besser macht, wenn sie mal nicht laufen. Daher ist das Stuttgarter Schimpfen auch kein klassisches Schimpfen, sondern eher ein „Bruddeln“, wie man hier gerne sagt, quasi ein upgedatetes Schimpfen.

Doch leider liegt die Stuttgarter Mecker-Kultur nicht nur in dem genannten Optimierungsgedan-

ken begründet. Man findet bei kleinsten Regelverstößen schon auch das gehässige, oft neiderfüllte Meckern. Regelverstöße sind oft zu viel für das schwäbische Gemüt, und so können die zu hohe Hecke oder die spielenden Kinder im Hinterhof schnell zum Streitfall werden. Häufig fehlt das gesunde Maß beziehungsweise der angemessene Ton im Umgang mit den Mitmenschen. Und so entpuppt sich das Bruddeln oft als Hindernis im friedlichen Miteinander und trägt dazu bei, dass wir in anderen Teilen Deutschlands mitunter als nicht besonders sympathisch wahrgenommen werden.

WOHIN GEHT'S?

Was Stuttgart immer besonders machte, war nicht zuletzt der andauernde Tanz, den das sogenannte Spießertum mit den progressiven Kräften aufführte. Eine echte Aufbruchstimmung ist in Stuttgart allerdings schon länger nicht mehr zu spüren. Die Stadt wirkt unentschlossen – als könne sie sich nicht entscheiden zwischen bewährter Sicherheit durch Autoindustrie, Handwerk und Law and Order einerseits und sozialem und ökologischem Wandel andererseits.

Doch wie dem auch sei: Ich liebe diese Stadt. Hier bin ich geboren, und ich mag den Gedanken, irgendwann am Bergfriedhof die letzte Ruhe zu finden, wo die U4 ihre Kurve zum Ostendplatz fährt und das Leben in Stuttgart-Ost pulsiert. Hier habe ich meine Frau kennengelernt, hier wachsen unsere Kinder mit dem Selbstverständnis auf, Teil dieser Stadt zu sein. Sie werden ihre Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft noch weniger infrage stellen, als es meine Frau und ich (Migrationshintergrund, weisch?) vielleicht noch mussten. Ich denke, wir sind hier in der Kesselstadt auf einem guten Weg, wenn wir uns weiterhin durch Stimmungsmacher und Spalter nicht aus der Ruhe bringen lassen.

Das weltoffene, das warmherzige Stuttgart, das in den richtigen Momenten liebenswert provinziell anmutet, das ab und an stur bleibt und dann konservativ ist, wenn es Dinge zu bewahren gilt, die all seinen Bürgerinnen und Bürgern nutzen, das Traditionen pflegt, aber stets den Blick auf die Welt und nach vorne wagt: Das ist mein Stuttgart.

KODIMEY AWOKOU

ist studierter Germanist und Anglist, Produzent und Geschäftsführer von Chimperator Productions.
kody@chimperator.de

ESSAY

ZUR CHILLEREICHE

Kleiner Versuch über Stuttgart

Anna Katharina Hahn

Bielefeld wurde schon unterstellt, einfach nicht zu existieren. Auch Hannover hat es nicht leicht. Aber Stuttgart? Ist nicht mal einen lauen Witz wert. Stattdessen lassen sich mühelos Hasszitate sammeln, wann immer Stuttgart es in die überregionalen Schlagzeilen schafft. Auch bei Beliebtheitsumfragen in ganz Deutschland zählt die Landeshauptstadt nie zu den Gewinnerinnen.

Stuttgart-Bashing scheint unzerstörbar in der DNA aller Nicht-Schwaben verhäkelt zu sein. Der „Porno-Hippie-Schwabe“, das Berliner Gespenst der Nullerjahre, hat sich tief ins deutsche Gedächtnis eingefräst, ebenso die Abkürzung „TSH“ – totaler Schwabenhass. Jan Böhmermann findet Stuttgart „so schön wie zwei ineinander verkeilte Porsche Cayenne“, und Alan Posener orakelt in der „Zeit“ allen Ernstes, die Stadt sei „eine Verkörperung der existenziellen Tristesse“, und in ihrer Luft sei „etwas Verkrampfes, Unfrohes“.⁰¹

Ich diskutiere nicht mehr über Stuttgart. Jahrzehntlang habe ich versucht, auf seine Vorzüge hinzuweisen. Stuttgart lässt sich nur begreifen, wenn der zweite Blick eine Chance bekommt. Schriftsteller wie Hermann Lenz und Wilhelm Genazino haben eine geheime Schule der liebevollen Betrachtung ihrer durch den Zweiten Weltkrieg unansehnlich gewordenen Städte gebildet. Der eine beschrieb damit Stuttgart vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1980er Jahre, der andere streifte durch Mannheim und das Frankfurt der alten Bundesrepublik.

Jede Neu-Stuttgarterin, jeder Neu-Stuttgarter sollte im Bürgerbüro einen Roman aus dem Eugen-Rapp-Zyklus von Hermann Lenz als Willkommengeschenk erhalten. Wenn dieser zynisch-sanfte Antiheld an Nachkriegsruinen oder den Hässlichkeiten des Wiederaufbaus vorbeizockelt, murmelt er oft: „Eigentlich scheißlich.“ Sein nostalgisches Gejammer um jedes Straßenschild in Fraktur, jede schmiedeeiserne Zaunverzierung kann gelegentlich nerven, aber seine

Sehnsucht nach dem Vergangenen bewahrt die Erinnerung an gewesene Schönheit für alle, die ihn lesend begleiten.

Ich habe aufgehört, mich für Stuttgart zu rechtfertigen. Für das Erscheinungsbild meiner Stadt, ihren Reichtum, den Dialekt, die Lebensart ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Von den Beschimpfungen habe ich die Nase voll, aber auch von meinem eigenen, fast demütigen Dagegenhalten.

Lieber mache ich den Versuch, diesen Ort zu ergründen, subjektiv und selbstverständlich fast ohne Fußnoten. Mein Verhältnis zu Stuttgart ist enger, als es sich für einen Geburts- oder Wohnort gehört. Die Stadt ist meine Bühne, der Schauplatz meiner Romane, meine ewige Baustelle und mein Arbeitsplatz. Dabei kommt sie mir so lebendig vor wie eine Person, ein altes Mädchen, ruppig und struppig, schön und liebenswert, verranzt und wild, bodenständig und verrückt. Manchmal hasse ich sie regelrecht, bin froh, wenn ich ihr entkommen, in den Zug steigen kann, plane den Umzug in eine richtige Metropole – und bin doch unendlich erleichtert, wenn ich den Fernsehturm wiedersehe, den Hügelkranz der Weinberge, den Stern überm Hauptbahnhof.

SOUND UND STOLZ

Häberle und Pfeleiderer stehen ganz in der Nähe der Stuttgarter Börse, am Fuß des Friedrichsbaus. Spärlicher Januarschnee weißelt ihre Hüte. Dem Häberle hängt ein Regenschirm über dem Arm, Pfeleiderer umklammert eine Flasche Wein, vermutlich Trollinger. Zu ihren Füßen wartet der Spitz Napoleonle, eine aus der Mode gekommene Hunderasse. Niemand beachtet die beiden Bronzemänner auf ihrem Sockel. Kaum ein Passant unter 50 kann mit ihrem halb gejedelten, halb gemammerten Erkennungsruf „So so! – Ja ja!“ noch etwas anfangen. Pfeleiderer, ein knitzer, also bauernschlauer, grober und immer leicht am Prolo

entlangschrammender Typus, wurde vom Schauspieler Willi Reichert verkörpert. Den eher poetisch veranlagten Träumer Häberle gab der ehemalige Buchhändler Oscar Heiler.

Auf Youtube sind einige Sketche des Komikerduos wie schwarzweiße Erinnerungen zu sehen. Die Harmlosigkeit ihrer Späße offenbart sich sofort. Nur selten und versteckt wird Politisches geboten, dafür menschelt es allenthalben. Der starke schwäbische Dialekt tut ein Übriges. Sie wirken fremd, fast exotisch, besonders auf Norddeutsche.

„Furchtlos und treu“ lautet der Wahlspruch des erst 1817 von Napoleons Gnaden gegründeten Königreichs Württemberg. Auch der VfB Stuttgart schreibt sich diesen Spruch seit 2014 auf die Fahnen. Treu sind die Stuttgarter, denn es gehört schon etwas dazu, zwei erfundene Kerle in Bronze zu gießen. Von 1933 bis in die späten Siebziger waren Häberle und Pfeleiderer nicht nur auf der Theaterbühne, sondern auch in Radio und Fernsehen präsent, als beliebte Werbeträger und bundesweite Vertreter der „typischen Schwaben“.

2021 taugen die beiden Herren sicher nicht mehr als Botschafter Stuttgarts. Eher schon der Comedian Özcan Cosar. Wahrscheinlich verkörpern Häberle und Pfeleiderer sogar etwas, das der Stadt mehr geschadet als genutzt hat, selbst wenn es lustig ist: das Behäbige, Altmodische und Selbstgenügsame, das Stuttgart anhaftet wie Pech und Schwefel.

Doch wenn ich den Versuch unternehme, meine Heimatstadt zu erklären, gehören die beiden dazu, ein vergangener Teil des Ganzen, der manchmal wieder an die Oberfläche treibt. Besonders, wenn die Leute reden, auch die ganz jungen. Denn sie reden immer noch vom „Veschper“, wenn sie ihr Pausenbrot meinen, wissen, dass ein „Ranzen“ keine Schultasche ist, sondern ein Schmerbauch und kreuzen die Arme über der Brust, wenn man ihnen sagt, sie sollen „Brezelärmle“ machen. Der Sound ist geblieben, auch wenn die Wurzeln vieler Stuttgarterinnen und Stuttgarter mittlerweile in 190 verschiedenen Ländern liegen.

Vielleicht kommt es nicht von ungefähr, dass die Stadt mit dem schwarzen Rössle im Wappen keine eigene Gründungssage hat. Ein schnöder Pferdehof hat ihr den Namen geschenkt, ein

Stutengarten. Mehr ist nicht verbürgt. Manchmal denke ich, gerade aus dieser Leere entsteht ein besonderer Erfindungsreichtum. Berühmtere und schönere Städte verschwinden zuweilen fast unter einem Firnis aus Filmen, Erzählungen, Mythen. In Stuttgart musste man zu anderen Mitteln greifen: Johann Gottlieb Munder, ein findiger Buchdrucker und Redakteur der kleinformatigen Tageszeitung „Die Stuttgarter Stadt-Glocke“ dachte sich jede Menge „uralter“ Sagen aus und füllte damit sein Blättchen. Diese unterhaltsamen und identitätsstiftenden Geschichten wurden so oft nachgedruckt – selbstverständlich ohne den Verfasser zu nennen –, dass die Landeshauptstadt heute „Das große Stuttgarter Sagenbuch“ ihr Eigen nennen kann, in dem es von Geistern, verborgenen Schätzen und Erdleutle nur so wimmelt.⁰²

Passend zum stolzen Wappen-Gaul führen verschiedene Konditoreien „Roßbolla“, also Pferdeäpfel, eine beliebte Pralinenspezialität. An weiteren Devotionalien besteht Bedarf. Daher hat sich hinter den Sandsteinsäulen des Königsbaus am Schlossplatz das „Kaufhaus Mitte“ angesiedelt. Es versorgt seine Kundschaft nicht nur mit bunten Socken, Marmelade in Tuben und lokalem Gin, sondern auch mit Insignien, die zeigen, dass ein Bekenntnis zu „Stuggi“ nicht peinlich, sondern der Ausdruck großstädtischen Lebensgefühls ist, dem alten „I love NY“-Sticker durchaus ebenbürtig. Als ich dort neulich einige Hipster in „Benztown rockt so“-Hoodies bewunderte, dachte ich: „Gar nicht übel, dieses Selbstbewusstsein“, bis mein Blick auf ein Buch mit dem Titel „55 Gründe, Stuttgart trotzdem zu lieben“ fiel.⁰³ Ganz so leicht fällt er also doch nicht, der neue Stolz.

HÄSSLICH UND PRAKTISCH

Heute hat Stuttgart nichts mehr davon, in Vorkriegsreiseführern als eine der schönsten deutschen Städte gepriesen zu werden. Besonders der alte Marktplatz muss eine Augenweide gewesen sein. München, die andere Großstadt Süddeutschlands, liegt nicht weit entfernt; dem Charme der bayerischen Prinzessin kann das Schwabenmädle wenig entgegensetzen.

02 Ulrich Gohl (Hrsg.), Das große Stuttgarter Sagenbuch, Stuttgart 2012.

03 Heiko Volz, 55 Gründe, Stuttgart trotzdem zu lieben. Denkwürdige Geschichten aus dem Leben eines Eingeborenen, Stuttgart 2020.

01 Erklärungen jenseits von Alkohol und Testosteron, 22.6.2020, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-06/stuttgart-ausschreitungen-wutbuenger-party-gewalt-polizei-elend.

„Quadratisch, praktisch, gut“ – so lautet der Werbeslogan der bekannten Schokolade, die im nahen Waldenbuch hergestellt wird. Er stammt aus dem Jahr 1970 und passt trotzdem hervorragend zur Mentalität, mit der die Nachkriegsgeneration an den Wiederaufbau ihrer Städte heranging. Als wichtiges Industriezentrum und Verkehrsknotenpunkt war Stuttgart zu 68 Prozent zerstört worden. Beim Wiederaufbau ging es rabiät zu, nach dem Leitbild einer Autostadt, in der man motorisiert möglichst schnell von A nach B gelangen konnte. Plätze und ganze Viertel werden heute von mehrspurigen Straßen durchtrennt. Abrissbürgermeister Arnulf Klett opferte ohne Not die Hohe Karlsschule und den Kronprinzenbau, die die Bomben überstanden hatten. Fast überall, wo neu gebaut wird, sprießen entsetzliche Kreationen hervor, als lebte im Mutterboden dieser Stadt, deren Architektur-Ausbildung durchaus Renommée genießt, ein Pilzmyzel, das uns unermüdlich mit frischen Scheußlichkeiten versorgt.

Das Europaviertel hinter der riesigen Bahnhofsbaustelle mit seinen nach Fernweh klingenden Straßennamen zeigt sich als Mangelgebiet schöpferischer Fantasie, geradezu menschenfeindlich. Wirkliche Lebensorte sucht man hier vergebens. Hässlich und funktional nach dem Motto: „Hauptsache, es tut“ siegt in Stuttgart leider fast immer über alles, das schön, prächtig oder wenigstens gemütlich-verranzt sein könnte. Ob der neue Hauptbahnhof und die Bebauung der freiwerdenden Gleisflächen sich in diese ungute Tradition einreihen werden, bleibt abzuwarten.

Kaum ein Ort, wo sie nicht flattern: an Fassaden und Mauern, Müllcontainern und Bushäuschen – zwei ausgebreitete Engelsflügel. Mit ihrer pummeligen Form und den lockigen Rändern könnten sie auch eine Kumuluswolke darstellen. Stuttgarts unspektakuläre freie Flächen werden durch diese anonyme Schöpfung sichtbarer, auch wenn viele sich über sie ärgern. Die Flügelwolke ist momentan wohl das bekannteste illegale Graffiti der Landeshauptstadt. Gleichzeitig zeigt die Sprayer-Szene in der leeren Bahnhofshalle auf Hunderten von Quadratmetern ihr Können – ganz im Rahmen des Gesetzes und unter der Schirmherrschaft des Kunstmuseums und seiner Direktorin Ulrike Groos.

Viele Stuttgarter leiden unter den zahlreichen Gruselecken ihrer Heimat, versuchen immer wieder, die unwirtlichen Teile der Stadt zu gestalten. Zu solchen Bemühungen gehört der „Aufbruch

Stuttgart“, eine Bürgerinitiative, die unter anderem die Überdachung der verkehrsreichen Konrad-Adenauer-Straße fordert, damit die an ihren Seiten gelagerten Theater, Museen, Bibliotheken und Parks nicht mehr von der Fahrbahn getrennt werden. Für mich gehört die vielfältige Szene der Stuttgarter Writer gleichwertig zu diesen eher bürgerlichen Versuchen, das eigene Lebensumfeld zu verändern. Mit großflächigen Graffiti und zahllosen Tags, mit Stickern an jedem Laternenmast schreiben sich Leute in das oft graue Gesicht ein, das sie umgibt, hinterlassen ihre Botschaften und Bilder.

LÄNDLICH UND GECHILLT

Nüchtern wie Leitungswasser wirkt die Einteilung des Stadtkerns in fünf Viertel: Mitte, Süd, West, Nord und Ost. Über den Kessel hinaus hat sich Stuttgart ausgedehnt, indem es im Umland Dorf um Dorf verschluckte und heute 23 Bezirke umfasst. Die Namen der ehemaligen Weingärtner- und Bauernflecken, die inzwischen allesamt ein großes S vor ihrem Ortsnamen stehen haben, bringen nicht nur klanglich Abwechslung: Botnang, Rohracker, Möhringen, Obertürkheim. Sie sorgen auch für einen Hauch von Landlust inmitten der Großstadt. Der augenfälligste Weinberg liegt gleich hinter dem Hauptbahnhof. Hier keltert die Stadt ihre eigenen Roten und Weißen, gelesen von ehrenamtlichen Helfern. Viele Häuser, besonders in den Vororten, besitzen noch die riesigen hölzernen Torflügel vor ihren Kellern, aus denen die Fässer gerollt wurden. In den Gärten dahinter gedeihen nicht nur Thujahecken und Bambus, sondern auch Quitten und Rhabarber, und zwischen Zwiebeln, Lauch und Salat leuchtet die Vielfalt der Blumenstauden. Nicht von ungefähr gibt es in Stuttgart zahlreiche Wochenmärkte.

Doch Anbau und Verkauf findet auch auf andere Weise statt: Selbst an furchteinflößenden Durchfahrtsstraßen kann man noch auf sogenannte Hauslädle stoßen. Eine alte Obstkiste, ein Küchenstuhl werden gefällig mit einem sauberen Geschirrtuch bedeckt, darauf präsentieren sich ein paar Schalen Zwetschgen, Walnüsse, Weintrauben, im Sommer Kirschen oder wassergefüllte Marmeladengläser mit einfachen Blumensträußen, Cosmea, Zinnie, Aster und Ringelblume. Ein handgeschriebenes Schild verrät die stets niedrigen Preise, in die Dosen daneben legt die ehrliche Kundschaft ihr Kleingeld, passend

abgezählt. Die Inhaber bekommt man nie zu Gesicht. Im Herbst kaufte ich in Obertürkheim, nur eine S-Bahnstation hinter den Daimlerwerken, ein paar hellgrün und violett gestreifte, pflückfrische Feigen, das Stück zu 50 Cent, wobei ich das Geld in den Briefkasten am Haus zu werfen hatte.

„Wenn man durch Stuttgart streift (...) riecht’s immer nach angeschwitzten Zwiebeln“, stellt der Stuttgarter Künstler und Koch Mario Ohno im Dokumentarfilm „Stuttgart, ich hänge an dir“ fest.⁰⁴ Natürlich riecht es im Kessel auch nach Döner, nach Hopfen und Malz aus den Brauereien, nach Pizza, Gyros, Benzin, Kastanienblüten, dem Schwefel der Mineralquellen, Stadionwurst, nach Volksfest-Zuckerwatte und verbrannten Gummireifen. Wenn ich im Herbst die Steilhänge hinter Hedelfingen hinauflaufe, steigt es scharf und vergoren aus den Tresterhaufen auf, diesen braunvioletten, von Fruchtfliegen umsummten Bergen gekelterter Trauben, die an den Wegrändern der Weinberge liegen. Sobald es ein bisschen wärmer wird, hängen Marihuanawolken über der Stadt.

„Stadtkind“, ein Stuttgarter Online-Magazin, stellt unter der Rubrik „10 Fehler, die man in Stuttgart vermeiden sollte“ Tipps für Neulinge vor. Gleich an zweiter Stelle mahnt die Autorin: „Feiern gehen wollen – und über Eintrittspreise diskutieren. Ja, es kostet Eintritt. Just accept it.“ Billig ist hier nichts. Mieten und Baugrund gehören zu den teuersten bundesweit, im Alltagsleben sieht es auch nicht besser aus. Stuttgart ist eine junge Stadt. Gern wird vergessen, dass das Durchschnittsalter ihrer Einwohnerschaft bei 42 Jahren liegt. Jugendliche haben selten genug Geld für Restaurant- oder Barbesuche. Im Sommer gibt es die Stäffe, schwäbisch für Treppchen. Durch viele Hänge ziehen sich diese langen, steilen Treppen, über 500 sollen es insgesamt sein. Ursprünglich dienten sie den Winzern dazu, ihre Weinberge zu erklimmen und zu bearbeiten. Als sich Stuttgart um 1850 ausdehnte, baute man die alten Weinbergstaffeln um, häufig zu prachtvollen Treppenanlagen mit Zwischenwegen und Aussichtspunkten. Auf den Stäffele sitzt es sich ganz umsonst. Knutschen, reden, feiern, kiffen, chillen – umgeben von Häusern, Hinterhöfen und Gärten. Viele lieben die Stadt gerade wegen ihrer Überschaubarkeit, man kommt schnell überall hin, kann an einem Abend die schönsten

Aussichtspunkte abklappern, überall andere Leute treffen. Von der Sünderstaffel zur Eugenstaffel, zur Karlshöhe, weiter auf die Oscar-Heiler- und dann zur Willi-Reichert-Staffel, denn jeder Komiker hat seine eigene. Am Ende reicht die Puste vielleicht noch für den Aufstieg an den Waldrand, zur Schillereiche, in deren Nähe Friedrich Schiller angeblich seinen Freunden „Die Räuber“ vorgelesen hat. Zwar ist dies historisch falsch, aber die Vorstellung bleibt schön. Noch besser gefällt mir die aktualisierte Beschriftung des Straßenschildes. Dem Schiller ist sein S abhandengekommen, sodass man nun unter der Chillereiche abhängen kann.

HOFFUNGSVOLLE ZUKUNFT ODER NECKAR-DETROIT?

Natürlich denke ich manchmal über Stuttgarts Zukunft nach. Weniger Autos täten gut. Allein die Vorstellung, einen Teil der Parkplätze als Grünflächen zu nutzen. Frischluft für eine Stadt im Klimawandel. Aber ein Leben im Kessel ohne die uns alle fütternde Schlüsselindustrie? In meinem letzten Roman „Aus und davon“ schauen die Teenagerin Stella und ihre Clique eine selbstverständlich fiktive Serie namens „Chinese Beams“. Darin hat sich Stuttgart samt Umgebung in eine Agrarregion verwandelt, die wohlhabende ältere Chinesen als Erholungsort besuchen. Ehemalige Daimler-Ingenieurinnen versuchen, sich und ihre Familien mit Oldtimer-Fahrten, der Zucht von Hausgrillen und schwäbisch-asiatischen Restaurants über Wasser zu halten. In China wurde das Beamen erfunden, nach alter Star-Trek-Manier lässt sich jede Entfernung spielend überwinden. Autos, egal mit welchem Antrieb, sind damit endgültig passé.

Längst ist der Strukturwandel in vollem Gange. Stuttgart spürt seine Auswirkungen bereits: Arbeitsplätze, die Infrastruktur, die Sicherheit, gut aufgestellt zu sein – das alles fühlt sich wackelig an. Der legendäre schwäbische Erfindergeist muss dringend aus der Flasche kommen. Bequem darf man es sich im Kessel nicht machen.

ANNA KATHARINA HAHN

ist Schriftstellerin und lebt mit ihrer Familie in Stuttgart. Zuletzt erschien 2020 im Suhrkamp Verlag ihr vierter Roman „Aus und davon“, für den sie mit dem Preis der Stiftung Ravensburger ausgezeichnet wurde.

⁰⁴ Goggo Gensch, Stuttgart, ich hänge an Dir, Dokumentarfilm, 18.6.2020, SWR Fernsehen.

STUTTGART – EIN GANG DURCH DIE STADTGESCHICHTE

Roland Müller

Stuttgarts Geschichte ist in hohem Maße von der Topografie sowie von der Doppelfunktion als Kommune und Residenz beziehungsweise Hauptstadt geprägt, mithin von der Wechselbeziehung zwischen Stadt und Herrschaft einerseits und Stadt und (Um-)Land andererseits. Beide Aspekte sollen bei diesem Versuch eines knappen Überblicks besonders gewichtet werden.

Die je nach Perspektive reizvolle oder ungünstige Lage beförderte spekulative Aussagen über das „Wesen“ der Stadt und ihre Einwohner; sie wurde auch als politisches Argument instrumentalisiert, meist negativ als „Kessel“ assoziiert. Eine moderne Stadtgeschichte ist ein Desiderat; die Erforschung der Stadtgeschichte wird durch massive Überlieferungsverluste erschwert.

ZENTRALORT – DEZENTRAL

Zweifellos bildet die Entwicklung Stuttgarts abseits vom Fluss und von großen Verkehrswegen siedlungsgeografisch einen Sonderfall. Auf die günstigere Lage Cannstatts ist wiederholt hingewiesen worden. Über dem Neckar errichteten dort am Ende des ersten Jahrhunderts n. Chr. die Römer ein Reiterkastell. In der Nähe entstand im Frühmittelalter mit einer Martinskirche ein kirchliches Zentrum.

In der Stadtmitte haben Ausgrabungen zwischen 1998 und 2005 Nachweise für einen ins 8. Jahrhundert reichenden Friedhof und eine hochmittelalterliche Siedlung erbracht. Unbelegt, aber zumindest plausibel ist die Gründung eines Gestüts um die Mitte des 10. Jahrhunderts, das der Stadt Namen und Wappen verlieh.

Frühtester Namensbeleg ist eine auf Mitte des 12. Jahrhunderts datierte Erwähnung eines „Hugo von Stokarten“ im Codex Hirsaugiensis um 1500. Bis zur ersten urkundlichen Erwähnung dauerte es bis 1229; die von Papst Gregor IX. dem Kloster Bebenhausen bestätigten Weinberge verweisen auf den bis ins 18. Jahrhundert wichtigs-

ten Wirtschaftszweig. Zuvor schon ist eine Stadtwerdung unter dem Markgrafen Hermann von Baden anzunehmen. Durch Heirat 1251 an die Grafen von Württemberg gelangt, geriet Stuttgart in die nachstauischen Territorialkonflikte und 1312 für drei Jahre unter Verwaltung der benachbarten Reichsstadt Esslingen.

Eine Zäsur bedeutete die Verlegung von Sitz und Grablege der Württemberger nach Stuttgart um 1320; hierfür werden strategische Gründe ins Feld geführt. Die Kirche des neuen Heilig-Kreuz-Stiftes übernahm auch die Funktion einer Stadtpfarrkirche. Stuttgart profitierte von der Stabilisierung des Territoriums. Jenseits der Stadtbefestigung entstand die Esslinger Vorstadt, im 15. Jahrhundert wurden Stifts- und Leonhardskirche erweitert, und die in der neuen, der Oberen oder Turnierackervorstadt gebaute dritte spätgotische Kirche überließ der Landesherr den Dominikanern für die einzige Klostergründung in der Stadt. Stuttgart hatte jene Gestalt angenommen, die kaum verändert bis zum Ende des Alten Reiches 1806 Bestand hatte.

Eberhard im Bart, 1495 zum Herzog erhoben, vereinigte die seit 1442 geteilte Herrschaft im Münsinger Vertrag; dort war die Zentralfunktion Stuttgarts verankert. Mit dem Jerusalemipilger und Universitätsgründer kam als Angehöriger des Hofgerichts der Humanist Johannes Reuchlin, bekannt als Verteidiger jüdischer Schriften, nach Stuttgart. Eberhard aber verwies die Juden aus Stadt und Land.

DIE STADT ALS RESIDENZ

Stuttgart reichte Anfang des 16. Jahrhunderts mit rund 5000 Einwohnern nicht an die führende südwestdeutsche Reichsstadt Ulm heran. Gericht und Rat sind früh belegt, aber kaum greifbar. Der herzogliche Vogt agierte in Doppelfunktion meist in herrschaftlichem Sinne. Daran sollte sich bis 1806 nichts ändern. Die Tätigkeit der

Bürgermeister in der Funktion von Kämmerern (im heutigen Sinne) dokumentieren die von 1508 bis 1746 erhaltenen Rechnungen; sie werden derzeit im Stadtarchiv mit Projektfördermitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) digitalisiert und versprechen neue Erkenntnisse über die frühneuzeitliche Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

Die mit Hof- und Landesherrn insbesondere ökonomisch eng verbundene Oberschicht hatte eine starke wirtschaftliche Stellung inne. Dies zeigte sich beim Aufstand des „Armen Konrad“ 1514, als jene unter Führung von Stuttgart und Tübingen dem Herzog gegen Übernahme der Schulden das Recht zur Steuererhebung sowie die Mitbestimmung in wichtigen Angelegenheiten durch einen Landtag in Stuttgart abzurufen vermochte.

Nach einem kaiserlich-habsburgischen Intermezzo eroberte Herzog Ulrich 1534 mit Hilfe des hessischen Landgrafen Philipp das Herzogtum zurück und führte die Reformation ein. Sein Nachfolger Christoph schuf unter anderem mit einer Landesordnung und der Großen Kirchenordnung die Grundlage des württembergischen Staatswesens der Frühen Neuzeit. Der Zug zur inneren Ordnung erfasste auch die Residenz mit einer Kodifikation städtischer Rechte und Regeln sowie Verordnungen etwa zu Bau und Feuerchutz.

Stuttgart erlebte damals eine fürstliche Prachterfaltung. Das Schloss wurde im Stil der Renaissance umgestaltet. Im erweiterten Schlossgarten entstand das spektakuläre Lusthaus, bald darauf als weiterer Prachtbau der sogenannte Neue Bau von Heinrich Schickhardt. Auf den „schwäbischen Leonardo“ gehen auch die Anlage des Schillerplatzes mit dem „Prinzenbau“ zurück, der mit Altem Schloss, Kanzlei, Fruchtkasten und Stiftskirche bis heute ein Ensemble bildet, sowie erste stolze Bürgerhäuser. Gleichwohl waren die desolaten hygienischen Verhältnisse ein Dauerthema.

Im Dreißigjährigen Krieg traf die Kriegsfurie die Stadt nicht unmittelbar; die Besetzung durch kaiserliche Truppen nach der Schlacht von Nördlingen 1634 brachte freilich drückende Lasten. Vor allem aber raffte die Pest mehr als die Hälfte der Einwohner hinweg; Zuzug aus dem stark zerstörten Umland minderte den absoluten Verlust. Anders als große Teile des Südwestens blieb Stuttgart bei Vormärschen der Franzosen in den 1670er Jahren und auch im Pfälzischen Erbfolge-

krieg von Zerstörungen verschont. Die Bevölkerung litt dennoch unter Einquartierungen.

Bei der Verleihung des Bürgerrechts sowie der Zulassung von auswärtigen Händlern zu Märkten zeigten sich Interessenkonflikte zwischen dem Landesherrn und dem auf Abwehr bedachten Magistrat. Der Wohlstand der Oberschicht gründete auf dem Weinhandel, während die Lohnweingärtner eine karge, von den Unbilden der Witterung abhängige Existenz fristeten; auch Handwerker in übersetzten Gewerben besaßen kein sicheres Auskommen.

Das 18. Jahrhundert eröffnete mit einem Paukenschlag. Herzog Eberhard Ludwig beschloss, sein „schwäbisches Versailles“ in Ludwigsburg zu bauen, das er 1718 zur alleinigen Residenz erhob. Die wirtschaftlichen Folgen für Stuttgart waren gravierend. Der Nachfolger Karl Alexander ist im Stadtgedächtnis geblieben durch die Berufung des Bankiers Joseph Süß Oppenheimer mit dem Auftrag, dem Herzog Einnahmen zu verschaffen. Die widerstrebende bürgerliche, protestantische Machelite (Ehrbarkeit) ließ Oppenheimer nach dem Tod des Herzogs und einem Schauprozess hinrichten.

Herzog Carl Eugen wiederum hatte Stuttgart den dauerhaften Sitz von Hof und Regierung zugesichert. Doch als sich die Landschaft seiner Ausgabenwirtschaft verweigerte, gar beim Reichshofrat Klage erhob, wählte auch er die Option Ludwigsburg. Nach der Bestätigung Stuttgarts als Residenz im sogenannten Erbvergleich 1770 widmete er sich auch der Stadtgestaltung, hielt sich jedoch bevorzugt in der Sommerresidenz Hohenheim sowie auf Schloss Solitude auf.

Die dem Zeitgeist gemäße Repräsentation bescherte Stuttgart einen glänzenden Ruf an den absolutistischen Höfen Europas. Die Stadt profitierte vom herzoglichen Interesse an Kunst und Kultur. 1761 gründete Carl Eugen die Kunstakademie, 1765 die öffentliche Herzogliche Bibliothek. Eine Besonderheit war 1770 die sogenannte Hohe Karlsschule, vom Kaiser 1781 zur Universität erhoben, mit ihrer Kombination von militärischer und aufgeklärter Bildungsanstalt. Landsmannschaftliche und religiöse Toleranz sowie die begeisterte Aufnahme der Ideen der Französischen Revolution durch die Karlsschüler provozierten die Schließung der Einrichtung durch den Geheimen Rat und die Landstände nach dem Tod des Gründers.

LANGER WEG ZUR GROßSTADT

1806 wurde Stuttgart königliche Residenz und war doch eine bescheidene Stadt. Der Monarch musste sich in Kriegszeiten auf die Fertigstellung des Schlosses und dessen Umgebung beschränken. In der Königstraße entstand mit St. Eberhard die erste katholische Kirche. Auch Juden, vorwiegend aus ehemaligen Reichsritterschaften, waren nun württembergische Untertanen. Privilegien für Bankiersfamilien wie die Familie Kaulla, die mit der Abwicklung der königlichen Geldgeschäfte betraut war, folgte erst 1828 eine allgemeine Regelung, vier Jahre später die Gründung einer jüdischen Gemeinde.

Den Ausbau der Residenz begann recht eigentlich König Wilhelm I., der sich als Baumeister gerierte. Staatsarchiv und Naturalienkabinett, Staatsgalerie und Prinzessinnenpalais entstanden an der Neckarstraße, der heutigen „Kulturmeile“. Die Öffnung nach Süden und Westen war eine Weichenstellung: Die Parkanlagen bilden bis heute die „grüne Lunge“ der Stadt.

Selbstverwaltung und Partizipation blieben begrenzt: Die Gemeinderäte wurden (bis 1849) auf Lebenszeit gewählt, an der Spitze von Rat und Verwaltung stand ein vom König (bis 1890) auf Lebenszeit ernannter Stadtschultheiß – trotz des Ehrentitels „Oberbürgermeister“ unter Aufsicht eines staatlichen Stadtdirektors. Nach dem Hambacher Fest und der Aufdeckung einer Militärverschwörung 1833 drohte der König nochmals mit dem Auszug nach Ludwigsburg.

Die Aufstellung eines Schiller-Denkmal Bertel Thorvaldsens 1839 durch den Stuttgarter Liederkranz geriet zur liberalen Manifestation. Der berühmte dänische Bildhauer hatte früh Kontakt zum Stuttgarter Klassizisten Johann Heinrich Dannecker, der mit seinem Schwager Gottlob Heinrich Rapp einen Kreis von Kunstinteressierten versammelte und auch die Kunstsammlung Boisserée ausstellte. Dass man diese 1827 nach München ziehen ließ, mag Ursprung eines bis heute anhaltenden Neidkomplexes sein. Hingegen entwickelte sich nach dem Zuzug des Verlegers Johann Friedrich Cotta 1810, der auch die Grundlagen für die Verlags- und Buchhandelsstadt legte, ein reges literarisches Leben auch in Salons.

Im Vormärz nahmen die politischen und sozialen Spannungen zu, verschärft durch Missernten kam es im Mai 1847 zu einem Brotkrawall.

1848 gelangten die Liberalen nach der Revolution in Paris rasch in die Regierung. Der Kopf des „Märzministeriums“, Friedrich Römer, rang dem König die Zustimmung zum Grundrechtskatalog und zur Reichsverfassung vom März 1849 ab; so konnte Stuttgart zum Fluchtpunkt der Nationalversammlung werden (wie 1920 beim Kapp-Putsch). Doch bald nach einer festlichen Begrüßung durch die Stadt ließ Römer mit Waffengewalt die Demokraten des „Rumpfparlaments“ stoppen, die eine Reichsregentschaft wählten und ein Reichsheer aufstellen wollten.

Nach der Rückkehr aus dem Exil machten Karl Mayer, Ludwig Pfau und Julius Haußmann Stuttgart zum Zentrum des politischen Liberalismus. Sie gründeten 1864 die Volkspartei; aus deren Versammlung 1866 erwuchs die Tradition des Dreikönigstreffens.

In der stark agrarisch geprägten Region genoss nach der Hungerkatastrophe von 1816/17 die Verbesserung der Landwirtschaft Priorität. Sichtbares Zeichen war die Gründung einer Versuchsanstalt in Hohenheim, der heutigen Universität. 1829 wurde auch eine Kunst- und Gewerbeschule, das Polytechnikum, eröffnet; es sollte die Keimzelle der Universität Stuttgart werden.

Waren schon merkantilistische Manufakturgründungen erfolglos geblieben, spielte Stuttgart als Produktionsstandort in der Frühindustrialisierung keine Rolle. Hingegen entstanden entlang des Neckars mit günstig verfügbarer Wasserkraft mechanische Produktionsstätten, so auch in Cannstatt und im Weiler Berg, 1836 nach Stuttgart eingemeindet. Gerade für Württemberg und Stuttgart brachte die Eisenbahn einen enormen Schub. Die erste Bahn verkehrte 1845 bezeichnenderweise von Cannstatt nach Esslingen; Stuttgart wurde durch Tunnel ein Jahr später angeschlossen.

Leitsektor zu Beginn der Industrialisierung war die chemische Industrie. Die Fabrikanten übernahmen – anders als der Mythos vom Tüftler besagt – Innovationen aus dem Ausland und pflegten weitgespannte Handelsverbindungen. An wichtigen Gründungen und Transaktionen in Stadt und Land war ein überschaubarer Kreis von Unternehmern und Bankiers beteiligt. Die meisten waren bei den Bismarck-treuen Nationalliberalen aktiv und auch philanthropisch engagiert, zuvörderst Eduard Pfeiffer, Mitbegründer des Arbeiterbildungsvereins und des „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“. Er wurde 1909 erster jüdischer Ehrenbürger Stuttgarts.

Mit den 1886 und 1890 gegründeten Firmen von Bosch und Daimler, bei denen binnen kurzer Frist einige Tausend Arbeitsplätze entstanden, gelang ein entscheidender Schritt. Auf einem handwerklich hohen Niveau entwickelte sich Stuttgart dank einer differenzierten Struktur vor allem im Maschinen- und Motorenbau, in Feinmechanik und Elektrotechnik sowie einer qualifizierten Arbeiterschaft zum bedeutenden Industriestandort. Wegen des begrenzten Raums profitierten auch die Nachbargemeinden; Feuerbach stieg durch Zuzug zum viertgrößten Industriestandort Württembergs auf.

Die sozioökonomische Entwicklung veränderte die politische Landschaft. 1892 gelangte der erste Sozialdemokrat in den Bürgerausschuss, bereits 1909 war die SPD stärkste Partei. Dank des liberalen Rufs hatten in der Zeit der Sozialistengesetze mehrere Zentralverbände – Vorläufer der Gewerkschaften – ihren Sitz nach Stuttgart verlegt. 1910 waren bei Bosch, der 1906 als einer der ersten Arbeitgeber den Achtstundentag eingeführt hatte, 95 Prozent der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert; 1913 dauerte ein Arbeitskampf dort fast sieben Wochen. Nur in Stuttgart konnte im Reich 1907 ein Internationaler Sozialistenkongress stattfinden, verbunden mit der Ersten Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen mit der hier lebenden Clara Zetkin.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs war aus der kleinen Residenz eine Großstadt mit fast 300000 Einwohnern geworden; 80,4 Prozent der Stuttgarter waren evangelisch, 17,1 Prozent katholisch und 1,5 Prozent jüdisch. Katholiken wie Juden entwickelten ein reiches Vereinsleben, blieben aber noch meist unter sich. Stuttgart blieb eine protestantische Stadt.

Ein selbstbewusstes, urbanes Bürgertum entstand erst allmählich. Deutlich zeigte sich dies im kulturellen Leben, das nach wie vor vom Interesse des Monarchen, mithin von Landeseinrichtungen geprägt war. Nach einem Brand 1902 und einem Interimstheater eröffnete im Herbst 1912 der Neubau von Theater und Oper nach Plänen Max Littmanns. Höhepunkt war die vom Komponisten Richard Strauss dirigierte Uraufführung von „Ariadne auf Naxos“. Das 1913 eingeweihte Kunstgebäude des Architekten Theodor Fischer gilt als erstes Hauptwerk der ersten „Stuttgarter Schule“ der Architekten; dessen Assistent und Nachfolger Paul Bonatz hatte 1911 mit Friedrich Scholer den Bahnhofswettbewerb gewonnen.

Das Wachstum stellte außergewöhnliche Anforderungen an die Infrastruktur. Seit 1873 betrieb die Stadt die Abwassersysteme in eigener Regie und folgte dabei einem Plan des englischen Ingenieurs James Gordon. Das privat betriebene Gaswerk wurde 1899, drei Jahre später die Elektrizitätsversorgung kommunalisiert. Die 1868 eröffnete Pferdebahn wurde seit 1895 auf elektrischen Betrieb umgerüstet; der Ausbau über die Stadtgrenzen förderte die Verflechtung des Wirtschaftsraums.

Der Bauboom hatte Bodenspekulation und hohe Mieten zur Folge. Trotz der vielen Neubauten verursachten die Hausbesitzer durch Überbelegung schlimme Wohnverhältnisse. Die Stadt versuchte um 1900, die Hangbebauung zu steuern. Waren ältere Villenbauten noch vom Mietwohnungsbau eingeholt worden, markierten nun topografische Höhenlinien zugleich soziale Trennlinien.

Die kommunale Leistungsverwaltung dokumentierte auch in Stuttgart ihr Selbstbewusstsein durch ein neues Rathaus 1905. Im selben Jahr eröffnete die Vereinigung mit Cannstatt, Wangen und Untertürkheim den Zugang zum Neckar mit Flächen für Infrastruktur- und Verkehrsprojekte sowie den Wohnungsbau.

„OASE“ IN DER KRISE UND „STADT DER AUSLANDSDEUTSCHEN“

Die Revolution von 1918/19 war fast mit Bedauern gegenüber dem als liberal geltenden König Wilhelm II. abgelaufen. Den Weg ins parlamentarische System konnte auch in Stuttgart ein Spartakistenaufstand im Januar 1919 nicht aufhalten. Im Gemeinderat gab es eine bürgerliche Mehrheit; seit 1920 stellte die SPD die stärkste Fraktion, stets mit weniger als einem Drittel der Sitze.

Im Rathaus herrschte Kontinuität. Oberbürgermeister Karl Lautenschlager amtierte seit 1911 und wurde 1921 wiedergewählt, auch die Referenten – durchweg Fachbeamte – waren vor 1918 ins Amt gekommen. Das Hauptaugenmerk galt nach Überwindung der direkten Kriegsfolgen und der Inflation der Wohnungsnot in der „teuersten Stadt im Reich“, so Lautenschlager 1924. Bis 1931 baute die Stadt rund 4000 Wohnungen, kaum weniger als jeweils private Bauherrn und gemeinnützige Genossenschaften.

Auch die Weißenhof-Siedlung ist in diesem Kontext entstanden. Das umstrittene Projekt ver-



Plakat des Verkehrsvereins Stuttgart, ca. 1930. Die Moderne unter dem Motto „Stuttgart empor“ repräsentieren das Kaufhaus Schocken, der Tagblatt-Turm und der Hauptbahnhof (von links), die Stiftskirche steht für das dunkle Mittelalter.
Quelle: Stadtarchiv Stuttgart, Signatur 9400-2331.

schaftte Stuttgart internationale Beachtung. Maßstäbe setzten auch Bauten wie das Kaufhaus Schocken von Erich Mendelsohn, der Tagblatt-Turm von E. Otto Oßwald oder Richard Döckers Lichthaus Luz. Die größte Baustelle entstand durch die Verlegung des Hauptbahnhofs, der 1922 mit der Hälfte der Bahnsteige in Betrieb genommen und bis 1927 fertiggestellt wurde. Die Stadt hielt in Aktiengesellschaften zur Verwertung des Geländes eine Mehrheit und beteiligte sich auch an der Neckarkanalisation. In diesem Zusammenhang erfolgte die Eingemeindung von Neckargemeinden, wobei das Land die Übernahme armer Dörfer sowie hohe Entschädigungen an die Oberämter zur Bedingung machte. Die Eingemeindungen waren im Gemeinderat umstritten; Liberalkonservative und Rechte kritisierten generell Investitionen, Grunderwerb sowie wirtschaftliche Aktivitäten der von den Parteien der Weimarer Koalition gestützten „Regierung Lautenschlager“.

Zum gesellschaftlichen Wandel gehörte ein kultureller Aufbruch. Oper und Theater zeigten sich auf der Höhe der Zeit, Brechts „Dreigroschenoper“ bot zuerst Claudius Kraushaar im privaten Schauspielhaus. Aus dem Schülerkreis von Adolf Hölzel fielen besonders Oskar Schlemmer, Willi Baumeister und Max Ackermann auf, der auch Verbindungen zur modernen Tanzszene pflegte. In der Staatsgalerie bedeutete der Weggang von Direktor Otto Fischer, der 1924 mit der Ausstellung „Neue Deutsche Kunst“ für Furore gesorgt hatte, eine Zäsur. Und der Landtag debattierte immer öfter über das Programm der Staatstheater. Zum Eklat kam es, als Nationalsozialisten im Oktober 1930 eine Vorführung sprengten und dafür Zustimmung im bürgerlichen Lager fanden.

Kommunale Kultureinrichtungen existierten nicht; selbst ein Stadtarchiv wurde erst 1928 gegründet. Eine großzügige Schenkung bildete 1925 den Grundstock einer Kunstsammlung; die Stadt begnügte sich jedoch mit der Ausschmückung von Repräsentationsräumen und Amtsstuben. Der Verein zur Förderung der Volksbildung, kaum zu überschätzende Keimzelle von Kultur- und Bildungsinstituten, war eine private Initiative, maßgeblich finanziert von Bosch. Überregionale Beachtung fanden die erste Waldorfschule sowie Reformschulkonzepte; sie prägten, wie die wiederum von Bosch geförderte Homöopathie, das Image der Stadt.

In der Wirtschaftskrise galten Stuttgart und die Region als „Oase“. Tatsächlich lag die Ar-

beitslosigkeit unter dem Durchschnitt der übrigen Großstädte. Neben der spezifischen Wirtschaftsstruktur wirkte sich die Verflechtung mit dem Umland aus, vor allem der hohe Anteil von Pendlern mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb. Die hohe Zahl von Kurzarbeitern zeigt, dass die Unternehmen die qualifizierte Arbeiterschaft halten wollten.

Die gesamtgesellschaftliche Krise erreichte Stuttgart dennoch mit Macht. Die Nationalsozialisten hatten in dieser Stadt der ökonomischen Stabilität und der gesellschaftlichen Kontinuität einen schweren Stand. Zwar hatte die NSDAP im Juli 1920 eine der ersten Ortsgruppen außerhalb Bayerns gegründet, sie war aber nach der Neugründung 1925 personell und konzeptionell zerstritten. Umso mehr waren die Nationalsozialisten 1933 auf Zusammenarbeit angewiesen, die die überwiegend anpassungsbereiten Eliten in Verwaltung und Wirtschaft nicht verweigerten.

Im Rathaus übernahm das Aushängeschild der NSDAP, der aus einer alteingesessenen Familie stammende Karl Strölin, die Führung. Es gelang ihm, sich als Macher mit Einfluss zu präsentieren. Gerade mit technokratischer Effizienz erwies sich die Stadtverwaltung als maßgeblicher Machträger. Dass beispielsweise entgegen der Rechtslage und Zuständigkeit ein „Asozialenlager“ eingerichtet wurde, entlarvt den nach 1945 postulierten Gegensatz zwischen einer angeblich normenstaatlich agierenden Verwaltung und einer Parteielite als Schutzbehauptung.

Da im NS-System direkte Beziehungen zur Reichsführung, in erster Linie zu Hitler, und „reichsweite“ Aufgaben ausschlaggebend waren, bemühte man sich mit Erfolg um den Titel einer „Stadt der Auslandsdeutschen“. Die Erwartungen wurden jedoch enttäuscht; Stuttgart gelangte nicht in den Kreis der sogenannten Neugestaltungsstädte. Planungen für Herrschaftsbauten wie auch Wohnungsbau und Verkehr blieben Papier; eine Verlegung des Hauptbahnhofs wurde zurückgestellt.

Meist schon vor 1933 existierende Interessenkonflikte zwischen Stadt und Land wurden im Spannungsfeld von Großstadtfeindlichkeit und Rüstungsinfrastruktur ideologisiert. Während die „Stadt ohne Raum“ ihre Eingemeindungswünsche auch mit einer „Auflockerung des Siedlungsraums“ begründete, lehnten mit demselben Argument Gauleitung und Teile der Ministerialbürokratie Eingemeindung, Neckarkanalisation

und Ausbau der kommunalen Energieversorgung ab. Stuttgart konnte sich dennoch mit den 1933 gebildeten Technischen Werken behaupten und schaffte mitten im Krieg durch die Eingemeindung unter anderem von Vaihingen und Möhringen den „Sprung auf die Filder“.

Zugleich bot die Topografie eine Chance: Die 3. Reichsgartenschau 1939 in der „wunderschönen Hauptstadt des Schwabenlandes“ war in moderner Manier als stadt- und landschaftsgestaltendes Projekt konzipiert; sie begründete den Ruf Stuttgarts als Gartenstadt über 1945 hinaus. Noch mehr als das Deutsche Turnfest 1933 oder die auslandsdeutschen Feiern wirkte dieses scheinbar unpolitische Fest integrierend für die „NS-Volksgemeinschaft“.

Diese Gemeinschaft war in erster Linie durch Exklusion definiert. Die Ausschaltung politischer Gegner erfolgte wie anderswo binnen weniger Jahre; vermerkt sei, dass in Stuttgart keine Bücherverbrennung stattfand. Unter Beteiligung des kommunalen Gesundheitsamts wurden über 1000 kranke, behinderte oder sozial auffällige Menschen zwangssterilisiert.

Hatte sich die Stadt vor den Olympischen Spielen 1936 aus Parteikreisen noch Kritik für Zurückhaltung gegenüber jüdischen Einwohnern zugezogen, verfolgte sie dann einen bürokratischen Kurs der Ausschaltung. Seit Ende 1941 wurden rund 2500 jüdische Bürger deportiert, das Sammellager befand sich auf dem Gelände der Reichsgartenschau. Es trifft den Systemkern, dass mit einem Ort die erfolgreichste Manifestation der „Volksgemeinschaft“ wie auch die schrecklichste Exklusion verbunden ist. Daran erinnern heute Gedenkorte im Höhenpark sowie das „Zeichen der Erinnerung“ am Inneren Nordbahnhof.

Der Luftkrieg erreichte Stuttgart Anfang 1943, das als Zentrum der Rüstungsindustrie – in dem über 50 000 Menschen Zwangsarbeit leisten mussten – und als Verkehrsknotenpunkt wichtiges Angriffsziel war. Die Lage, entfernt von den alliierten Basen und in hügeligem Gelände, hatte der Stadt eine Frist beschert. Schutz boten auch die von den Anwohnern in die Hänge getriebenen sogenannten Pionierstollen. Bei 53 Luftangriffen verloren rund 4500 Menschen ihr Leben.

HAUPTSTADT DES SÜDWESTSTAATS

Französische Truppen besetzten Stuttgart als Faustpfand für die Schaffung einer eigenen Zone,

die USA erzwangen jedoch am 8. Juli 1945 einen Flaggenwechsel. In Stuttgart markierte eine Rede von US-Außenminister James F. Byrnes im September 1946 den Wechsel zur Integration Deutschlands in den Westen.

Die Parteien kooperierten in den Nachkriegsjahren; anders als im Land, wo die Allparteienkoalition über die Berlin-Blockade zerbrach, verblieb die KPD auf der Referentenbank. Versorgungskrisen, Konflikte um die Betriebsverfassung sowie die sozialen Folgen der Währungsreform führten aber auch in Stuttgart zu gewerkschaftlichen Protesten. Eine überzogene Reaktion der Militärregierung löste am 28. Oktober 1948 den „Tumult von Stuttgart“ samt Ausgangs- und Versammlungsverbot aus.

Unter dem von den Alliierten eingesetzten, dann mehrfach wiedergewählten Oberbürgermeister Arnulf Klett (1945–1973), der 1948 Stuttgart als Bundeshauptstadt ins Gespräch brachte, standen zunächst Versorgungsprobleme, Trümmerbeseitigung – auf dem Birkenkopf („Monte Scherbelino“) aufgetürmt – sowie die Bekämpfung der Wohnungsnot im Vordergrund. Unter den Neubauten fielen unter anderem die Liederhalle, der Landtag sowie der vom Süddeutschen Rundfunk errichtete Fernsehturm auf – heute ein Wahrzeichen der Stadt; seinerzeit hatte der Gemeinderat eine Beteiligung abgelehnt. Die 1952 eingeweihte Synagoge der überwiegend von ehemaligen „Displaced Persons“ gebildeten jüdischen Gemeinde war der erste Neubau eines jüdischen Gotteshauses in der Bundesrepublik nach der Shoah.

Zwar entstand mit der Schulstraße 1950 eine der ersten Fußgängerstraßen, Priorität hatte jedoch die autogerechte Stadt. Zahlreiche bedeutende Bauten verschiedener Epochen fielen der Spitzhacke zum Opfer, darunter trotz internationaler Proteste das Kaufhaus Schocken. Ein innerstädtischer Verkehrsring schlug breite Schneisen und sorgt bis heute für Debatten. Seit den 1970er Jahren wurden innerstädtische Straßenbahnstrecken getunnelt und Fußgängerzonen geschaffen, 1978 die ersten S-Bahn-Linien eröffnet. Gelungene Altstadtsanierungen erfolgten in Bad Cannstatt und im sogenannten Bohnenviertel, der ehemaligen Esslinger Vorstadt.

Mit dem „Wirtschaftswunder“ kamen seit 1955 zahlreiche Arbeitsmigranten nach Stuttgart. Begünstigt durch die florierende Wirtschaft und eine relativ homogene Stadtgesellschaft sowie das

Engagement von Stadt und Zivilgesellschaft gilt Stuttgart als weithin gelungenes Beispiel für Integration. Der populäre Oberbürgermeister Manfred Rommel (1975–1996) wie auch sein ebenfalls der CDU angehörender Nachfolger Wolfgang Schuster (1997–2012) folgten in der Migrations- und Integrationspolitik nicht der Parteilinie.

Schon seit dem 19. Jahrhundert hatte sich die Region am Mittleren Neckar als Wirtschaftsraum herausgebildet. Die fortschreitende Verflechtung und die damit verbundenen Fragen erforderten Abstimmung und Planung. Einen ersten Ansatz, den kommunalen Bezirksplanungsverband von 1931, löste die NS-Landesplanung ab, die kaum mehr als polykratische Konflikte bewirkte. Bei der nach dem Vorbild anderer Länder seit 1966 in Gang gesetzten Verwaltungs- und Territorialreform konnte Stuttgart keine Zugewinne verbuchen, umgeben von den Großstädten Esslingen und Ludwigsburg sowie der Agglomeration Böblingen/Sindelfingen. Auch die Distanz der überwiegend aus ländlichen Räumen kommenden Abgeordneten nicht zuletzt der stärksten Partei, der CDU, wirkte sich aus. Schließlich erfolgte 1984 die Gründung eines Verbands Region Stuttgart mit dem Stadtkreis Stuttgart sowie den Landkreisen Böblingen, Ludwigsburg, Rems-Murr, Esslingen und Göppingen. Er ist anders als die 1973 gebildeten Regionalverbände durch eine direkt gewählte Regionalversammlung legitimiert. Seine Zuständigkeit umfasst die Raumordnung, die Verkehrsplanung und die Wirtschaftsförderung in der Region. Stuttgart nimmt eine wichtige Rolle ein und ist zugleich eingeeht.

In der Ära Rommel löste 1975 die CDU, die bis 1956 noch hinter den Liberalen gelegen hatte, die SPD als stärkste Partei im Gemeinderat ab, die mit 28 von 60 Sitzen 1965 noch der absoluten Mehrheit nahe war. Die Grünen zogen 1980 erstmals mit drei Sitzen in den Gemeinderat ein und konnten ihre Position vier Jahre später auf zehn Mandate ausbauen. Erstmals 2009 und wieder seit 2019 stellen sie die stärkste Fraktion im Gemeinderat, in dem mittlerweile 14 Listen vertreten sind. Eine in den vergangenen Jahren postulierte öko-soziale Mehrheit existierte bei wichtigen Themen jedoch nicht – von der Haltung zum Projekt „Stuttgart 21“ bis hin zu förmlichen Haushaltskoalitionen von CDU und Grünen in der Amtszeit des grünen Oberbürgermeisters Fritz Kuhn (2013–2020).

Stuttgart belegt inzwischen als Kulturstadt vorderste Plätze bei einschlägigen Rankings. His-

torisch bedingt sind die größten Kulturinstitutionen des Landes: die Staatstheater, mit Oper, Ballett und Schauspiel größtes Dreispartenhaus Deutschlands, die auch durch den Stirling-Bau bekannte Staatsgalerie sowie das Landesmuseum. Die Stadt hat seit 2005 Kunstmuseum, Stadtarchiv, Stadtbibliothek und Stadtmuseum neu eröffnet. Zum guten Ruf trägt seit 1984 das Theaterhaus bei, eines der größten soziokulturellen Zentren in privater Trägerschaft; großen Zuspruch verzeichnen die Museen von Daimler-Benz und Porsche.

Die letzten Jahre prägte die Stadtgesellschaft eine bundesweit beachtete Auseinandersetzung über das Projekt „Stuttgart 21“, zugleich Kulminationspunkt von Debatten über das Gesicht der Stadt sowie, darüber hinaus, über die Bürgerbeteiligung bei Planungsprozessen.

Stuttgart trägt erst seit 1977 offiziell den Titel einer Landeshauptstadt des 1952 gebildeten Südweststaats. Diese Rolle wird allenfalls anekdotisch kritisiert. Im historisch dezentral geprägten Südwesten haben sich wirtschaftsstarke, teils länderübergreifende Regionen entwickelt, die Geschichte und Traditionen selbstbewusst in die Moderne transferiert haben.

Stuttgart ist mit rund 610000 Menschen aus über 180 Nationen und zugleich als Mittelpunkt einer Region mit über 2,7 Millionen Einwohnern ein herausragendes Wirtschafts- und Technologiezentrum; die Stadt war vor der Corona-Pandemie schuldenfrei und hatte Investitionsrücklagen gebildet. Da mag man die Ferndiagnose von einer Erstarrung „in ewigem Wohlstand“, wie sie kürzlich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu lesen war, als bloßen Neid bewerten. Aber die globale Klimakrise mit den einhergehenden Transformationsprozessen der Wirtschaft gerade am Automobilstandort, die umfassende digitale Revolution sowie die gesellschaftlichen Veränderungen samt der derzeit deutlichen Spaltungstendenzen stellen grundlegende Herausforderungen und erfordern neue Antworten; ein neues Kapitel der Stadtgeschichte wird aufgeschlagen.

ROLAND MÜLLER

ist promovierter Historiker, Leiter des Stadtarchivs Stuttgart und Honorarprofessor am Historischen Institut der Universität Stuttgart.
roland.mueller@stuttgart.de

PROTEST IN STUTTGART 2010 UND 2020

Zwei Herausforderungen der Demokratie

Simon Teune

Im Abstand von zehn Jahren sind Proteste in Stuttgart zweimal zu einem bundesweiten Gesprächsthema geworden. Zweimal drehte sich die Diskussion darum, welche Rolle Proteste in der Demokratie spielen und wo die Grenzen legitimer Einmischung verlaufen. Im Herbst 2010 war es der heftige Widerspruch gegen das Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“, der eine Diskussion darüber auslöste, in welchem Verhältnis Straßenproteste und durch demokratische Verfahren legitimierte Entscheidungen stünden. Ein Jahrzehnt später, im Sommer 2020, führte die Initiative „Querdenken 711“ zu ähnlichen, aber etwas anders akzentuierten Debatten. Die Fragen lauteten hier: Was sind die Grundlagen und die Maßstäbe der Kritik an den Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19- beziehungsweise der Corona-Pandemie? Ist es legitim, die Einschränkungen mit totalitären Systemen zu vergleichen und den Schulterchluss mit Demokratiefeinden zu suchen? Mit diesen beiden Protestserien stand Stuttgart in einem Jahrzehnt gleich zweimal für grundsätzliche Diskussionen über demokratische Verfahren und das Recht der Bürger*innen auf Widerspruch. Beide Konflikte sind aber auch Wegmarken für größere Veränderungen in der deutschen Protestlandschaft.

ZWEIERLEI HERAUSFORDERUNGEN?

Sowohl die Bündnisse gegen „Stuttgart 21“ als auch die Initiative „Querdenken 711“ haben durch eine Serie von Protesten bundesweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Beide Episoden zeigen auf den ersten Blick einige Ähnlichkeiten. Die Proteste gegen den Tiefbahnhof und gegen die Corona-Maßnahmen brachten viele Menschen auf die Straße, die nie zuvor in ihrem Leben bei einer Demonstration gewesen waren. In beiden Fällen verstanden sich die Protestierenden als die rationale Stimme des Volkes gegen eine abge-

hobene und Fakten verdrehende politische Elite. 2010 und 2020 wurde eine hoch emotionale, scharfe, personalisierende und in Teilen das Gegenüber herabsetzende Kritik laut, sowohl an den Regierenden als auch an den kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Medien. Beide Protestserien gingen darüber hinaus mit einer starken Polarisierung einher, in der es keine neutrale Position zu geben schien. Die Auseinandersetzungen wurden nicht nur auf der Straße und in den Kommentaren von Journalist*innen und Social-Media-Nutzer*innen, sondern auch im privaten Umfeld, in der Familie, im Verein und in der Nachbarschaft mit voller Härte geführt. Diese Tiefenwirkung dürfte auch eine Erklärung dafür sein, dass beide Episoden eine breitere gesellschaftliche Debatte auslösten. Trotz dieser Ähnlichkeiten weichen die Proteste aber auch deutlich voneinander ab – in ihrer Organisation, ihrer Entwicklung und in der Reichweite der Kritik.

STUTTGART 21 – VERZWEIFLUNG AM VERFAHREN

Als im Spätsommer 2010 bundesweite Medien die Auseinandersetzungen um das Bauprojekt in Stuttgart in den Blick nahmen, war der Konflikt bereits auf einem Höhepunkt angekommen.⁰¹ Schon kurz nach Bekanntgabe der Pläne für einen Bahnhofsneubau und die Umnutzung des Gleisareals im Jahr 1994 schlossen sich umwelt- und verkehrspolitische Initiativen zusammen, um ihre Kritik an dem Projekt gemeinsam zu artikulieren. Ihr Widerspruch richtete sich gegen die immer weiter steigenden Kosten und die profitorientierte, invasive Umgestaltung der Stadt. Sie bezweifelten den verkehrspolitischen Sinn und die Leistungsfähigkeit des neuen Bahnhofs. Deshalb entwickelten die Projektgegner*innen ein Alternativkonzept zur Erhaltung des Kopfbahnhofs und sammelten über 60 000 Unterschriften, um die Stadt mit einem Volksbegehren zum Ausstieg

aus dem Projekt zu bewegen. Nachdem das Bürgerbegehren vom Gemeinderat abgelehnt und die Ablehnung durch das Verwaltungsgericht bestätigt wurde, verlagerte sich der Widerspruch stärker auf die Straße. Seit November 2009 fanden „Montagsdemonstrationen“ gegen „Stuttgart 21“ statt; bis heute ist die Protestserie nicht abgerissen. Mit dem Baubeginn im Spätsommer 2010 spitzte sich der Konflikt zu. Zahlreiche Straßenproteste mit wachsenden Teilnehmezahlen liefen parallel zu Aktionen zivilen Ungehorsams: Blockaden der Bauarbeiten und Besetzungen im alten Bahnhofsgebäude sowie auf von der Fällung bedrohten Bäumen. In dieser Situation gipfelte die Auseinandersetzungen am „schwarzen Donnerstag“, dem 30. September 2010, in einer Konfrontation mit der Polizei mit zahlreichen Verletzten. Eine Schlichtung im Oktober und November des Jahres sowie eine landesweite Volksabstimmung zugunsten des Projektes im folgenden Jahr führten schließlich zu einer Demobilisierung der Protestbewegung.

Mit den Landtagswahlen im März 2011 verlor die Regierung aus CDU und FDP ihre Mehrheit, und eine Koalition von Bündnis 90/Die Grünen und SPD löste sie ab. In Stuttgart wurde mit Fritz Kuhn der erste Grüne zum Oberbürgermeister einer deutschen Landeshauptstadt gewählt. Die Hoffnung vieler Gegner*innen von „Stuttgart 21“, dass die Grünen, die an den Protesten beteiligt waren, in Bezug auf das Projekt eine grundsätzlich andere Politik verfolgen würden, bestätigte sich indes nicht.

Die Proteste gegen „Stuttgart 21“ folgten dem klassischen Organisationsmuster sozialer Bewegungen: Bestehende Organisationen und Initiativen schlossen sich in einem Bündnis zusammen, um ein geteiltes, klar definiertes Ziel zu erreichen. Sie brachten dabei Ressourcen wie Geld, Material und Expertise ein und mobilisierten Mitglieder und Anhänger*innen. Die Proteste brachten viele Menschen auf die Straße, die noch nie oder schon lange nicht mehr demonstriert hatten. Beobachter*innen betonten besonders die Beteiligung konservativer Demonstrierender; als typische Protestierende wurde in der Medienberichter-

stattung die empörte „Dame mit der Perlenkette“ zitiert.⁰² Die Zusammensetzung der Protestierenden wich jedoch nur wenig von anderen großen Protesten ab: Der Großteil ordnete sich deutlich links von der Mitte ein.

Im Konfliktverlauf entwickelte sich die konkrete Kritik am Bahnprojekt zu einer konfrontativen und grundsätzlichen Kritik am Funktionieren des demokratischen Systems und an der Arbeit der politisch Verantwortlichen. Die Ablehnung des Volksbegehrens und der Baubeginn waren dabei Ereignisse, bei denen die Verzweiflung an den formalen demokratischen Verfahren greifbar wurde. Eine Befragung von Protestierenden nach dem „schwarzen Donnerstag“ zeigte, wie stark sich der Konflikt zugespitzt hatte: Die Befragten äußerten zum einen eine starke Kritik am Funktionieren der Demokratie und zum anderen eine starke Zustimmung zu zivilem Ungehorsam als legitime Form der Auseinandersetzung.⁰³ Die Kritik war jedoch nicht nur auf die politischen Eliten gerichtet, sondern auch auf die regionale Medienlandschaft, die sich frühzeitig für das Projekt „Stuttgart 21“ positioniert hatte und in der Wahrnehmung der Projektgegner*innen kritische Perspektiven ausblendete.

Die Proteste gegen „Stuttgart 21“ forderten die Demokratie heraus, indem sie weitreichende Entscheidungen infrage stellten, die in demokratischen Verfahren zustande gekommen waren. Der Gemeinderat der Stadt, der Landtag und der Bundestag hatten dem Vorhaben mit Mehrheiten von Union, SPD und FDP zugestimmt. Die Protestierenden hatten dagegen das Ziel, das über Jahre geplante Megaprojekt mit einem Finanzvolumen von mehreren Milliarden Euro, in dem die Stadt und das Land vertraglich gebunden waren, zu verhindern. Die Projektgegner*innen verstanden sich als Korrektiv, das mit gesundem Menschenverstand und Expertise auf Gefahren und Mängel von „Stuttgart 21“ hinwies, die bei der Entscheidungsfindung nicht oder nur unzureichend berücksichtigt worden waren. Unter dem Motto „Oben bleiben!“ sollte die Alternativlosigkeit der Entscheidungen infrage gestellt wer-

01 Vgl. Annette Ohme-Reinicke, *Das große Unbehagen. Die Protestbewegung gegen „Stuttgart 21“: Aufbruch zu neuem bürgerlichen Selbstbewusstsein?*, Stuttgart 2012; Julia von Staden, *Stuttgart 21 – eine Rekonstruktion der Proteste. Soziale Bewegungen in Zeiten der Postdemokratie*, Bielefeld 2020.

02 Vgl. Britta Baumgarten/Dieter Rucht, *Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ – einzigartig oder typisch?*, in: Frank Brettschneider/Wolfgang Schuster (Hrsg.), *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, Wiesbaden 2012, S. 97–125, hier S. 98.

03 Vgl. ebd.

den. Befürworter*innen des Projektes verwiesen dagegen auf die demokratische Legitimation des Vorhabens und die Bindung an die unterzeichneten Verträge. Die Protestierenden zogen diese demokratischen Verfahren nicht in Zweifel. Sie verwiesen stattdessen darauf, dass auch auf demokratischem Wege falsche Entscheidungen gefällt werden können. So zeigte sich an „Stuttgart 21“ das Dilemma, dass eine Demokratie auf engagierte und fachkundige Bürger*innen baut, dass sich deren Engagement aber durchaus an formalen demokratischen Verfahren brechen kann. Die Projektgegner*innen hatten alle Mittel der Einmischung genutzt, um Ihre Kritik vorzubringen, blieben am Ende aber mit der Wahrnehmung zurück, nicht gehört worden zu sein. Der Politikwissenschaftler Winfried Thaa sieht das zentrale Versäumnis der politischen Verantwortlichen darin, den Bahnhofsneubau „überhaupt als eine politische, also im Konflikt widerstreitender Prinzipien und Werte zu entscheidende Angelegenheit zu betrachten“. ⁰⁴ Während der Bahnhofsneubau von den Projektträgern vorangetrieben wurde, war der Fall „Stuttgart 21“ für Projektplaner*innen und Partizipationsgestalter*innen zu einem Präzedenzfall für die Folgen fehlender Mitbestimmung und mangelhafter Projektkommunikation geworden. ⁰⁵ Gleichzeitig wurden die Proteste gegen das Projekt in der öffentlichen Debatte als eine neue Stufe bürgerlichen Gestaltungswillens und Selbstbewusstseins gewertet. ⁰⁶

„QUERDENKEN 711“ – VERTEIDIGUNG ODER ÜBERWINDUNG DES GRUNDGESETZES?

Als im März 2020 das Corona-Virus auch Deutschland erreicht und die Weltgesundheitsorganisation die Situation zur Pandemie erklärte hatte, entwickelte sich bald eine Debatte über die Wirksamkeit und die Folgen von Maßnahmen zur Eindämmung der Neuinfektionen. Unter Bedingungen unsicheren Wissens über die Ge-

fährlichkeit und die Verbreitung des neuen Virus mussten konkurrierende Grundrechte abgewogen werden. In der Folge schränkten die Landesregierungen die Versammlungsfreiheit, die freie Berufsausübung und andere Grundrechte zum Teil ein, um die Pandemie zu kontrollieren und das Recht auf körperliche Unversehrtheit zu gewährleisten. Der Widerspruch gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie begann nicht mit der Initiative „Querdenken 711“ in Stuttgart. An vielen Orten gab es direkt nach deren Einführung Proteste von bestehenden Netzwerken und Organisationen, die sich – mit Abstand und Masken – unter anderem gegen eine autoritäre Corona-Politik, für die Unterstützung besonders betroffener Berufsgruppen und für den gleichberechtigten Schutz von Geflüchteten in Europa einsetzten.

„Querdenken 711“ begann das Engagement mit einer Botschaft, die in wöchentlichen Protesten in Berlin seit Ende März Hunderte auf die Straße gebracht hatte. Die ersten Versammlungen auf dem Stuttgarter Schlossplatz meldete der Initiator Michael Ballweg unter dem Motto „Mahnwache für das Grundgesetz“ an. In der frühen Phase standen Forderungen nach der Priorisierung individueller Freiheiten gegenüber dem Infektionsschutz im Vordergrund. Problematisiert wurden vor allem die Vorschrift, in bestimmten Umgebungen einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, und die anfängliche Einschränkung politischer Versammlungen. Die Versammlungsverbote wurden zu Beginn der Pandemie noch ausgesprochen und polizeilich durchgesetzt, dann aber immer wieder durch Gerichte für unverhältnismäßig erklärt.

Bei den Protesten in Berlin wie auch in Stuttgart waren von Anfang an Akteure und Berichterstatte*rinnen der extremen Rechten und Verschwörungsunternehmer*innen Teil der Proteste, die die Pandemie zum Anlass nahmen, um auf Corona bezogene Verschwörungserzählungen und eine pauschale Regierungskritik in die Breite zu tragen. Youtube-Videos, in denen die vom Corona-Virus ausgehende Gefahr infrage gestellt und die staatlichen Maßnahmen sowie kommende Impfungen als Strategie der Kontrolle dargestellt wurden, hatten in den ersten Wochen der Pandemie zum Teil siebenstellige Zugriffszahlen. Sie bestärkten in Stuttgart und anderswo viele Menschen, sich den Protesten anzuschließen, unter ihnen ein großer Teil ohne Erfahrungen mit politischem Pro-

04 Winfried Thaa, „Stuttgart 21“ – Krise oder Repolitisierung der repräsentativen Demokratie?, in: Politische Vierteljahresschrift 1/2013, S. 1–20, hier S. 16.

05 Vgl. Ortwin Renn et al., Lessons learned aus Stuttgart 21. Bürgermitwirkung bei Planungs- und Bauprojekten, in: Spektrum der Mediation 42/2011, S. 4–11.

06 Vgl. Roland Roth, Bürgermacht: eine Streitschrift für mehr Partizipation, Hamburg 2011.

test. Berichte von den Protesten und der anfänglich noch harten staatlichen Reaktion darauf brachten rechtsextremen und verschwörungsunternehmerischen Youtube-Kanälen zusätzliche Reichweite, und sie beförderten die Empörung über die Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

Vor diesem Hintergrund verzeichnete die Initiative „Querdenken 711“ in den ersten Wochen ihres Bestehens ein rasantes Wachstum. Von ein paar Dutzend Teilnehmenden bei der vor dem Bundesverfassungsgericht eingeklagten Mahnwache am 18. April 2020 wuchs deren Zahl – nach Angaben des Organisationsteams – auf 20 000 bei der Kundgebung auf dem Cannstatter Wasen am 9. Mai 2020. Während die Protestwelle in Stuttgart schon bald wieder abflaute (am 30. Mai versammelten sich nur noch 150 Menschen), verlagerten die Organisatoren ihren Schwerpunkt auf regionale und bundesweite Mobilisierungen in Mannheim, Berlin und Konstanz. Überall dort, wo „Querdenken“-Proteste stattfanden, waren Beobachter*innen verwirrt von der Zusammensetzung der Teilnehmenden. Bekannte Rechtsextreme demonstrierten neben Hippies und Familien im Outdoor-Dress, Teilnehmende schwenkten auf der gleichen Veranstaltung die Reichsflagge und die Regenbogenfahne. Neben der ungewöhnlichen Mischung, die auch schon in Berlin zu beobachten gewesen war, verlieh die schiere Größe der Proteste in der Pandemie „Querdenken 711“ größeren Nachrichtenwert. Die Proteste in Stuttgart und die Bezeichnung „Querdenken“ standen nun in der öffentlichen Debatte stellvertretend für den Widerspruch gegen die staatlichen Maßnahmen. Initiativen an anderen Orten übernahmen die Botschaften und die Selbstbezeichnung mit der jeweiligen Ortsvorwahl. Mit den bundesweiten Protesten in Berlin am 1. und 29. August 2020 wuchs die Aufmerksamkeit für „Querdenken“ abermals deutlich, insbesondere jenseits der linearen, professionellen Medien. Durch die bundesweiten Proteste verdoppelten sich die Google-Suchanfragen und die Zahl der Zugriffe auf den Telegram-Kanal von „Querdenken 711“, während die Zahl der Medienberichte deutlich zurückging.⁰⁷

Die Protestserie gegen die Corona-Maßnahmen wurde von Einzelpersonen ins Leben geru-

fen, die spontan auf die neue Situation reagierten. „Querdenken 711“ in Stuttgart wie auch die „Kommunikationsstelle demokratischer Widerstand“ in Berlin wurden als Blaupause genommen und an anderen Orten von neu entstandenen lokalen Gruppen organisiert, zum Teil aber auch von bestehenden Netzwerken. Insbesondere in Ostdeutschland machten sich erfahrene Rechtsextreme die Proteste zu eigen und fungierten als Anmelder*innen. Die Teilnehmenden der Kundgebungen wurden nicht durch bestehende Organisationen mobilisiert, sondern vorwiegend durch persönliche Netzwerke und über soziale Medien. Dadurch, dass die Protestbotschaft offen und mit einem positiven Bezug auf die Grundrechte formuliert war, fühlten sich sehr unterschiedliche Gruppen angesprochen und beteiligten sich an den Protesten: Einzelpersonen, die sich in ihrem Leben eingeschränkt fühlten, aber auch bereits bestehende Milieus wie anthroposophische und evangelikale Impfgegner*innen, die eine Impfung als schwerwiegenden Eingriff in einen zur Selbstheilung fähigen Körper sahen, oder Rechtsextreme, die hinter der Pandemie einen Plan zur Ausweitung der Macht liberaler Eliten vermuteten.

Zunächst hatte bei den Protesten von „Querdenken 711“ der Bezug auf die ersten zwanzig (Grundrechts-)Artikel des Grundgesetzes dominiert. Neben der eher diffusen Klage über Grundrechtseinschränkungen wurden bald „Maskenzwang“ und „Impfpflicht“ zu zentralen Deutungsmustern, die unterschiedliche Milieus zusammenbrachten. Sie verdichteten das diffuse Unwohlsein zu einem Angriff durch eine böswillig handelnde Regierung. Die Maske wurde in dieser Deutung gleichgesetzt mit der Unterwerfung unter ein System der Unfreiheit. Sie nicht zu tragen, wurde zum Akt des Widerstandes überhöht. Bei der Berliner „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand“, deren Zeitung auch in Stuttgart verteilt wurde, war der Aufruf zur Verteidigung des Grundgesetzes von Beginn an mit der konspirativen Erzählung von einer „Corona-Diktatur“ verbunden.⁰⁸ Bestärkt fühlten sich die Demonstrierenden durch eine Berichterstattung, die in ihren Augen Kritik an den Corona-Maßnahmen keinen Raum geben und

⁰⁷ Vgl. Andrzej Jarynowski/Alexander Semenov/Vitaly Belik, Protest Perspective Against COVID-19 Risk Mitigation Strategies on the German Internet, <http://userpage.fu-berlin.de/~belik/files/JAR20f.pdf>.

⁰⁸ Vgl. Carolin Amlinger, Über das Querdenken. Der epistemische Widerstand der Corona-Proteste in: Zeitschrift für Fantastikforschung 1/2020, S. 20–26.

den Protest verunglimpfen würde.⁰⁹ Diese Deutungsangebote fügten sich zu einem seit den ersten Kundgebungen präsenten sekundären Antisemitismus und zu revisionistischen Vergleichen, mit denen sich Teilnehmende wahlweise mit den systematisch verfolgten und ermordeten europäischen Jüdinnen und Juden gleichsetzten oder mit dem Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft. Die Wahrnehmung von Regierung und Medien als feindliches Gegenüber führte zu einer Schließung und zum Schulterschluss mit allen, die die Kritik an den Maßnahmen teilten. Hinweise auf die unwidersprochene Verbreitung von Verschwörungserzählungen wie auch auf die Anwesenheit der extremen Rechten wurden von den Protestierenden als Versuch gedeutet, sie mundtot zu machen.

Die extreme Rechte war von Beginn an bei den Protesten präsent, ohne Vorkenntnisse aber häufig nicht zu identifizieren. Spätestens seit der ersten bundesweiten Demonstration von „Querdenken 711“ in Berlin am 1. August 2020, zu dem das gesamte rechtsextreme Spektrum geschlossen aufgerufen hatte, war nicht zu übersehen, dass dieses die Proteste als Forum nutzte, um neue Kontakte zu knüpfen und die eigenen Deutungen mehrheitsfähig zu machen. Die fehlende Abgrenzung zeigte sich nicht nur in der Verharmlosung von Reichskriegsflaggen als bloße Symbole des Widerstands, sondern auch in der Verbreitung von Reichsbürgernarrativen. So zeigte der mit der Pandemie unverbundene Ruf nach einem Friedensvertrag auf den Demonstrationen in Berlin, dass die in rechtsextremen Kreisen verbreitete Erzählung eines nicht-souveränen Deutschlands große Resonanz fand. Der gleichen Argumentation folgte der Pressesprecher von „Querdenken 711“, als er das Grundgesetz als „Besatzungsrecht“ bezeichnete. Damit trat neben den positiven Bezug auf das Grundgesetz die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung, die das Grundgesetz ersetzen sollte. In seiner Rede zu den Teilnehmenden am 1. August erklärte Michael Ballweg die Demonstration kurzerhand zu ebendieser verfassungsgebenden Versammlung. Auch Verschwörungserzählungen fanden sich nicht nur in der Menge, auf Protestschildern und -zeichen, sondern sie wurden von Redner*innen und Mu-

siker*innen auch von der Bühne verbreitet. Unter anderem zitierte Michael Ballweg bei seiner Rede den Leitspruch der Verschwörungsgemeinschaft „QAnon“: „Where we go one, we go all.“

Die Herausforderung der Demokratie, die sich bei den Protesten von „Querdenken 711“ zeigt, ist bereits im Namen der Initiative angelegt: Die Protestierenden sehen sich im „epistemischen Widerstand“.¹⁰ Ihr entscheidendes Bindeglied ist die Selbstwahrnehmung, einer von Regierung und Medien unterdrückten Wahrheit ans Licht zu verhelfen. Die Teilnehmenden verbindet weniger eine gemeinsame Kritik in der Sache als ein generalisiertes Misstrauen gegen politische Institutionen und Politiker*innen in Regierungsverantwortung. Die Wahrnehmung von Regierenden und etablierten Medien als verschworene Elite, die es darauf anlegt, Kritik zum Schweigen zu bringen, gipfelte in der weit verbreiteten Gleichsetzung von den Corona-Maßnahmen und nationalsozialistischer Herrschaft. Dass eine große Mehrheit der Bevölkerung die politischen Entscheidungen in der Pandemie unterstützt und dass große Teile die Maßnahmen als nicht weitgehend genug werten, wird nicht als Irritation der eigenen Haltung verstanden, sondern als Erfolg eines auf Verblendung angelegten Systems. Die Protestierenden setzen nicht auf eine andere Zusammensetzung der Regierung oder auf institutionalisierte Verfahren, sondern auf den performativen Akt des gemeinsamen Protestes als Symbol des Widerstands. Das Politische wird reduziert auf ein Bekenntnis zur einen oder zur anderen Seite. Für die Abwägung widerstreitender Interessen bleibt kein Raum.

Zur Herausforderung für die Demokratie wird auch das neue Bündnis der Demonstrierenden. Der Anspruch, die Verfassung zu verteidigen, und die gemeinsame Aktion mit erklärten Gegner*innen der Verfassung wird von den Protestierenden nicht als Widerspruch gesehen. Die Anwesenheit von Rechtsextremen und Hooligans wird abgestritten oder relativiert; als diese bei den Protesten in Leipzig am 7. November 2020 oder während der Bundestagssitzung zum Beschluss des Infektionsschutzgesetzes am 19. November die Polizei angriffen, erhielten sie Rückendeckung von den anderen Demonstrierenden. Damit markieren die „Querdenken“-Proteste nicht nur einen weiteren Schritt der Entgrenzung, die es der extremen Rechten erleichtert, sich als

⁰⁹ Vgl. Oliver Nachtwey/Robert Schäfer/Nadine Frei, Politische Soziologie der Corona-Proteste, Basel 2020, <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>.

¹⁰ Vgl. Amlinger (Anm. 8).

Bündnispartner und Repräsentant*innen nicht gehörter Bürger*innen zu gerieren. Die Selbstermächtigung zu Widerstandskämpfer*innen gegen die „Corona-Diktatur“ senkt auch die Schwelle zur Anwendung von Gewalt.

PROTEST UND DEMOKRATIE

Die Proteste in Stuttgart in den Jahren 2010 und 2020 haben die Demokratie auf verschiedenen Ebenen herausgefordert. In der Auseinandersetzung um das Projekt „Stuttgart 21“ konkurrierten zwei Vorstellungen von Demokratie: Die eine betonte die Legitimität durch Verfahren und Planbarkeit durch die Anerkennung demokratischer Entscheidungen; die andere stellte die Beteiligung der Bürger*innen in den Vordergrund, das Denken in Alternativen und die Möglichkeit zur Revision von Entscheidungen.

Im Konflikt um die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie fällt es schwer, die Konfliktlinien adäquat zu beschreiben. In den Protesten vermischt sich nachvollziehbare Kritik an der Einschränkung von Grundrechten und an der Entmachtung der Parlamente mit dem Verschwörungsglauben an eine sinistre Allianz der Eliten aus Politik, Medien und Wirtschaft. Auch personell verschwimmen die Grenzen zwischen unzufriedenen, gerade erst politisierten Bürger*innen auf der einen Seite und organisierten Rechtsextremen auf der anderen Seite. In dieser Vermischung besteht die erste Herausforderung der Demokratie. Die zweite Herausforderung ergibt sich aus der Haltung des „epistemischen Widerstands“: Wenn der Kitt des Protestes darin besteht, eine Wahrheit aufzudecken, die andere noch nicht erkannt haben, dann gibt es keine gemeinsame Diskussionsgrundlage. Zuspitzungen und Feinderklärungen liegen nah. Die ablehnende Reaktion von Regierenden, Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen ist Teil dieser Dynamik, insofern sie den Effekt der Abschottung nach Außen verstärken.

In den zehn Jahren, die zwischen den Protesten gegen „Stuttgart 21“ und gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie liegen, hat sich die Protestlandschaft in Deutschland stark verändert. Die selbstbewussten Proteste der

Tiefbahnhofgegner*innen gaben Protesten an anderen Orten Aufschwung, die sich gegen geplante Infrastrukturmaßnahmen zur Wehr setzten. Sie haben dazu geführt, dass sich der Kreis derer, die Protest als Mittel der politischen Artikulation nutzen, erweiterte. Zur gleichen Zeit führten eine strategische Neuorientierung der extremen Rechten und die Verbreitung sozialer Medien zu einer neuen sozialen Bewegung von rechts.¹¹ NPD und Kameradschaften rückten von Protesten mit positivem Bezug auf den Nationalsozialismus ab und widmeten sich anschlussfähigen Themen wie der Unterbringung von Asylsuchenden, ohne sichtbar als organisierte Rechte aufzutreten. Kurz nachdem „Stuttgart 21“ vom Radar bundesweiter Medien verschwand, entwickelte sich mit dem Etikett „Pegida“ eine neue Protestwelle, in der gesellschaftlich weit verbreitete und in der Meinungsforschung seit Jahren vermessene Ressentiments auf der Straße sichtbar wurden. Auch diese Proteste bauten nicht auf den Netzwerken von Organisationen auf, sondern sie schöpften ein in erster Linie über Facebook-Gruppen aufgebautes Unbehagen ab. Auch hier mischte sich in konspirative Erzählungen von der „Umvolkung“ eine pauschale Elitenkritik mit der Imagination eines Angriffs auf die eigene Gruppe. Ein Plakat bei den „Pegida“-Protesten brachte diese Haltung auf die Formel „BRD = Diktatur“. Auch hier waren Beobachter*innen verwirrt von der Vielstimmigkeit der Protestmotive und der bunten Mischung der Teilnehmenden. Weder die Deutungsmuster noch die Organisationsform der „Querdenker“-Proteste sind neu, mit ihnen hat sich allerdings der Furor der Fundamentalopposition und die Akzeptanz der extremen Rechten als Bündnispartner auf neue Milieus ausgebreitet: Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen sprechen eher als etwa „Pegida“ Frauen an, eher die obere Mittelschicht und eher Westdeutsche. Anders als dort gibt es bei den „Querdenken“-Protesten allerdings keinen rassistischen Konsens, und die AfD wird nur von einem Teil der Teilnehmenden als Repräsentantin ihrer Interessen wahrgenommen.¹² Dieser Komplexität gerecht zu werden, ist eine andere Herausforderung der jüngsten Proteste.

SIMON TEUNE

ist politischer Soziologe mit dem Schwerpunkt Protest- und Bewegungsforschung und Vorsitzender des Vorstandes des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung in Berlin.

teune@ztg.tu-berlin.de

¹¹ Vgl. Alexander Häusler/Fabian Virchow (Hrsg.), *Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste – Abstieg der Mitte – Ressentiments. Eine Flugschrift*, Hamburg 2016.

¹² Nachtwey/Schäfer/Frei (Anm. 9), S. 10.

STUTTGART – HAUPTSTADT DER FREIDENKER UND ANTHROPOSOPHEN?

Heiner Barz

Man kann den Versuch, der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart das Etikett der freigeistigen, nonkonformistischen, ja rebellischen Hochburg anzuhängen, mit guten Gründen infrage stellen. Die deutsche Geschichte kennt viele Städte, in denen Symbolträchtiges geschah, auch und gerade im Hinblick auf die Verbreitung von neuen Ideen, die Proklamierung von innovativen Gesellschaftsmodellen, den Zusammenstoß zwischen alten und aufstrebenden gesellschaftlichen Kräften. Erinnerung sei nur an die *Weimarer Republik*, an die *Frankfurter Paulskirche* oder an die *Leipziger Montagsdemonstrationen*. Einflussreiche Bildungskonzepte wurden nicht nur in Stuttgart, wo die Waldorfpädagogik ihren Anfang nahm, sondern auch in Berlin – von Wilhelm von Humboldt – oder in Jena – von Peter Petersen – auf den Weg gebracht. Obendrein finden wir in Stuttgart ja nicht nur die Highlights einer Protestkultur, sondern auch die Automobilpioniere Daimler und Porsche, Firmen wie Bosch oder Breuninger und die Klischees der sparsamen schwäbischen Hausfrau oder der pedantisch befolgten Kehrwoche. Zurecht mag man also die Einzigartigkeit von Stuttgart als Nonkonformismus-Hauptstadt bezweifeln. All diesen berechtigten Einwänden zum Trotz wollen wir auf den folgenden Seiten von der Arbeitshypothese ausgehen, Stuttgart sei doch mit einigem Recht in den Ruf der Hauptstadt der Freidenker und der alternativen Pädagogik geraten. Für dieses Narrativ lässt sich nicht nur der Umzug des Rumpfparlaments der Frankfurter Nationalversammlung im Juni 1849 nach Stuttgart⁰¹ oder der nicht zufällig bis heute in Stuttgart ansässige Bund der Freien Waldorfschulen anführen. Auch der – übrigens bis heute anhaltende – Bürgerprotest gegen „Stuttgart 21“ symbolisiert eine Zäsur der bundesdeutschen Protestgeschichte. Und im Corona-Jahr 2020 haben die in Stuttgart verwurzelten

„Querdenker“ als außerparlamentarische Oppositionsbewegung weithin Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

EPIZENTRUM DER WALDORFPÄDAGOGIK

In der gesellschaftlichen Umbruchsituation in den Monaten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde um die Neugestaltung zentraler Institutionen des gesellschaftlichen Lebens, der Politik und der Wirtschaft gerungen. Soldaten- und Arbeiterräte, sozialdemokratische und bürgerliche Strömungen, aber auch die noch immer mächtigen Eliten des wilhelminischen Kaiserreichs kämpften um Macht und Einfluss.⁰² Unter den vielen Erneuerungsbestrebungen fielen 1919 Vorträge im Großraum Stuttgart des ansonsten eher durch esoterische Aktivitäten bekannten Philosophen und Wanderpredigers Rudolf Steiner nicht wirklich ins Gewicht. Er setzte sich für stärkere Einflussmöglichkeiten der Arbeiterschaft ein, freilich mit einem besonderen Konzept. Steiners sogenannte Dreigliederungsbewegung propagierte eine gesellschaftspolitische Neuorientierung, die individualistisch-unternehmerische Aspekte des Liberalismus mit Ideen der sozialen Gerechtigkeit aus der eher sozialistischen Tradition verbinden wollte. Die Zuordnung der Ideale der Französischen Revolution zu zentralen Gesellschaftsbereichen – Freiheit in Geistesleben und Kultur, Gleichheit in der Politik und vor dem Gesetz, Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben – sollte der Schlüssel für eine freiheitliche und gleichzeitig solidarische, eine wirtschaftlich wie kulturell produktive neue Gesellschaftsordnung sein. Im Rückblick muss man konstatieren, dass auch dieses Konzept der Gesellschaftserneuerung Schiffbruch erlitten hat. Und trotzdem hat es einen nachhaltigen Impuls hinterlassen: Die Gründung

der ersten Waldorfschule auf der Uhlandshöhe in Stuttgart als Schule für die Kinder der Arbeiter und Angestellten der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik war eine von vielen Initiativen, die im Geiste dieser Dreigliederungsbewegung gestartet wurden.

Steiner sprach von Ende April bis Anfang August 1919 in Stuttgart und Umgebung vor den Mitgliedern der Anthroposophischen Gesellschaft, vor interessierten Bürgern in den großen Sälen der Stadt, vor den weitgehend sozialistisch orientierten Arbeitern bei Daimler, Bosch und anderer großer Betriebe. Den Unternehmer Robert Bosch konnte Steiner mit seinen Ideen nicht überzeugen. In dessen Biografie schreibt der spätere Bundespräsident Theodor Heuss: „Stuttgart erlebte damals seinen Sonderfall von sozialreformatorischem Reformertum. (...) der Sinn für das Spekulative, der im schwäbischen Volkstum steckt, schien ihm vorübergehend Aussichten auf breitere Wirkung zu geben.“⁰³

Aber Steiner hatte einen umtriebigen Verbündeten: Der Industrielle Emil Molt, Inhaber der prosperierenden Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik, war von Steiners Ideen überzeugt, ließ seine Beziehungen spielen und brachte seinen eigenen Betrieb in die neu gegründete Gesellschaft „Der kommende Tag“ ein. Diese „Aktiengesellschaft zur Förderung wirtschaftlicher und geistiger Werte“ wurde am 13. März 1920 gegründet.⁰⁴ Vorsitzender des Aufsichtsrates war bis 1923 Rudolf Steiner. Am 23. April 1919 schlug Molt auf einer Betriebsratsversammlung die Gründung einer Schule für die Kinder der Arbeiter vor. Die Anwesenden waren begeistert. Danach ging alles sehr schnell.⁰⁵ Molt kümmerte sich um die Genehmigung durch das Ministerium, kaufte das Café Uhlandshöhe als Schulgebäude und beauf-

tragte Rudolf Steiner mit der Ausarbeitung des Schulprogramms und der Ausbildung der Lehrer. Steiner wiederum beauftragte Karl Stockmeyer, einen anderen Getreuen, ihn bei der Suche nach geeigneten Persönlichkeiten, die als Lehrer infrage kämen, zu unterstützen. Er wies ihn an, er müsse nun auf die Reise gehen wie ein Theaterdirektor, der sein Ensemble zusammensucht. Vor der handverlesenen Gruppe von 17 Kandidaten, darunter 8 Frauen, hielt Steiner dann ab dem 21. August 1919 seinen berühmten Lehrerkursus. Direkt im Anschluss erfolgte am 7. September der feierliche Gründungsakt im vollbesetzten Stuttgarter Stadtgartensaal vor mehr als tausend Besuchern. In der Festansprache betonte Steiner, dass mit dieser „lebendigen Erziehungstat“ keine Weltanschauungsschule beabsichtigt sei, vielmehr die verschiedenen Konfessionen ungehindert ihren jeweiligen Religionsunterricht erteilen könnten.

Der dann tatsächlich am 18. September 1919 startende Schulbetrieb – vorher mussten erst noch die Möbel geliefert werden – mit 256 Kindern sollte sich in den folgenden 100 Jahren als Keimzelle einer eigentümlichen, weltumspannenden Bildungskonzeption erweisen. Zusammen mit der Montessori-Pädagogik dürfte die Waldorfschule das einflussreichste Erbstück der sogenannten Reformpädagogik sein, und das weltweit.⁰⁶ Im Kontext der reformpädagogischen Bewegung stellt sie jedoch mindestens insofern einen Sonderfall dar, als ihr Spiritus Rector seine pädagogische Konzeption gewissermaßen als Nebenprodukt einer ziemlich allumfassenden Lebens-, Gesellschafts- und Weltbildreform angesehen hatte und eher ein Universalquerdenker war als ein Schulreformer. Die Waldorfpädagogik ist wohl auch insofern einzigartig, als es ihr gelungen ist, eine regelrechte Bildungskette zu etablieren, die vom vorschulischen über den schulischen und außerschulischen Bereich inzwischen bis hinauf zu staatlich anerkannten Hochschulen reicht.

RUDOLF STEINER ALS PRÄGENDE FIGUR

Zweifelloos gehört Rudolf Steiner zu den interessantesten und gleichzeitig umstrittensten Per-

01 Vgl. z.B. Bernhard Würdehoff, „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“, 23. 12. 2011, www.zeit.de/1989/25/gegen-demokraten-helfen-nur-soldaten. Vgl. auch den Beitrag von Roland Müller in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

02 Vgl. Reinhard Sturm, Vom Kaiserreich zur Republik 1918/19, in: Informationen zur Politischen Bildung Nr. 261/2011, Weimarer Republik, www.bpb.de/55949.

03 Theodor Heuss, Robert Bosch. Leben und Leistung, Tübingen 1946, S. 356.

04 Der Verbund aus einem guten Dutzend Unternehmen musste schon 1925 im Zuge von Inflation und Wirtschaftskrise aufgelöst werden. Vgl. https://anthrowiki.at/Der_Kommende_Tag_AG.

05 Vgl. Heiner Barz, Kindgemäßes Lernen. Was die Waldorfschule anders macht, Freiburg/Br. 1996, S. 20 ff.

06 Vgl. Heiner Barz (Hrsg.), Handbuch Bildungsreform und Reformpädagogik, Wiesbaden 2018 und ders., Reformpädagogik. Innovative Impulse und kritische Aspekte, Weinheim 2018.

sönlichkeiten an der Schwelle zwischen 19. und 20. Jahrhundert.⁰⁷ Er hat in zahlreichen, ja fast allen Lebensbereichen bis heute sichtbare Spuren hinterlassen, weil er schon zu Lebzeiten Anhänger um sich scharte, die einerseits von ihm für die verschiedensten Herausforderungen neue Antworten erwarteten und die andererseits, an Steiners Anregungen anknüpfend, neue Bewegungen auf den Weg brachten und über seinen Tod hinaus ausbauten. Dies gilt für die biologisch-dynamische Landwirtschaft, die mit Demeter sozusagen das erste Gütesiegel lange vor der heutigen Öko- und Bio-Welle im Markt etablieren konnte. Es gilt für die anthroposophische Medizin mit ihren eigenen Kliniken. Es gilt nicht weniger für die darauf aufbauende Heilmittel- und Naturkosmetik-Produktion von Firmen wie Weleda oder Hauschka. Es gilt für die „Christengemeinschaft“, die anthroposophische Variante einer christlichen Kirche, die von Friedrich Rittelmeyer und anderen Theologen nach Anregungen Steiners 1922 gegründet wurde. Die Ideen der Dreigliederungsbewegung finden bis heute nicht nur ihren Niederschlag in Selbstverwaltungskonzepten etwa der Waldorfschulen, sondern auch bei so überraschenden Finanzmarktakteuren wie der Bochumer GLS-Bank, der „Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken“. Erfolgreiche Wirtschaftsunternehmen wie die expandierende Natur-Supermarktkette Alnatura, Europas größte Drogeriemarktkette dm oder die deutsche Nr. 2 nach SAP im Software-Markt, die Software AG Stiftung, werden als anthroposophienah verortet. Man findet Steiners Wirkungsgeschichte bei so epochalen Kunst-Revolutionären wie Wassily Kandinsky oder Joseph Beuys (beide beriefen sich explizit auf ihn). Einen Platz in der Architekturgeschichte hat Steiner spätestens mit dem Entwurf des zweiten Goetheanums in Dornach in der Schweiz, dem weltweit ersten als Stahlbetonbau mit Sichtbetonfassade ausgeführten Saalbau.

Die in der Öffentlichkeit am stärksten mit dem Namen Rudolf Steiner assoziierte Waldorfschule mit der dort gepflegten Eurythmie ist im Gesamtportfolio der anthroposophischen Initiativen und Organisationen also keineswegs so zentral wie es scheinen mag. Eine gewisse

Schlüsselrolle für die Anthroposophie kommt der Waldorfpädagogik wohl aber dennoch allein schon deshalb zu, weil die Anthroposophie damit über eigene Sozialisationsinstitutionen zur Traditionsweitergabe und Nachwuchsrekrutierung verfügt. Auch wenn an Waldorfschulen nur wenige Schüler aus anthroposophisch orientierten Elternhäusern unterrichtet werden, so kann doch andererseits nicht bestritten werden, dass *auch* der Anthroposophie nahestehende Familien hier ein aus ihrer Sicht adäquates Bildungsangebot vorfinden. Somit dürfte die Anthroposophie eine der wenigen weltanschaulichen Gruppierungen sein, die – ähnlich wie die katholische Kirche – über eigene Bildungseinrichtungen für alle Altersgruppen auf allen Ebenen verfügt. Zu diesen gehören mittlerweile nicht nur über 2000 Waldorfkindergärten und über 1000 Waldorfschulen weltweit, sondern auch betriebliche Berufsausbildungsstätten, heilpädagogische Einrichtungen, zahlreiche Lehrerbildungs- und Kunstausbildungsstätten und nicht zuletzt auch staatlich anerkannte private Hochschulen wie Deutschlands erste Privatuniversität Witten-Herdecke (gegründet 1982 von Konrad Schily), die Alanus Hochschule in Alfter bei Bonn (seit 2002 staatlich anerkannt) oder die Freie Hochschule in Stuttgart (seit 1999 staatlich anerkannt), in direkter Nachbarschaft zur Waldorfschule auf der Uhlandshöhe.

Auch wenn der Unternehmer Emil Molt durch sein existenzielles Engagement in der schließlich scheiternden Dreigliederungsbewegung seinen Betrieb und sein Vermögen verloren hatte, lässt sich festhalten: Mit der von ihm initiierten und in den ersten Jahren gemanagten Waldorfschule Uhlandshöhe hat er den Grundstein für ein weltumspannendes NGO-Konglomerat gelegt. In seiner Person wie in der Waldorfpädagogik verschmilzt die sprichwörtliche schwäbische Tatkraft mit spirituellen Resonanzen, die vielleicht auch in der im Raum Stuttgart stark präsenten pietistischen Werkfrömmigkeit eine Wurzel haben mögen: „Stuttgart hat es sicher nicht unwesentlich dem Zigarettenfabrikanten Molt zu verdanken, die ‚weltliche Hauptstadt‘ der anthroposophischen Bewegung geworden zu sein.“⁰⁸

⁰⁷ Vgl. ders., Rudolf Steiner und die Waldorfpädagogik, in: Till-Sebastian Idel/Heiner Ullrich (Hrsg.), Handbuch Reformpädagogik, Weinheim 2017, S. 117–131.

⁰⁸ Dietrich Esterl, Die erste Waldorfschule. Stuttgart Uhlandshöhe, 1919 bis 2004. Daten – Dokumente – Bilder, Stuttgart 2006, S. 44. Der eigentliche Hauptsitz der anthroposophischen Bewegung befindet sich übrigens in Dornach, Schweiz.

Im Stuttgarter Osten⁰⁹ sind anthroposophische Einrichtungen dementsprechend dicht gesät: Buchhandlung, Verlag, Demeter-Lebensmittel, das Eurythmeum, das Freie Jugendseminar, die Freie Fachschule für Sozialpädagogik, Haus Morgenstern, die Freie Hochschule der Christengemeinschaft, die GLS Bank und anderes mehr. Dass die Waldorfpädagogik heute in Stuttgart gleich mit fünf Schulen vertreten ist, während sie beispielsweise in einer vergleichbar großen Landeshauptstadt wie Düsseldorf nur eine Schule betreibt, verwundert daher kaum. Dass die anthroposophische Prägung der Stadt das Aufkommen von Protestbewegungen wie jener gegen „Stuttgart 21“ erklären kann, darf gleichwohl skeptisch beurteilt werden.

STUTTGART 21 – FEHLDEUTUNGEN EINES WENDEPUNKTS

Im Zusammenhang mit dem Protest gegen das gigantische Bahnhofs-Neubauprojekt „Stuttgart 21“ kam der schillernde Begriff des „Wutbürgers“ in Mode, in dem sich eine Neujustierung des Verhältnisses von gesellschaftskritischer Protestkultur und saturiertem Establishment ankündigte. Waren die Protestbewegungen der bundesrepublikanischen Vergangenheit, wie die 68er-Bewegung, die Anti-Vietnamkriegs- oder die Anti-Atomkraft-Demos, maßgeblich eher von Schülern und Studenten getragen, schienen sich 2010 unter dem Motto „Oben bleiben“ (gegen den Umbau zum Tiefbahnhof gerichtet) auf einmal vor allem ältere, wohlhabende und ansonsten eher konservativ ausgerichtete Bevölkerungsgruppen zu einem zähen Dauerprotest zusammenzufinden. Sozialwissenschaftler weisen darauf hin, dass hier exemplarisch ein Kulturkonflikt sichtbar geworden sei, in dem sich die Konfliktparteien nicht nach der simplen Logik „Betroffene vs. Profiteure“ sortieren ließen – sondern in dem sich gerade Menschen gegen Eingriffe in ihre Lebenswelt wehrten, die selbst nicht materiell betroffen waren, wie das anderswo, etwa beim Bau neuer Start- und Landebahnen auf Flughä-

fen, oft der Fall ist.¹⁰ Der Bewegung blieb der eigentliche Erfolg, nämlich die Verhinderung des umweltpolitisch, verkehrstechnisch und wirtschaftlich umstrittenen Großprojekts, versagt. Indessen lieferte der Konflikt um Stuttgart 21 die Schwungkraft, um die CDU-Vorherrschaft in Baden-Württemberg nach 58 Jahren zu brechen: 2011 wurde mit Winfried Kretschmann erstmals ein Grüner Ministerpräsident eines Bundeslandes.

In der Rückschau¹¹ zeigen sich eklatante Verstrickungen zwischen Politik, Medien und Industrie. Zuletzt wurde am 5. November 2020 gemeldet, dass der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger in den Aufsichtsrat des Unternehmens Herrenknecht einzieht – also des Unternehmens, das mit seinen Tunnelbohrmaschinen zu den großen Profiteuren des Megaprojekts gehört. Oettinger hatte sich unter anderem mit einer Finanzierungszusage über 950 Millionen Euro durch das Land für das S21-Projekt stark gemacht. Die „Stuttgarter Zeitung“, Teil der Südwestdeutschen Medien Holding (SWMH),¹² die 2008 wiederum ein Darlehen über 300 Millionen Euro von der landeseigenen Landesbank Baden-Württemberg erhalten hatte, stellte sich, gegen alle von renommierten Experten vorgebrachten Kritikpunkte, konsequent auf die Seite der Projektbetreiber. Die großen Medien überboten sich darin, die Protestierenden entweder als chancenlos zu belächeln oder aber als kriminell zu diffamieren. Ein Höhepunkt war der Kampfbegriff des „Wutbürgers“ in einem „Spiegel“-Essay 2010¹³ – gegenüber dem das andere, positive Etikett des „Mutbürgers“ weitgehend ignoriert wurde.¹⁴ Denn während der Mutbürger sich in der Tradition Kants bewegt – „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ –, wird dem Wutbürger alle Vernünf-

⁰⁹ Vgl. Kulturtreff Stuttgart Ost, Ostwege. Von Waldorf-Astoria zur Waldorfschule, Stuttgart o.J. [ca. 2016], www.yumpu.com/de/document/view/51493707.

¹⁰ Vgl. Albrecht Göschel, „Stuttgart 21“: Ein postmoderner Kulturkonflikt, in: Frank Brettschneider/Wolfgang Schuster (Hrsg.), Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz, Wiesbaden 2013, S. 149–172, hier S. 152. Vgl. auch den Beitrag von Simon Teune in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

¹¹ Vgl. Arno Luik, Schaden in der Oberleitung. Das geplante Desaster der Deutschen Bahn, Frankfurt/M. 2019.

¹² Ihr gehört u. a. auch die Süddeutsche Zeitung.

¹³ Vgl. Dirk Kurbjuweit, Der Wutbürger, 11. 10. 2010, www.spiegel.de/spiegel/a-724587.html.

¹⁴ Vgl. aber Barbara Supp, Die Mutbürger, 18. 10. 2010, www.spiegel.de/spiegel/print/d-74549707.html.

tigkeit abgesprochen und eine kurzsichtige, von Emotionen gesteuerte, gleichsam kindisch-egoistische Aufgeregtheit unterstellt. Dass Stuttgart 21 ökologisch, ökonomisch und verkehrstechnisch ein Desaster werden würde, hatten in den jahrelangen Auseinandersetzungen Zigtausende Aktivisten immer wieder behauptet, und Dutzende hochrangige Expertisen hatten die Argumente sortiert: angefangen bei der Umgehung von Brandschutzstandards, die etwa der Brandschutzexperte Hans-Joachim Keim beklagte („Eine Katastrophe mit Ansage“¹⁵), über die Reduzierung der Bahnleistungs-fähigkeit (8 statt 16 Gleise und damit ein Rückbau statt eines Ausbaus des Bahnverkehrsaufkommens) bis zu den unkalkulierbaren Risiken des Tunnelbaus durch Anhydritgestein, das beim Kontakt mit Grundwasser aufzuquellen droht und die darüber liegenden Gebäude beschädigen könnte.¹⁶ Ursprünglich für 2,5 Milliarden Euro kalkuliert, rechnet der Bundesrechnungshof inzwischen mit Kosten über 10 Milliarden Euro – und dabei sind versteckte Kosten noch gar nicht enthalten, wie etwa die rund 3 Milliarden Euro teure, aber unumgängliche Nachrüstung sämtlicher Züge und Strecken mit dem „European Train Control System“ (ETCS), weil es in den neuen engen Tunneln keinen Platz für die traditionellen Licht-Signalanlagen gibt.¹⁷

Während sich die im März 2011 gewählte grün-rote Landesregierung für die von ihr im November 2011 angesetzte S21-Volksabstimmung bescheinigt, ein „neues Kapitel der baden-württembergischen Demokratie“ aufgeschlagen zu haben,¹⁸ sprechen Kritiker des S21-Projektes davon, dass es sich dabei um einen „Betrug am Wähler“ gehandelt habe.¹⁹ Denn gefragt wurde nicht etwa: „Sind Sie für oder gegen S21?“ Die Frage, die nicht nur den Wahlberechtigten im Raum Stuttgart, sondern den Wählern in ganz Ba-

den-Württemberg vorgelegt worden war,²⁰ lautete vielmehr: „Stimmen Sie der Gesetzesvorlage ‚Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21‘ (S21-Kündigungsgesetz) zu?“ Man darf davon ausgehen, dass zumindest größere Teile der Wählerschaft kein klares Bild davon hatten, was ein „Ja“ oder „Nein“ zu dieser Frage hinsichtlich der Verwirklichung von S21 tatsächlich bedeutete.²¹ Wer hier „Ja“ ankreuzte, war gegen S21, und wer „Ja zu S21“ meinte, musste „Nein“ ankreuzen. Dass Kritiker diese Ausgestaltung der Volksabstimmung mindestens als irreführend empfanden, ist gut nachvollziehbar.

Dass sich inzwischen viele der Hauptverantwortlichen von S21 distanzieren und auf einmal die alten Argumente der Gegner als „neuen Sachstand“ entdeckt haben, kommt manchem zynisch vor. 2016 jedenfalls wird der damalige Bahnchef Rüdiger Grube mit den Worten zitiert: „Ich habe Stuttgart 21 nicht erfunden und hätte es auch nicht gemacht.“²² Und der neue Bahnchef Richard Lutz sagt: „Mit dem Wissen von heute würde man das Projekt nicht mehr bauen.“²³ Ebenfalls umgefallen, freilich in die andere Richtung, ist Ministerpräsident Kretschmann. Er hatte vor der Landtagswahl 2011 davon gesprochen, dass die Mitfinanzierung von S21 durch das Land Baden-Württemberg verfassungswidrig sei und dass es mit ihm keine Fortsetzung des Verfassungsbruchs geben werde. Einmal im Amt sieht sich Kretschmann an die unter falschen Voraussetzungen abgehaltene Volkabstimmung gebunden – ansonsten schweigt er und muss in Kauf nehmen, dass Kritiker ihn an seinen eigenen Worten messen und des Verfassungsbruchs zeihen.

15 Sicherheitsexperte beurteilt Brandschutz bei Stuttgart 21, 10.6.2018, www.stern.de/-8116488.html.

16 So ist es im schönen Städtchen Staufen im Zuge von Geothermiebohrungen seit 2007 zu Hebungsrisen an Hunderten von Häusern gekommen.

17 Vgl. Luik (Anm. 11), S. 41.

18 Vgl. Pressestelle der Landesregierung Baden-Württemberg, S21-Volksabstimmung ist neues Kapitel der baden-württembergischen Demokratie, 14.10.2011, www.baden-wuerttemberg.de/service/alle-meldungen/meldung/pid/s21-volksabstimmung-ist-neues-kapitel-der-baden-wuerttembergischen-demokratie.

19 Vgl. Luik (Anm. 11), S. 68.

20 Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Denn dass sich Menschen fernab von Stuttgart, sagen wir: in Lörrach oder in Lindau, über die fehlenden Brandschutzvorkehrungen im von Politik, Medien und Experten hochgelobten S21-Zukunftsprojekt nicht allzu viel Gedanken machen würden, davon war auszugehen.

21 Vgl. Uwe Wagschal, Die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 – ein direktdemokratisches Lehrstück?, in: ders./Ulrich Eith/Michael Wehner (Hrsg.), Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg, Baden-Baden 2013, S. 181–206, hier S. 183.

22 Bahnchef Grube distanziert sich von Stuttgart 21, 25.11.2016, www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article159762243.

23 „Heute würde man Stuttgart 21 nicht mehr bauen“, 20.4.2018, www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/richard-lutz-heute-wuerde-man-stuttgart-21-nicht-mehr-bauen-a-1203971.html.

Dass der Ruf Baden-Württembergs als „deutsches Mutterland der direkten Demokratie“²⁴ sich durch dieses brachial durchgesetzte und mit Scheinargumenten und fragwürdigen Verfahren legitimierte Symbolprojekt gefestigt hat, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Symptomatisch ist womöglich eher, dass hier die Grünen erstmals den Rubikon überschritten haben: Durch einen zweifelhaften Volksentscheid verhalfen sie dem desaströsen S21-Projekt erst zum Durchbruch. Was den Bahnhofsbaue geht, stehen sie mit Sicherheit nicht mehr dort, wo sie eigentlich herkommen – nämlich auf der Seite derer, die gegen ökologischen Irrsinn und staatliche Willkür protestieren. Stattdessen sitzen sie heute insbesondere in Baden-Württemberg in Rathäusern und Gesundheitsministerien und verhängen Ausgangs- und Demonstrationsverbote über die Bevölkerung. Dass ausgerechnet die Initiatoren des S21-Projekts einst die Drehung des alten Kopfbahnhofs um 90 Grad als Durchgangsbahnhof unter dem Motto „Quer-Denken“ angepriesen hatten, wird freilich von den „Querdenkern“ der Corona-Krise kaum einer wissen.

QUERDENKEN 711 – QUER ZUM RECHTS-LINKS-SCHEMA?

Zuletzt hat sich im Zuge der Corona-Krise in Stuttgart die Initiative „Querdenken 711“ als bundesweit auffälligste Protestbewegung gegen freiheitseinschränkende Maßnahmen gebildet. Mit dem Unternehmer Michael Ballweg an der Spitze – Selbstcharakteristik: „Unternehmer, Querdenker, Familienmensch, Hundebesitzer“ –, organisierte „Querdenken“ am 18. April 2020 eine erste Demonstration mit 50 angemeldeten Teilnehmern, deren Genehmigung erst per Eilentscheidung vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das ursprüngliche Verbot durch die Stadt Stuttgart erstritten werden musste.²⁵ Die späteren Kundgebungen, die vom Stuttgarter Schlossplatz wegen der großen Teilnehmerzahlen auf den Cannstatter Wasen verlegt wurden, besuchten

Tausende von Bürgern, die ihren Protest gegen die Einschränkung von grundgesetzlich garantierten Rechten im Rahmen der Corona-Bekämpfung zum Ausdruck bringen wollten. Bundesweit entstand in den folgenden Wochen ein loser Verbund von „Querdenken“-Initiativen, die jeweils die Telefonvorwahl im Namen tragen: „Querdenken 731“ (Ulm), „Querdenken 761“ (Freiburg), „Querdenken 30“ (Berlin) und andere mehr.

Am 1. und 31. August 2020 fanden, organisiert von „Querdenken 711“, in Berlin große Demonstrationen statt, für die bundesweit mobilisiert wurde. Während in der Medienberichterstattung vielfach vor allem die Anwesenheit von Rechtsextremen, Reichsbürgern und Verschwörungstheoretikern betont wurde,²⁶ hielt der Verfassungsschutz gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ zur Demonstration am 1. August in Berlin fest, dass von Rechtsextremen kein „prägende[r] Einfluss auf den Demonstrationenzug oder die Gesamtkundgebung“ ausgegangen sei.²⁷ Ein Forscherteam um den Basler Soziologen Oliver Nachtwey hat im Dezember 2020 zudem die Ergebnisse einer explorativen Online-Befragung von 1152 Querdenker-Aktivisten vorgelegt.²⁸ Demnach rekrutieren sich die Teilnehmer eher aus dem links-grünen Spektrum: Bei der letzten Bundestagswahl haben nach diesen Zahlen 23 Prozent die Grünen, 18 Prozent die Linke gewählt. Die AfD folgt mit 15 Prozent erst auf Platz 3 der Parteipräferenzen (CDU/CSU: 10 Prozent, FDP: 7 Prozent, SPD: 6 Prozent, Die Partei: 4 Prozent).

Berührungspunkte zwischen „Querdenkern“ und Anthroposophen – und damit auch Menschen, die früher zur Kernklientel der Grünen gehörten, weil sie alternative Heilmethoden, Meditation und östliche Spiritualität für sich entdeckt haben – scheinen naheliegend. So hat die anthroposophienahe Zeitschrift „Kernpunkte“ im August 2020 eine Sonderausgabe zur Initiative Quer-

²⁴ Matthias Fatke/Markus Freitag, Zuhause statt oben bleiben. Stuttgart 21 und die direkte Demokratie in Baden-Württemberg, in: Wagschal/Eith/Wehner (Anm. 21), S. 207–228, hier S. 211.

²⁵ Vgl. Demonstration trotz Corona in Stuttgart – Gericht kippt Verbot, 18. 4. 2020, www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/bundesverfassungsgericht-demo-verbot-100.html.

²⁶ Zwei Beispiele: Wieder Fake News zu Demonstrationen, 30. 8. 2020, www.tagesschau.de/faktenfinder/berlin-corona-demo-103.html; „Querdenken 711“ – Wer ist die Demogruppe aus Stuttgart?, 2. 9. 2020, www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/querdenken-711-wer-ist-die-demogruppe-aus-stuttgart,S9LeIFv.

²⁷ Wenige Rechtsextreme bei Corona-Demo, 8. 8. 2020, www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-demo-nur-einzelne-rechtsextreme-16894746.html.

²⁸ Vgl. Oliver Nachtwey/Robert Schäfer/Nadine Frei, Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundauswertung, Universität Basel, 17. 12. 2020, <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>.

denken veröffentlicht, in der Michael Ballweg und seine auf meditative Selbsterkenntnis gründende Motivation einen breiten Raum einnehmen.²⁹ Biografische Verbindungen von Ballweg zur Waldorfpädagogik werden gleichwohl nicht berichtet. Allerdings sah sich der Bund der Freien Waldorfschulen bereits im Juni 2020 dazu veranlasst, sich von Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie zu distanzieren.³⁰

QUERDENKER UND FREIDENKER

Ihrem Selbstverständnis nach will die Anthroposophie, auf deren Menschenbild die Waldorfpädagogik aufgebaut ist, keine Bekenntnis-, sondern eine Erkenntnisgemeinschaft sein. Ob man den Anspruch, nicht durch einen gemeinsamen Glauben, sondern durch undogmatisches Streben nach Wissen verbunden zu sein, in jedem real existierenden Exemplar dieser Weltanschauung verwirklicht findet, steht auf einem anderen Blatt. Der Anspruch jedenfalls ist, dass sich hier eine Orientierungssuche ohne Scheuklappen Bahn gebrochen habe, die Ost und West, Tradition und Technik, Innenschau und Welterkenntnis zusammenführen will zu einem umfassenden Bild der Welt. Damit ist ein klassischer Ansatz der Freidenker formuliert, dessen Durchsetzungsfähigkeit und Fortbestehen in schwäbischer Kulisse für die gesamte Bundesrepublik eine Bereicherung ist – oder doch zumindest sein kann.

Das Standardwerk der protestantischen Theologie, „Religion in Geschichte und Gegenwart“, definiert Freidenker jedenfalls vielfach anschlussfähig: „Ursprünglich für die deistische (im Unterschied zur theistischen) Lehre gebraucht, bezeichnet der Begriff der Freidenker (freethinkers, libres penseurs) eine Denkschule, die ‚in Glaubenssachen jede Unterwerfung unter eine traditionelle Autorität ablehnt und für sich das Recht zur freien Meinungsbildung beansprucht.‘ (...) Insofern im Umkreis der sozialistisch-mar-

xistischen und der atheistisch-rationalistischen Strömungen des 19. Jahrhunderts auch der naturphilosophische Monismus eines Ernst Häckel als Spielart des Freidenkertums gilt und letzterer eine wichtige Inspirationsquelle für die Anthroposophie Rudolf Steiners darstellte, erscheint es durchaus berechtigt, auch die Waldorfpädagogik in dieser Tradition zu sehen.“³¹

Ob Stuttgart wirklich den Titel einer „Hauptstadt des Nonkonformismus“ beanspruchen kann, muss offen bleiben. Gleichwohl lohnt sich der Blick auf die dortigen Anfänge der Waldorfpädagogik und der Anthroposophie sowie ihrer Verbindungen zu heutigen Protestbewegungen wie „Stuttgart 21“ oder „Querdenken“. Ob dies nun als Freidenker- oder Querdenkertum verstanden wird, liegt vielfach im Auge des Betrachters.

HEINER BARZ

ist Professor für Erziehungswissenschaft und leitet die Abteilung für Bildungsforschung und Bildungsmanagement an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

barz@phil.hhu.de

Kostenloses Probe-Abo

[das-parlament.de/abo/
probeabo](https://das-parlament.de/abo/probeabo)

Lassen Sie sich „Aus Politik und Zeitgeschichte“ als Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“ regelmäßig direkt nach Hause liefern: Das Abonnement kostet 25,80 Euro im Jahr; Lehrkräfte, Studierende, Auszubildende, Bundesfreiwillige und FSJ-Teilnehmende zahlen 13,80 Euro. Das Probeabonnement endet automatisch nach vier Ausgaben.

²⁹ Vgl. Kernpunkte 10/2020, <https://kernpunktecom.files.wordpress.com/2020/08/kernpunkte-no-102020.pdf>.

³⁰ Vgl. Bund der Freien Waldorfschulen für einen faktenbasierten Diskurs zur Covid-19-Pandemie, 22.6.2020, www.waldorfschule.de/artikel/bund-der-freien-waldorfschulen-fuer-einen-faktenbasierten-diskurs-zur-covid-19-pandemie-an-schulen.

³¹ Kurt Hutten, Freidenker, in: Kurt Galling (Hrsg.), Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 2, Tübingen 1986³, Sp. 1093–1096.

INTEGRATION DURCH ERWERBSARBEIT

Voraussetzungen, Herausforderungen und die Rolle der Kommunen

Claudia Diehl · Bentley Schieckoff

Wie fortgeschritten die Arbeitsmarktintegration von Einwanderern ist, welche Faktoren sie hemmen oder fördern, und welchen Beitrag Kommunen leisten können, um der Benachteiligung vieler Einwanderer am Arbeitsmarkt zu begegnen, sind Fragen, die Wissenschaft, Politik und Gesellschaft seit Langem beschäftigen. Wir versuchen im Folgenden eine Antwort, indem wir zunächst den schillernden Begriff der „Integration“ präzisieren und – mit einem besonderen Fokus auf der Stadt Stuttgart – die Gruppen näher beschreiben, die derzeit das Integrationsgeschehen prägen. Anschließend diskutieren wir die Faktoren, die die Arbeitsmarktintegration von Eingewanderten und ihren Nachkommen fördern oder hemmen können, um abschließend, wiederum am Beispiel Stuttgarts, Ansatzpunkte zur Förderung ihrer Integration auf kommunaler Ebene vorzustellen.⁰¹

WAS BEDEUTET EIGENTLICH INTEGRATION?

Der Begriff „Integration“ wird im wissenschaftlichen Diskurs nicht einheitlich verwendet. Im Bereich der empirisch-quantifizierenden Forschung wird darunter häufig das Ausmaß verstanden, in dem Einwanderer das Wissen und die Fähigkeit besitzen, ein erfolgreiches Leben im Zielland zu führen.⁰² Empirisch wird dabei untersucht, inwieweit eine Angleichung von Mehrheits- und Minderheitenangehörigen im Hinblick auf die Verteilung bestimmter Merkmale stattgefunden hat. In anderen Definitionen von Integration wird der Blick stärker auf die Aufnahmegesellschaft gerichtet und das Moment der „Teilhabe“ betont. Dabei liegt der Fokus weniger auf den Merkmalen der Zugewanderten selbst als vielmehr auf den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Integration fördern oder erschweren können.

Wer genau dabei zur Mehrheitsgesellschaft oder zur Minderheit gezählt wird, hängt unab-

hängig von der Definition von Integration immer von der jeweiligen Fragestellung ab. Hier kann zwischen „Ausländern“, das heißt: Personen mit ausländischem Pass, und Inländern im rechtlichen Sinn unterschieden werden. Häufig interessiert man sich aber auch unabhängig von der Staatsbürgerschaft allgemeiner für Personen mit „Migrationshintergrund“ und grenzt diese von Personen ab, deren Eltern schon in Deutschland geboren wurden. Migrationshintergrund bedeutet, dass jemand entweder selbst aus dem Ausland nach Deutschland eingewandert ist (die sogenannte erste Einwanderergeneration) oder in Deutschland als Kind eines zugewanderten Elternteils geboren wurde (die sogenannte zweite Einwanderergeneration), die deutsche Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung erworben hat oder als ethnische/r Deutsche/r („Spätaussiedler“) nach Deutschland gekommen ist. Diese auch in der amtlichen Statistik verwendete Abgrenzung wird bisweilen kritisch betrachtet, weil sie das „Anderssein“ oder das „nicht wirklich Dazugehören“ selbst von hier geborenen Personen betont. Allerdings lässt sich hier anführen, dass die Erfahrung von Migration – sei es der eigenen Person oder der eigenen Eltern – häufig ein lebenschancenprägendes Ereignis darstellt. Eine Unterscheidung zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund kann daher sinnvoll und gerechtfertigt sein, nicht zuletzt, um anhaltende Benachteiligungen zu identifizieren. Innerhalb des Personenkreises mit Migrationshintergrund kann weiter zwischen verschiedenen Herkunftsgruppen oder Herkunftsregionen wie etwa EU-Migranten und Drittstaatenangehörigen unterschieden werden.

In empirischen Studien zum Integrationsgeschehen werden verschiedene Integrationsdimensionen unterschieden; eine zweifellos als wünschenswert erachtete „Angleichung“ zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund

im Hinblick auf ihre Situation auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt oder im Bildungssystem („strukturelle Integration“) kann zunächst einmal unabhängig von dem Erlernen einer neuen Sprache („kognitive Integration“), dem Knüpfen von Kontakten zu Einheimischen („soziale Integration“) oder der Identifikation mit dem Zielland („identifikative Integration“) betrachtet werden.⁰³ Gerade im Hinblick auf die letztgenannten Integrationsdimensionen wird weder davon ausgegangen, dass Integration eine völlige Angleichung von Einwanderern und Einheimischen bedeutet, noch wird diese als wünschenswert betrachtet. Integration, so wird in der reformulierten Assimilations- oder Integrationsforschung vielmehr argumentiert, markiert nicht einen bestimmten Grad an Ähnlichkeit, sondern eine graduelle Veränderung in Richtung einer größeren Ähnlichkeit.⁰⁴ Der Begriff der „Integration“ wird im deutschsprachigen Raum dem der „Assimilation“ vorgezogen, weil er als weniger normativ und vorbelastet wahrgenommen wird. Dies gilt insbesondere für politiknahe Diskurse.

Der Bereich der strukturellen Integration gilt aus der Perspektive der Ungleichheitsforschung als besonders wichtig, gerade weil in vielen westlichen Einwanderungsländern ein substanzieller Teil der Migrantinnen und Migranten ein niedriges Bildungsniveau aufweist. Bildung und Beruf sind wiederum entscheidend für Lebenschancen in anderen Bereichen, von der Lebenserwartung bis hin zur Lebenszufriedenheit. Es spricht auch viel dafür, dass eine erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt die sprachliche, soziale und identifikative Integration fördert. Hier spielen die mit der Erwerbsarbeit verbundenen Gelegenheiten, die Sprache des

Ziellandes zu sprechen, Kontakte mit Einheimischen zu knüpfen und geteilte Werte, Normen und Bräuche kennenzulernen, eine wichtige Rolle. Es gibt aber auch den umgekehrten Zusammenhang: Sprachkenntnisse, Kontakte und auch normative Orientierungen fördern den Einstieg in und den Aufstieg am Arbeitsmarkt.⁰⁵ Im Folgenden soll gezeigt werden, wie es um die Arbeitsmarktintegration von Einwanderern in Deutschland im Allgemeinen und, soweit es die vorhandenen Daten zulassen, in Stuttgart im Besonderen steht.

INTEGRATIONSGESCHEHEN IN DEUTSCHLAND – UND IN STUTTGART

In der Bundesrepublik leben derzeit gut 1,6 Millionen Personen mit Migrationshintergrund, dies entspricht etwa 20 Prozent der Wohnbevölkerung Deutschlands. Viele Einwanderer wohnen bereits recht lange im Land, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der EU-Bürgerinnen und -Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit beträgt 23 Jahre, die der Einwanderer aus der Türkei sogar rund 32 Jahre.⁰⁶ Mit 43 Prozent lebt ein großer Teil der Personen mit Migrationshintergrund in Großstädten.⁰⁷ Der Integrationsdynamik dort gebührt daher ein besonderes Interesse.

In Stuttgart hatten 2019 rund 45 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund (1999 waren es noch 36 Prozent)⁰⁸, das heißt, es gibt fast ebenso viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit Migrationshintergrund wie solche ohne. Rund 43 Prozent der erstgenannten Gruppe sind Deutsche. Die meisten haben den deutschen Pass durch Einbürgerung erhalten, bei einem kleineren Teil handelt es sich um als „ethnisch Deutsche“ zugewanderte Spätaussiedler. Im Diskurs des klassischen Einwanderungslands USA wird

01 Für ihre engagierte Mitarbeit bei der Erstellung dieses Manuskripts danken wir Julia Magold, für die Bereitstellung wichtigen Informationsmaterials und vieler Hintergrundinformationen Ayşe Özbabacan, der Integrationsbeauftragten der Landeshauptstadt Stuttgart. Für etwaige Unzulänglichkeiten in der Darstellung sind alleine wir verantwortlich.

02 Vgl. Niklas Harder et al., Multidimensional Measure of Immigrant Integration, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America (PNAS)* 45/2018, S. 11483–11488, hier S. 11484.

03 Vgl. Hartmut Esser, Pluralisierung oder Assimilation? Effekte der multiplen Inklusion auf die Integration von Migranten, in: *Zeitschrift für Soziologie* 5/2009, S. 358–378.

04 Vgl. Rogers Brubaker, The Return of Assimilation? Changing Perspectives on Immigration and Its Sequels in France, Germany and the United States, in: *Ethnic and Racial Studies* 4/2001, S. 531–548, hier S. 534.

05 Vgl. Ruud Koopmans, Does Assimilation Work? Sociocultural Determinants of Labour Market Participation of European Muslims, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 2/2016, S. 197–216.

06 Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2019, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2020, S. 106.

07 Vgl. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Steuern, was zu steuern ist. Was können Einwanderungs- und Integrationsgesetze leisten? Jahresgutachten 2018, Berlin 2018, S. 130.

08 Alle Angaben zu Stuttgart beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage von Daten aus der Komunis-Datenbank, dem digitalen Informationssystem des Statistischen Amtes Stuttgarts. www.domino1.stuttgart.de/web/komunis/komunissde.nsf.

aus solchen Zahlenverhältnissen zwischen „Minderheit“ und „Mehrheit“ schnell geschlossen, dass es bald keine „white majority“ mehr gebe beziehungsweise die Mehrheit zur Minderheit würde.⁰⁹ Diese Sichtweise greift aber zu kurz, schließlich ist ein zunehmender Teil der Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland aufgewachsen und wurde dort sozialisiert. Treffender wäre also die Beschreibung, dass die Mehrheit bunter und vielfältiger wird – und sich durch neu Zugewanderte ständig weiter wandelt.

Heute prägen verschiedene Gruppen die in Deutschland lebende Bevölkerung mit Migrationshintergrund, vor allem die als sogenannte Gastarbeiter Zugewanderten und ihre Nachkommen, die ethnisch deutschen Spätaussiedler und die im Zuge der EU-Osterweiterung nach Deutschland Gezogenen. Hochqualifizierte Einwanderer sowie die in vielen Fällen lediglich temporär in Deutschland lebenden und Freizügigkeit genießenden EU-Bürger werden im öffentlichen Diskurs häufig gar nicht als Einwanderer wahrgenommen. Sie werden eher als „international Mobile“ betrachtet, deren Integration nicht weiter thematisiert oder gar problematisiert wird.¹⁰ In den Jahren 2015 und 2016 kamen viele Geflüchtete aus Asien und dem Nahen und Mittleren Osten (vor allem aus Syrien) und aus afrikanischen Ländern (vor allem aus Eritrea) nach Deutschland, deren Integrationsprozess noch am Anfang steht, aber auf einem guten Weg ist.¹¹ Im Mittelpunkt der Integrationsforschung steht vor allem die erstgenannte Gruppe der Gastarbeiter und ihrer Nachkommen. Sie prägt auch den „deutschen Blick“ auf das Thema Migration – nicht nur der Forschenden, sondern auch der Allgemeinbevölkerung. Da im Rahmen der Gastarbeiterrekrutierung überwiegend gering qualifizierte angeworben wurden, wird in Deutschland Einwanderung häufig mit „Integrationsproblemen“ in Verbindung gebracht.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist allerdings seit dem Zuzug der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter nicht nur hinsichtlich ihrer

Zusammensetzung nach Herkunftsländern heterogener geworden, sondern auch bezüglich ihres Qualifikationsniveaus. So ist der Anteil derer, die über einen tertiären Bildungsabschluss verfügen, nicht nur im Zeitverlauf deutlich angestiegen.¹² Er ist auch in der zweiten Einwanderergeneration höher als bei den Eingewanderten selbst. Dennoch zeigen sich immer noch deutliche Unterschiede im Hinblick auf die Integration im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt. Dies gilt für verschiedene Indikatoren wie etwa die berufliche Stellung,¹³ das Einkommen¹⁴ oder das Risiko, arbeitslos zu sein.¹⁵

In Stuttgart setzt sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus vielen verschiedenen Nationalitäten zusammen. Die größten Ausländergruppen waren 2019 Personen mit einer Staatsbürgerschaft der Nachfolgestaaten Jugoslawiens, gefolgt von Türken und Italienern. Auch hier dominieren also die ursprünglich als sogenannte Gastarbeiter in die Industriestadt Stuttgart gezogenen Herkunftsgruppen und ihre Nachkommen. Spätestens in den 1980er Jahren haben bei diesen Herkunftsgruppen allerdings familiäre Migrationsmotive an Bedeutung gewonnen, ab den 1990er Jahren die Fluchtmigration, etwa aus den Krisengebieten des Balkans, und ab 2000 die Zuwanderung im Zuge der EU-Personenfreizügigkeit. Personen aus Polen etwa ma-

09 Vgl. Richard Alba, *The Great Demographic Illusion. Majority, Minority, and the Expanding American Mainstream*, Princeton 2020.

10 Vgl. Thomas Faist, *The Mobility Turn. A New Paradigm for the Social Sciences?*, in: *Ethnic and Racial Studies* 11/2013, S. 1637–1646.

11 Vgl. Herbert Brücker et al., *Geflüchtete machen Fortschritte bei Sprache und Beschäftigung*, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Wochenbericht 4/2019, S. 55–70.

12 Für Deutschland insgesamt vgl. Maximilian Sprengholz et al., *From „Guestworkers“ to EU Migrants. A Gendered View on the Labor Market Integration of Different Arrival Cohorts in Germany*, in: Michaela Kreyenfeld et al. (Hrsg.), *Employment and Family Behaviour after Migration. The Experience of First Generation Female Migrants*, *Journal of Family Research*, Special Issue 2021 (i.E.).

13 Für Türkeistämmige und Personen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien vgl. Claudia Diehl/Nadia Granato, *Germany: Intergenerational Inequalities in the Education System and the Labour Market for Native-born Children of Immigrants from Turkey and the Former Yugoslavia*, in: *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Catching Up? Country Studies in Intergenerational Mobility and Children of Immigrants*, Paris 2018, S. 71–92.

14 Vgl. Yann Algan et al., *The Economic Situation of First and Second-Generation Immigrants in France, Germany and the United Kingdom*, in: *The Economic Journal* 542/2010, S. F4–F30; Zerrin Salikutluk et al., *The Situation of Female Immigrants on the German Labour Market. A Multi-Perspective Approach*, *SOEP Papers on Multidisciplinary Panel Data Research* 1072/2020.

15 Vgl. Renee R. Luthra, *Explaining Ethnic Inequality in the German Labor Market. Labor Market Institutions, Context of Reception, and Boundaries*, in: *European Sociological Review* 5/2013, S. 1095–1107.

chen in Stuttgart nur einen kleinen Teil von unter 3 Prozent der ausländischen Bevölkerung aus.

Obwohl sich das Zuzugsgeschehen nach Stuttgart derzeit diversifiziert, ist die „Bestandsbevölkerung“ also noch stark von den ursprünglich als Gastarbeiter zugezogenen Herkunftsgruppen geprägt. Dies schlägt sich auch in ihrem Qualifikationsniveau nieder. Laut Zensus 2011 hatten beispielsweise 18 Prozent der Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit Migrationshintergrund keinen Schulabschluss; bei Deutschen ohne Migrationshintergrund war dies nur bei 2 Prozent der Fall.¹⁶ Auch in Stuttgart ist Arbeitslosigkeit unter Ausländern deutlich weiter verbreitet als unter Deutschen. 2019 waren rund 45 Prozent der arbeitslos gemeldeten Personen in Stuttgart im rechtlichen Sinne Ausländer. Da der Anteil der Ausländer an den Personen mit Migrationshintergrund aber nur bei etwas mehr als der Hälfte liegt, ist das Risiko von Stuttgarterinnen und Stuttgartern ohne deutschen Pass, arbeitslos zu sein, etwa doppelt so hoch wie das der „Passdeutschen“.

WAS FÖRDERT, WAS HEMMT DIE ARBEITSMARKTINTEGRATION?

Fragt man nach den Faktoren, die die Arbeitsmarktintegration von Eingewanderten und ihren Nachkommen beeinflussen, lassen sich zwei wichtige Ebenen unterscheiden. Zum einen sind hier die Merkmale der Migrantinnen und Migranten selbst zu nennen, zum anderen die Charakteristika des Aufnahmekontexts. Bei Letzterem ist nicht nur an die nationalen, sondern auch an die kommunalen Integrationsbedingungen zu denken.

Die Ressourcen und Motivationen der Migranten selbst haben entscheidenden Einfluss auf die Arbeitsmarktintegration. Aus ihrem Herkunftsland bringen sie Fähigkeiten und Wissen mit, dazu zählen Bildungsabschlüsse und Berufserfahrung. Diese Faktoren werden oft als „Humankapital“ bezeichnet.¹⁷ Weitere Ressourcen sind die Fähigkeiten in der Sprache des Einwanderungslandes und soziale Netzwerke. Um Arbeit zu finden, ist das Erlernen der neuen Spra-

che eine wichtige Voraussetzung.¹⁸ Hinsichtlich der sozialen Netzwerke hat sich gezeigt, dass Kontakte zu Mehrheitsangehörigen hilfreicher sind als Kontakte zu anderen Migrantinnen und Migranten, da sie etwa den Zugang zu Informationen über berufliche Möglichkeiten und freie Stellen erleichtern.¹⁹ Schließlich ist die individuelle Motivation zur Erwerbstätigkeit und zur Suche nach einem Arbeitsplatz ein Aspekt, der berücksichtigt werden muss, gerade wenn es um die Arbeitsmarktintegration von Frauen geht. Aufgrund traditioneller Vorstellungen, die den Mann als „Brotverdiener“ verstehen, sind männliche Zuwanderer nach Ankunft für gewöhnlich hoch motiviert, Arbeit zu suchen.²⁰ Ob weibliche Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt überhaupt aktiv werden, hängt auch von im Herkunftsland geltenden Geschlechternormen ab.²¹ Die Erwerbstätigkeit von Frauen wirkt sich nicht nur positiv auf das Haushaltseinkommen und ihre eigene Unabhängigkeit aus, sondern auch auf ihre Kinder. So besuchen die Kinder berufstätiger Mütter häufiger und früher eine Betreuungseinrichtung als die Kinder nicht-berufstätiger Mütter, was wiederum ihren Spracherwerb und Bildungserfolg fördert.²²

Auch der Aufnahmekontext spielt eine wichtige Rolle für die Arbeitsmarktintegration. Hierunter sind zum einen die allgemeinen Merkmale des Arbeitsmarkts zu verstehen. Wie gut gelingt generell der Einstieg in den Arbeitsmarkt für Personen, die ihren Bildungsabschluss im Ausland erworben haben? Andere Merkmale des Arbeitsmarkts, wie

18 Vgl. Eric Schuss, *The Impact of Language Skills on Immigrants' Labor Market Integration. A Brief Revision With a New Approach*, in: *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy* 4/2018, S. 1–19.

19 Vgl. Bram Lancee/Anne Hartung, *Turkish Migrants and Native Germans Compared. The Effects of Inter-Ethnic and Intra-Ethnic Friendships on the Transition from Unemployment to Work*, in: *International Migration* 1/2012, S. 39–54.

20 Vgl. Marvin Bürmann et al., *Beschäftigung und Bildungsinvestitionen von Geflüchteten in Deutschland*, DIW Wochenbericht 42/2018, S. 919–928.

21 Vgl. Francine D. Blau, *Immigrants and Gender Roles. Assimilation vs. Culture*, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, IZA Discussion Paper 9534/2015; dies./Lawrence M. Kahn/Kerry L. Papps, *Gender, Source Country Characteristics and Labour Market Assimilation Among Immigrants 1980–2000*, National Bureau of Economic Research Working Paper 14387, Cambridge, MA 2008.

22 Vgl. Frauke H. Peter/C. Katharina Spieß, *Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen und Horten. Unterschiede zwischen den Gruppen nicht vernachlässigen!*, DIW Wochenbericht 1–2/2015, S. 12–22.

16 Vgl. Inge Heilweck-Backes, *Deutsche und nichtdeutsche Arbeitslose in den Stuttgarter Stadtbezirken 2013*, Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 5/2014, Stuttgart 2014, S. 8.

17 Vgl. Gary S. Becker, *Human Capital: A Theoretical and Empirical Analysis with Special Reference to Education*, Chicago 1993.

etwa die Arbeitslosenquote, können sich regional stark unterscheiden. Sie beeinflussen nicht nur, wie erfolgreich die Jobsuche ist, sondern auch das Ausmaß an ethnischer Diskriminierung, das arbeitssuchende Migrantinnen und Migranten oder Personen mit Migrationshintergrund erfahren. Diese sind bei der Jobsuche oft weniger erfolgreich – selbst, wenn sie hoch motiviert sind, ähnliche Qualifikationen wie Einheimische aufweisen und sich auf ähnliche Stellen bewerben. Auf der Herkunft basierende Diskriminierung bei der Einstellung wurde in vielen experimentellen Studien erforscht. Dazu werden fiktive Bewerbungen, die sich nur durch die – anhand des Namens oder eines Fotos angedeutete – Herkunft der Bewerberin oder des Bewerbers voneinander unterscheiden, auf dieselbe Stellenausschreibung eingereicht. In einer Studie zur Diskriminierung beim Zugang zu Praktikumsstellen fanden Forscher heraus, dass gebürtige Deutsche häufiger Rückmeldungen bekamen als türkische Bewerber, sowohl bei Frauen als auch bei Männern.²³ Ein deutlicher Nachteil wurde auch bei Bewerbungen von Frauen festgestellt, die auf ihrem Foto im Lebenslauf ein Kopftuch trugen.²⁴ Insgesamt zeigen allerdings international vergleichende Studien, dass Arbeitsmarktdiskriminierung in Deutschland – etwa im Vergleich zum Nachbarland Frankreich – nur moderat ausgeprägt ist.²⁵ Da in vielen Bereichen der Arbeitskräftebedarf hoch ist, ist Diskriminierung für die Unternehmen „teuer“, da für sie ein Teil des Bewerberpools von vornherein nicht infrage kommt, wenn sie keine Personen mit Migrationshintergrund einstellen wollen.

KOMMUNALES HANDELN – BEISPIELE AUS DER MODELLSTADT STUTTGART

Ausgehend von diesen Einflussfaktoren der Arbeitsmarktintegration lassen sich wichtige Ansatzpunkte für politisches Handeln identifizieren, gera-

23 Vgl. Leo Kaas/Christian Manger, *Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market. A Field Experiment*, in: *German Economic Review* 1/2011, S. 1–20.

24 Vgl. Doris Weichselbaumer, *Multiple Discrimination against Female Immigrants Wearing Headscarves*, in: *Industrial and Labor Relations Review* 3/2020, S. 600–627.

25 Vgl. Lincoln Quillian et al., *Do Some Countries Discriminate More than Others? Evidence from 97 Field Experiments of Racial Discrimination in Hiring*, in: *Sociological Science* 6/2019, S. 467–496.

de auf der kommunalen Ebene, auf der Integration letztlich stattfindet.²⁶ In Stuttgart wurde diese Herausforderung schon 2001 im Rahmen des „Stuttgarter Bündnis für Integration“ angenommen.²⁷

Bei vielen Neuzuwanderern erschweren fehlende oder nicht ausreichende deutsche Sprachkenntnisse den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Hier besteht ein wichtiger Ansatzpunkt für politische Interventionen. In Deutschland ist das Sprachkursangebot bereits sehr umfangreich, auch berufsbezogene Sprachkurse werden angeboten.²⁸ Sprachkurse, gerade in Kombination mit Integrationskursen, bieten auch die Gelegenheit, etwas über die Regeln, Normen und Bräuche des Ziellandes zu lernen. Deren Übernahme kann freilich nicht in Kursen verordnet werden, sie erfolgt wohl am ehesten in der Alltagsinteraktion auf Grundlage gegenseitiger Akzeptanz.

Um Neuzugewanderte zu erreichen, ist der einfache Zugang zu Informationen entscheidend. In Stuttgart sind diese auf einer zentralisierten Plattform zumindest auf Deutsch und Englisch verfügbar. Hier finden Neubürgerinnen und -bürger Informationen darüber, wie man sich behördlich registriert, eine Wohnung und Kinderbetreuung findet, die „mitgebrachten“ Qualifikationen anerkennen lässt und an Deutschkursen teilnimmt. Im Sinne einer „Willkommenskultur“ ist diese Website einladend und ansprechend gestaltet und ermutigt Neuankömmlinge, Termine zu vereinbaren, um Hilfe zu bekommen. Diese Plattform kann als ein Hinweis darauf gelten, wie stark sich das Selbstverständnis Deutschlands gewandelt hat: Einwanderung wird nicht mehr prinzipiell abgewehrt (die vielzitierte Parole „Deutschland ist kein Einwanderungsland“).

26 Vgl. Michael Bomes, „Integration findet vor Ort statt.“ Über die Neugestaltung kommunaler Integrationspolitik, in: ders./Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.), *Migrationsreport 2008. Fakten, Analysen, Perspektiven*, Frankfurt/M.–New York 2008, S. 159–194. Zur Rolle der Kommunen bei der Integration vgl. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Anm. 7), S. 127 ff. und Gari Pavković, *Viele Konzepte, zu wenig Ergebnisse. Zur interkulturellen Öffnung kommunaler Verwaltungen*, in: Tillmann Löhr (Hrsg.), *Kommunale Integrationspolitik. Strukturen, Akteure, Praxiserfahrungen*, Berlin 2020, S. 87–100.

27 Weitere Informationen unter <https://kommunalwettbewerb-zusammenleben.de/sites/default/files/broschuere10jahre.pdf> und unter <https://welcome.stuttgart.de>.

28 Vgl. die Evaluationsstudie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Karin Schuller/Susanne Lochner/Nina Rother, *Das Integrationspanel. Ergebnisse einer Längsschnittstudie zur Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Integrationskursen*, Forschungsbericht 11 des BAMF, Nürnberg 2011, insb. S. 158.

derungsland“ stand 1982 im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP), sondern ihre aktive Gestaltung und die Integration der Zugewanderten wird als wichtiger Auftrag betrachtet. Beispielhaft hierfür sind viele der seit 2018 in Stuttgart entstandenen Initiativen im Bereich des „Empowerment VON Geflüchteten FÜR Geflüchtete“.²⁹

So wichtig auf Einwanderer zugeschnittene Maßnahmen sind, die größte Herausforderung besteht wohl darin, zu verhindern, dass sich ethnische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt in der Folgegeneration fortsetzen. Angesichts der gerade in Deutschland engen Verknüpfung von Bildungserfolg und Arbeitsmarktintegration spielt der Abbau von herkunftsbedingten Bildungsungleichheiten eine entscheidende Rolle. „Herkunftsbedingt“ bezieht sich dabei nicht nur auf die ethnische Herkunft, sondern auch auf die soziale, das heißt, auf den sozioökonomischen Status der Eltern.³⁰ Es gilt also generell, den Bildungserfolg von Kindern aus „bildungsfernen Haushalten“ zu verbessern, und zusätzlich, Kinder mit Migrationshintergrund und mit Nachholbedarf bei den Deutschkenntnissen zu unterstützen. Gerade für jüngere Kinder sind dabei alltagsintegrierte Möglichkeiten, Deutsch zu lernen, wichtig. Hier spielt die Verringerung der ethnischen und sozialen Segregation in Schulen eine wichtige Rolle. Sie spiegelt zwar teilweise die residenzielle Segregation der Nachbarschaft wider, ist aber häufig aufgrund des Schulwahlverhaltens vor allem deutscher Eltern noch stärker ausgeprägt als diese.³¹

Mit der Verbesserung der Startchancen benachteiligter Kinder sollte möglichst früh im Lebenslauf begonnen werden, da Kompetenzunterschiede bereits zum Zeitpunkt der Einschulung ausgeprägt sind. In Stuttgart hatten 2019 rund 60 Prozent der Kinder unter sechs Jahren einen Migrationshintergrund – der Förderung von Sprache und Bildung in den Kindertageseinrichtungen kommt auch daher große Bedeutung zu. Durch regelmäßige Sprachstandserhebungen und die Vergabe zusätzlicher Mittel an Kindertagesstätten mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund wird die Sprachförderung gezielt eingesetzt und

an Förderbedürfnisse angepasst. Hinzu kommt der vermehrte Einsatz von Personal mit Migrationshintergrund, die Möglichkeit für Grundschulen, den städtischen Qualitätsentwicklungsfonds zur Weiterentwicklung der Qualität der Bildungsangebote zu nutzen, und die verstärkte Ermutigung der Eltern, sich einzubringen. In Kursen wie „Mama lernt Deutsch“ wird über die Vermittlung von Sprachkenntnissen hinaus beispielsweise auch das Bildungssystem den Teilnehmenden nähergebracht und die Zusammenarbeit mit der Schule gefördert. Das Elternseminar der Stadt Stuttgart bietet eine weitere Möglichkeit zur Unterstützung von Eltern in ihrem Erziehungsauftrag. Begleitet werden solche Maßnahmen durch ehrenamtliches Engagement, beispielsweise mithilfe des Vereins „Leseohren“, der Vorleseveranstaltungen für Kinder organisiert und auch Lesepaten für verschiedene Muttersprachen anbietet.³²

Beim Übergang von der Schule in den Beruf werden vor allem Hauptschüler durch Bildungspaten gefördert, nach dem Motto „Kein Abschluss ohne Anschluss!“³³ Mit der Ausbildungskampagne „Deine Stadt – Deine Zukunft“ wurde in Stuttgart zwischen 2011 und 2015 der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund verdoppelt.³⁴ Paten-Projekte wie „STARTklar“, bei denen Senioren Jugendliche bei der Berufsvorbereitung unterstützen, oder „LISA“, das sich an junge Leute ohne Schulabschluss richtet, wurden ins Leben gerufen, um Ausbildungs- und Berufsaussichten zu verbessern, auch unter besonderer Berücksichtigung der Nachteile von Personen mit Migrationshintergrund.³⁵ Auch der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und der Jobcenter kommt in diesem Zusammenhang eine hohe Bedeutung zu.³⁶ Große Kommunen sind schließlich auch selbst wichtige Arbeitgeber für Personen mit Migrationshintergrund. In Stuttgart ist etwa die Erhöhung des Anteils von Migranten bei Neueinstellungen und Ausbildungen für den Öffentlichen Dienst ein festgelegter Handlungsbereich.

²⁹ Vgl. www.stuttgart.de/medien/ibs/Stuttgarter-Empowerment-Brochuere.pdf.

³⁰ Vgl. Claudia Diehl/Christian Hunkler/Cornelia Kristen (Hrsg.), *Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf. Mechanismen, Befunde, Debatten*, Wiesbaden 2016.

³¹ Vgl. Andreas Horr, *Nachbarschaftseffekte*, in: ebd., S. 397–430.

³² Vgl. Wolfgang Schuster, *Stuttgarter Bündnis für Integration. Perspektiven für unsere internationale Stadt*, Stuttgart 2009 (Fortschreibung von 2006), S. 14 ff.

³³ Vgl. ebd., S. 22.

³⁴ Vgl. Ayşe Özbabacan/Gari Pavković, Stuttgart. Die Interkulturelle Stadt. Ankommen, bleiben, mitgestalten, in: Frank Gesemann/Roland Roth (Hrsg.), *Handbuch Lokale Integrationspolitik*, Wiesbaden 2018, S. 775–786.

³⁵ Vgl. Schuster (Anm. 32), S. 21 f.

³⁶ Vgl. für Stuttgart ebd., S. 32, und Pavković (Anm. 26).

FAZIT

Dieser kurze Ein- und Überblick sollte gezeigt haben, dass die Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten von vielen Faktoren abhängt. Neben den individuellen Merkmalen der Zugewanderten selbst spielt auch der Aufnahmekontext eine wichtige Rolle, und hier ist wiederum die kommunale Ebene entscheidend. Dort findet Integration im Alltag statt, und auch wenn viele der hier diskutierten Einflussfaktoren der Integration auf kommunaler Ebene kaum gesteuert werden können, bieten sich vielfältige Ansatzpunkte zur Förderung eines gleichberechtigten Miteinanders. Stuttgart hat als Stadt diese Herausforderung in vielerlei Hinsicht vorbildlich angenommen, und in zahlreichen Projekten wird respektvoll und auf Augenhöhe zusammengearbeitet. Auch wenn es weiterhin viel zu tun gibt und sich ständig neue Herausforderungen stellen – zuletzt etwa

der weitgehend unerwartete Zuzug einer großen Zahl Geflüchteter –, zeigt sich vor Ort besonders beeindruckend, welche Entwicklung Deutschland in den letzten Dekaden genommen hat: weg von einer Integrationspolitik, die man sicher an vielen Stellen als „paternalistisch-folkloristisch“ bezeichnen konnte und hin zu kommunalem Handeln, das sich dem Ziel der gleichberechtigten Teilhabe verpflichtet fühlt – in dem Bewusstsein, dass diese letztlich im Interesse *aller* liegt.

CLAUDIA DIEHL

ist Professorin für Mikrosoziologie an der Universität Konstanz.

claudia.diehl@uni-konstanz.de

BENTLEY SCHIECKOFF

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Professur für Mikrosoziologie der Universität Konstanz.

bentley.schieckoff@uni-konstanz.de



euro|topics

30 Länder – 300 Medien – 1 Presseschau

Die euro|topics-Presseschau: Der tägliche Blick in europäische Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur – in drei Sprachen.

www.eurotopics.net

DIE REGION STUTTGART IM UMBRUCH

Transformation der Schlüsselindustrien als Herausforderung für die Regionalwirtschaft

Jürgen Dispan

Die Region Stuttgart⁰¹ zählt seit Jahrzehnten zu den wirtschafts- und innovationsstärksten Großstadregionen in Europa. Auch für Baden-Württemberg hat die Region mit einem Anteil von 30 Prozent an der Wirtschaftskraft (bei einem Flächenanteil von 10 Prozent und einem Einwohneranteil von 25 Prozent) eine überaus große ökonomische Bedeutung.⁰² Bei einer hohen Veränderungsdynamik der Regionalwirtschaft steigt die Beschäftigung in der Region Stuttgart seit mehr als zwei Jahrzehnten fast durchgehend an. Einer der wesentlichen strukturellen Beschäftigungstrends ist die fortschreitende Tertiärisierung in sektoraler und funktionaler Hinsicht: Ein immer größerer Beschäftigtenanteil ist im Dienstleistungssektor tätig, gleichzeitig üben immer mehr Menschen – auch im Produzierenden Gewerbe – Dienstleistungstätigkeiten aus.

REGIONALWIRTSCHAFT IM ÜBERBLICK

Die Regionalwirtschaft kann als Dienstleistungswirtschaft um den industriellen Kern charakterisiert werden – der Industrie-Dienstleistungs-Verbund mit einer starken Verzahnung der beiden Sektoren ist für die Region Stuttgart ein entscheidender Erfolgsfaktor. Gleichwohl wird sie nach wie vor zu Recht als Industrieregion bezeichnet. Die Bedeutung des Produzierenden Gewerbes zeigen dessen relativ hohen Anteile an der Bruttowertschöpfung, am Innovationsgeschehen, an den Beschäftigten wie auch an den Arbeitnehmerverdiensten.⁰³ Das Produzierende Gewerbe mit seinen Industrie- und Handwerksunternehmen gilt in der Region Stuttgart, wie in Baden-Württemberg insgesamt, als „Wohlstandsmotor“, „Exportschlagler“ und „Jobmotor“.⁰⁴ Und innerhalb dieses Sektors stechen die beiden Branchen Automobilindustrie und Maschinenbau hervor, weshalb der Fokus im Folgenden stark auf diese Schlüsselindustrien gerichtet wird.

In der Region Stuttgart ist der Industrie-Dienstleistungs-Verbund stark von zwei regionalen Clustern geprägt: dem *Automotive-Cluster* und dem *Produktionstechnik-Cluster*. Integrale Bestandteile dieser exportorientierten Cluster sind die Automobilindustrie und der Maschinenbau. Beide Cluster stehen – ungeachtet der guten wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre – vor strukturellen Herausforderungen, insbesondere im Rahmen der Transformationsprozesse Elektromobilität und Digitalisierung.

Aktuell wird diese doppelte Transformation von der Corona-Krise nicht nur überlagert, sondern auch beschleunigt. In einer ohnehin bereits geschwächten Industriekonjunktur sorgte das Corona-Virus für einen beispiellosen Konjunktüreinbruch mit tiefgreifenden Implikationen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat fielen im April 2020 die Auftragseingänge, die Produktion und der Umsatz mit einem Rückgang von rund 40 Prozent „erdrutschartig ins Minus“.⁰⁵ Entsprechend waren Ende April 2020 rund 290 000 Personen in der Region Stuttgart in Kurzarbeit, also fast jeder vierte Beschäftigte. Die Arbeitslosenzahlen lagen im November 2020 mit 4,4 Prozent um ein Drittel höher als im November 2019. Die Zahlen zeigen, dass die Region Stuttgart 2020/21 in eine ernste Wirtschaftskrise geraten ist, deren Ausgang nicht zuletzt aufgrund des ungewissen Infektionsgeschehens nur schwer abschätzbar ist.

Auf eine regionalpolitische Besonderheit sei hier noch hingewiesen: Der Region Stuttgart wurden bereits vor mehr als 25 Jahren weitergehende Kompetenzen und Aufgaben übertragen als den meisten anderen Regionen Deutschlands. Zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit wurde 1994 der Verband Region Stuttgart (VRS) gegründet.⁰⁶ Mit dem VRS und seiner direkt gewählten Regionalversammlung wurde in der Region eine eigene politische Organisation geschaffen, die

aufgrund ihres Modellcharakters bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte. Neben der ureigenen Aufgabe der Regionalplanung und Raumordnung liegen die Schwerpunkte des VRS im Verkehrswesen (Regionalverkehrsplanung, öffentlicher Personennahverkehr mit Trägerschaft der S-Bahn, Ausdehnung des Verkehrsverbunds), im Umweltschutz (Landschaftsplanung, Konzeption Landschaftspark und Teile der Abfallwirtschaft) sowie in der Wirtschaftsförderung, für die als Tochtergesellschaft die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH gegründet wurde.

INDUSTRIEREGION STUTTGART

Die Wirtschaft der Region Stuttgart ist – weitaus stärker als in anderen Großstadtreionen – vom Produzierenden Gewerbe mit seiner dominierenden Investitionsgüterindustrie geprägt. Von 1,28 Millionen Beschäftigten in der Region waren 2019 gut 420 000 in diesem Sektor tätig. Dieses nach wie vor hohe Gewicht des Produzierenden Gewerbes mit zahlreichen Industrie- und Handwerksunternehmen und deren vielfältiger Verzahnung mit produktionsorientierten Dienstleistern kann als ein Alleinstellungsmerkmal der Region Stuttgart bezeichnet werden. Ihre technologische Leistungsfähigkeit und Innovationskraft gewinnen die Unternehmen auch aus der Verknüpfung mit Forschungseinrichtungen und unternehmensbezogenen Dienstleistungen wie Ingenieurbüros,

Wirtschaftsconsultants und Softwareschmieden. Gleichzeitig ist die starke industrielle Basis eine wesentliche Grundlage für expandierende Dienstleistungsbranchen. Damit ist der Industrie-Dienstleistungs-Verbund von sich positiv verstärkenden Wechselwirkungen geprägt.

Als besonders wachstumsstark kristallisierten sich seit den 1990er Jahren die unternehmensbezogenen Dienstleistungen heraus. Eine wesentliche Triebfeder für das Wachstum dieses Dienstleistungsbereichs sind Outsourcing-Prozesse aus Industrieunternehmen, wobei sowohl einfache als auch komplexe Tätigkeiten – von der Gebäudereinigung bis zur Produktentwicklung – ausgelagert werden. Gerade wissensintensive Dienstleister sind oft in die Innovationsprozesse ihrer industriellen Kunden eingebunden. Ein funktionierender Industrie-Dienstleistungs-Verbund ist nach wie vor ein überaus wichtiger Wettbewerbsfaktor für den Wirtschaftsstandort und die Region Stuttgart.

Eine wichtige Basis für den Erfolg dieses Verbunds sind die gut ausgebildeten Fachkräfte, also sowohl die Facharbeiterinnen und Facharbeiter aus dem dualen Ausbildungssystem als auch die akademischen Fachkräfte aus technischen und weiteren Studiengängen. Weitere wichtige regionale Erfolgsfaktoren sind intakte Wertschöpfungsnetzwerke und das sehr gute Umfeld für Innovationen. Darüber hinaus profitiert die regionale Industrie von den günstigen Rahmenbedingungen und der insgesamt hohen Standortqualität Deutschlands: der gut ausgebauten Infrastruktur, dem hohen Bildungsgrad, der stabilen Versorgung mit Energie und Rohstoffen, dem erprobten System der industriellen Beziehungen sowie der allgemeinen Rechtssicherheit.

Wie schon erwähnt, sind die mit Abstand wichtigsten und im zurückliegenden Jahrzehnt auch wachstumsstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart die Automobilindustrie und der Maschinenbau. Einige dieser Maschinenbauer und Automatisierungsspezialisten gehören zu den Weltmarktführern in ihrem Technologiebereich, andere gehören zu den „Hidden Champions“ ihrer Sparte. Zu beiden Clustern gehören nicht nur Unternehmen aus den Kernbranchen Automobil- und Maschinenbau, sondern auch aus vielen weiteren Industrie- und Dienstleistungsbranchen, die in ihrer Gesamtheit die Region Stuttgart weltweit als Problemlöserregion für globale Herausforderungen erscheinen lassen.

01 Die Region Stuttgart im Zentrum Baden-Württembergs umfasst die Landeshauptstadt sowie die Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und den Rems-Murr-Kreis.

02 Der Beitrag stützt sich im Wesentlichen auf die seit den 1990er Jahren regelmäßig erscheinenden Strukturberichte für die Region Stuttgart, die vom Verband Region Stuttgart sowie der regionalen IG Metall, der Handwerkskammer und der IHK herausgegeben werden; zuletzt 2019: Jürgen Dispan/Andreas Koch/Tobias König, Strukturbericht Region Stuttgart 2019. Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung. Schwerpunkt: Mobilitätsdienstleistungen, Stuttgart 2019.

03 Vgl. Regionales Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg 2000 bis 2016 in sechs Teilen, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2019 bis 2/2020.

04 Vgl. Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, Industrieperspektive Baden-Württemberg 2025, Stuttgart 2015.

05 Matthias Kuhn, Vor Corona: Die Industrie und deren Struktur in Baden-Württemberg, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2020, S. 27.

06 Vgl. Gesetz über die Stärkung der Zusammenarbeit in der Region Stuttgart vom 7.2.1994, Land Baden-Württemberg, GBl. S. 92.

Entscheidende Erfolgsfaktoren für die regionale Wirtschaftskraft liegen in den vielfältigen Wechselwirkungen zwischen den beiden Clustern und damit in ihrer gegenseitigen Verflechtung und Durchlässigkeit, aber auch in deren Offenheit für internationale Beziehungen in ihrer Funktion als Knoten in globalen Netzwerken.⁰⁷ Das hohe Niveau der regionalen Innovationsfähigkeit wird nicht zuletzt durch die Spitzenposition der Region insgesamt und insbesondere der Kreise Böblingen, Stuttgart und Ludwigsburg im regelmäßig erscheinenden Innovationsindex des Statistischen Landesamts belegt.

AUTOMOTIVE-CLUSTER

Die Region Stuttgart ist wie kaum eine andere Region von der Automobilwirtschaft geprägt. Hier – in der Wiege des Automobils – nahm die technische Entwicklung von Motoren und Fahrzeugen vor 135 Jahren ihren Anfang, und auch heute gehört die Region zu den führenden „Automotive Ecosystems“ der Welt. Automobilhersteller, ihre Zulieferer und Dienstleister wie auch Forschungsinstitute konzentrieren hier ihre Kompetenzen rund ums Automobil. Seit einigen Jahrzehnten gilt die Region weltweit als ein Paradebeispiel für einen komplett ausgebildeten Automotive-Cluster.

Für die Wirtschaftskraft des Automotive-Clusters der Region Stuttgart stehen insbesondere Unternehmen wie die Daimler AG und die Porsche AG als Hersteller von Premium-Automobilen. Beide haben ihren Hauptsitz in der Stadt Stuttgart und bedeutende Entwicklungszentren und Produktionsstätten in der Region. Die hohe Innovations- und Leistungsfähigkeit des Automotive-Clusters wäre jedoch ohne die Unternehmen der Automobilzulieferindustrie nicht denkbar. Zum einen sind das große Konzerne wie die Robert Bosch GmbH als weltweit größter Automobilzulieferer sowie die Unternehmen Mahle, Eberspächer und Mann+Hummel, die unter den 100 global führenden Zulieferern geführt werden. Zum anderen gehören zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu den elementaren Bestandteilen des Clusters. In der Region Stuttgart zählen rund 400 KMU-Zulieferer aus verschiedenen Branchen

wie Metallgewerbe, Kunststoffverarbeitung, Maschinenbau oder Elektrotechnik zum Automotive-Cluster. Hinzu kommen weitere Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor, Forschungseinrichtungen und Hochschulinstitute sowie intermediäre Akteure wie die Clusterinitiative Automotive Region Stuttgart (CARS) der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart und die Landesagentur e-mobil BW. Insgesamt gehen vom Automobil abhängige Wertschöpfung und Beschäftigung weit über das hinaus, was im statistisch abgegrenzten Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ zu Buche schlägt.

Im regionalen Automotive-Cluster arbeiteten 2018 rund 215 500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, was einem Anteil von gut 17 Prozent an allen Beschäftigten in der Region entspricht. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Anzahl der im Cluster Beschäftigten kontinuierlich um fast 20 Prozent erhöht (jahresdurchschnittlich um 1,8 Prozent). Ein noch stärkeres Wachstum und die damit zunehmende Dominanz des Produkts Automobil für die Regionalwirtschaft zeigt die Betrachtung von wirtschaftlichen Kennziffern.⁰⁸ Insgesamt reicht der Automotive-Cluster der Region Stuttgart weit über den Kernbereich der Automobilindustrie hinaus. Er ist nach quantitativem und qualitativem Umfang sowie nach Komplexität als ein komplett ausgebildeter Cluster zu bezeichnen. Zwei besondere Merkmale sind für die Automobilwirtschaft der Region Stuttgart hervorzuheben:

1. Marktseitig sind die Dominanz des Premiumsegments und die starke Exportorientierung prägnant. Der regionale Automotive-Cluster profitiert dabei von der nach wie vor wachsenden Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Fahrzeugen der Oberklasse in den internationalen Wachstumsmärkten.
2. Technologieseitig ist die starke Orientierung auf den Antriebsstrang beziehungsweise auf Verbrennungsmotoren herauszustellen, die zunehmend zu einem Risikofaktor für die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung in der Region wird, sofern die Transformation zu klimaschonenden und umweltfreundlichen Antrieben nicht gelingt.

⁰⁷ Vgl. Walter Kaiser, Regionales Cluster oder globaler Knoten? Automobiltechnik im Raum Stuttgart, in: Hartmut Berghoff/Jörg Sydow (Hrsg.), Unternehmerische Netzwerke, Stuttgart 2007, S. 175–195.

⁰⁸ Vgl. Dispan/Koch/König (Anm. 2).

HERAUSFORDERUNG ELEKTROMOBILITÄT

Die Automobilwirtschaft wird in den 2020er Jahren von einem umfassenden und tiefgreifenden Wandel geprägt sein. Die doppelte Internationalisierung mit weltweiten Wertschöpfungskonzepten und der Lokalisierung von Produktion und Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den regionalen Märkten Asiens, Amerikas und Europas wie auch die innereuropäische Verlagerung zur Nutzung von Kostenvorteilen in „Best-Cost-Countries“ wird nach wie vor vorangetrieben.⁰⁹ Hinzu kommt der Transformationsprozess der nächsten Jahre, der von Digitalisierung, Dekarbonisierung und neuen Mobilitätskonzepten geprägt sein wird. Zu einer Zauberformel der Branche ist ACES geworden: „Autonomous, Connected, Electrified, Shared“.¹⁰ Mit Elektrifizierung, Vernetzung und autonomem Fahren geht ein umfassender Technologiewandel bei den Produkten einher, der von der Digitalisierung der Unternehmensprozesse (Industrie 4.0) begleitet wird. Gleichzeitig bereitet das Zusammenspiel von digitalen Technologien und sozioökonomischen Megatrends den Weg für neue Geschäftsmodelle im Bereich von Mobilitätsdienstleistungen und intermodalen Mobilitätslösungen. Zudem verändern sich auch die Strukturen der automobilen Wertschöpfungssysteme durch neue Wettbewerber und immer kürzere Innovations- und Marktzyklen. Die große Herausforderung liegt weniger in der Einführung neuer Produkte, Technologien und Services, sondern vielmehr in der Gleichzeitigkeit der Veränderungsanforderungen sowie der Dynamik und Vielschichtigkeit des Transformationsprozesses in den nächsten Jahren.

Wie die Automobilwirtschaft weltweit, so steht auch der Automotive-Cluster der Region Stuttgart vor seiner größten Transformation. Auf den Technologiewandel mit den drei großen Trends Elektrifizierung, Digitalisierung und autonomes Fahren wie auch auf deren Beschäftigungseffekte geht die Strukturstudie *BW-e-mobil 2019* detailliert ein.¹¹

09 Vgl. Martin Schwarz-Kocher et al., *Standortperspektiven in der Automobilzulieferindustrie*, Düsseldorf 2019.

10 In den Unternehmensstrategien aller Automobilhersteller finden sich diese vier Begriffe so oder ähnlich wieder. Beispielsweise steht bei der Daimler AG der „strategische Baustein CASE“ für dieselben Zukunftsfelder.

11 Vgl. Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)/IMU Institut/Bridging IT, *Strukturstudie BW-e-mobil 2019*, Stuttgart 2019, S. 16–67. Zu den Wirkungen der Elektromobilität hinsichtlich

Negative Beschäftigungseffekte können nur dann in Grenzen gehalten werden, wenn der Automotive-Cluster auch bei den alternativen Antriebstechnologien seine weltweit führende Rolle behält und bei den neuen Komponenten Marktanteile in ähnlicher Höhe wie heute gewinnen kann.¹² Demnach sollte die Transformation der Automobilindustrie proaktiv angegangen werden. Nicht die Transformation zur Elektromobilität selbst, sondern verpasste Gestaltungschancen bei deren aktiver Weiterentwicklung können die wirtschaftliche Stärke gefährden, wie es im Fazit der Strukturstudie heißt.

Schritte in Richtung Transformation zur Elektromobilität zeigen sich zum einen bei den Schwerpunkten der Entwicklungszentren verschiedener Unternehmen des Automotive-Clusters, zum anderen in Investitionen an Produktionsstandorten. Beispielsweise investierte Porsche mehr als 700 Millionen Euro in den Stammsitz Zuffenhausen, um eine Fabrik (in der Fabrik) für den Elektrosporthwagen Taycan und mit ihr rund 1500 neue Arbeitsplätze aufzubauen. Daimler investiert im Mercedes-Benz Werk Untertürkheim in den Wandel dieses Leitwerks für Antriebstechnik in Richtung Elektromobilität. Zudem eröffnete Daimler im Werk Sindelfingen mit der „Factory 56“ eine hochmoderne und ultraeffiziente Montagehalle mit sehr flexibler und digital vernetzter Produktion, in der die S-Klasse und das Elektroauto EQS auf der gleichen Linie produziert werden.

Aufgrund dieser Investitionen der Automobilhersteller in Elektromobilität, aber auch aufgrund der Aktivitäten von regionalen (insbesondere den großen) Zulieferern, hat die Region Stuttgart gute Voraussetzungen, im zukünftig immer bedeutenderen Markt für Elektromobilität eine wichtige Rolle zu spielen. Die industriellen Strukturen mit dem Automotive-Cluster, die Ressourcen und Kompetenzen im Bereich der Forschung und Entwicklung wie auch die – im internationalen Vergleich – herausragend ausgebildeten Fachkräfte bieten enorme Potenziale. Entscheidend für die zukünftige Arbeitsplatzentwicklung wird sein, ob diese Potenziale zum Zuge kommen und auch in

Wertschöpfung und Beschäftigung vgl. auch Nationale Plattform Zukunft der Mobilität, 1. Zwischenbericht zur strategischen Personalplanung und -entwicklung im Mobilitätssektor, Berlin 2020.

12 Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine auf der Strukturstudie *BW-e-mobil* basierende regionale Studie. Vgl. IG Metall Region Stuttgart/Wirtschaftsförderung Region Stuttgart, *Transformation Elektromobilität in der Region Stuttgart*, Whitepaper, Stuttgart 2019.

weitere Wertschöpfung und Produktion an den Automobil- und Zulieferstandorten der Region umgesetzt werden können. Die Kernfrage ist also: Schafft die Region Stuttgart den Systemwechsel zur Elektromobilität als Technologiestandort und als Produktionsstandort?

PRODUKTIONSTECHNIK-CLUSTER

Der Maschinen- und Anlagenbau ist als Kern der Investitionsgüterindustrie von überaus hoher Relevanz für die Wirtschaftsleistung und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sowie für die Beschäftigung in vielen Regionen, insbesondere in der Region Stuttgart. Maschinen und Anlagen beeinflussen maßgeblich die Produktivitäts-, Qualitäts- und Kostenentwicklung in den produzierenden Unternehmen vieler Branchen. Die große Bedeutung des Maschinenbaus gilt in ganz besonderer Art und Weise für die Regionalwirtschaft im Zentrum Baden-Württembergs. Der Maschinenbau ist nach Umsatz und Beschäftigung hinter der Automobilindustrie die zweitgrößte Branche des Produzierenden Gewerbes in der Region Stuttgart. In den rund 400 Betrieben des Maschinenbaus waren 2019 gut 106 000 Beschäftigte tätig, die einen Umsatz von 23,2 Milliarden Euro (bei einem Exportanteil von 65,4 Prozent) erwirtschafteten.

Der Fokus der regionalen Unternehmen liegt auf Spezialmaschinen, Bearbeitungszentren und Systemlösungen, vielfach aber auch auf hochwertigen Komponenten, die in Maschinen und Anlagen verbaut werden. Die Vielfalt der Branche zeigt sich in der Region Stuttgart in einem Mix von unterschiedlichen Sparten des Maschinenbaus, wenn auch ein besonderer, international bedeutsamer Schwerpunkt in der Produktion von Werkzeugmaschinen für die metallverarbeitende Industrie liegt. Die starke Konzentration von Maschinenherstellern resultiert zum einen aus den größeren Unternehmen, zum anderen aus zahlreichen weiteren, KMU-geprägten Maschinenbauern, die über die gesamte Region hinweg verteilt sind. Viele dieser klassischen Mittelständler, häufig in Familienbesitz und inhabergeführt, haben sich in ihren Nischenmärkten zu Technologieführern entwickelt und wurden zu wichtigen Elementen des Produktionstechnik-Clusters der Region Stuttgart. Der Cluster wird ebenfalls durch Komponentenhersteller und Zulieferer für den Maschinenbau, durch Ingenieurbüros und Softwareunternehmen komplettiert. Weitere ele-

mentare Bestandteile sind Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen, flankiert von der Clusterinitiative Maschinenbau Region Stuttgart und weiteren Kompetenzzentren und Initiativen. Im Gesamtbild der Unternehmen, Institutionen und Netzwerke verfügt die Region über einen weltweit führenden Produktionstechnik-Cluster mit besonderen Kompetenzen bei der Lösung komplexer fertigungstechnischer Aufgaben und Herausforderungen. Die damit verbundenen regionalen Stärken im Maschinen- und Anlagenbau, in der Automatisierungstechnik sowie bei den Entwicklern und Ausrüstern von industriellen Informations- und Kommunikationssystemen bieten sehr gute Voraussetzungen für eine Vorreiterrolle bei der Digitalisierung und Vernetzung der Produktion beziehungsweise bei der Industrie 4.0.

DIGITALE TRANSFORMATION ALS HERAUSFORDERUNG

Auch der Maschinenbau steht in den 2020er Jahren vor großen Herausforderungen in wirtschaftlicher, technologischer und beschäftigungspolitischer Hinsicht. Internationalisierungsprozesse und die Märkte in Schwellenländern werden immer wichtiger, neue Wettbewerber steigen ins mittlere und ins Hightech-Segment des Maschinenbaus auf, und internationale Investoren beteiligen sich an deutschen Maschinenbauunternehmen oder übernehmen diese gar. Technologietrends wie Digitalisierung und Industrie 4.0 wirken sich zunehmend auf die Branche aus. Der demografische Wandel und die Fachkräftesicherung in Zeiten der Digitalisierung der Arbeitswelt („Arbeit 4.0“) müssen von den Unternehmen bewältigt werden. Gerade in den Megatrends Digitalisierung, Plattformökonomie und Künstliche Intelligenz liegt eine große Herausforderung für den Maschinen- und Anlagenbau und damit auch für den Produktionstechnik-Cluster der Region Stuttgart.¹³ Digitalisierungsstrategien und entsprechende Investitionen werden für die Unternehmen immer wichtiger – und zwar sowohl aus der Perspektive des Anbieters von digitalisierten Produkten, Services und Geschäftsmodellen als auch aus der des Anwenders bei der Vernetzung der internen

¹³ Zu Entwicklungstrends und Beschäftigungswirkungen der digitalen Transformation im Maschinenbau vgl. Jürgen Dispan/Martin Schwarz-Kocher, Digitalisierung im Maschinenbau, Working Paper der Hans-Böckler-Stiftung 94/2018.

Prozesse im eigenen Unternehmen und im Wertschöpfungsnetzwerk.¹⁴

Große Problemfelder für die Digitalisierung im Maschinenbau liegen in der Personalverfügbarkeit, dem Wissenstransfer und der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter. Damit stehen Engpässe bei qualifizierten Fachkräften bei den Maschinenbauunternehmen heute noch im Vordergrund. Jedoch werden die Beschäftigungswirkungen durch Digitalisierung in den nächsten Jahren fast alle Bereiche des Maschinenbaus treffen. Mit der digitalen Transformation kommt es zu strukturellen Veränderungen zwischen unterschiedlichen Beschäftigtengruppen wie auch zu qualitativen Veränderungen der Arbeitsbedingungen. Quantitative Arbeitsplatzeffekte durch Digitalisierung werden im Maschinenbau durch gegenläufige Prozesse geprägt sein: Neue digitale Angebote und damit erreichbares Wachstum werden Arbeitsplätze sichern und schaffen. Dagegen werden die Effizienzgewinne durch Digitalisierung bei den internen Prozessen Arbeitsplätze verändern oder gar überflüssig machen. Unter der Prämisse „Wachstum durch digitale Angebote“ wird der Saldo aus beidem in den nächsten Jahren neutral bis eher positiv sein. Mittel- bis langfristig gesehen wird es wohl dennoch in allen Teilbranchen des Maschinenbaus aufgrund der Rationalisierungseffekte eher zu einem Arbeitsplatzabbau kommen. Noch stärker als direkte Bereiche in der Produktion werden dann die klassischen Büro- und Informationstätigkeiten unter Druck kommen. Digitale Tools, Software-Bots und die durchgängige Vernetzung greifen insbesondere bei Tätigkeiten entlang der „indirekten Kette“ vom Vertrieb über Entwicklung, Konstruktion, Einkauf, Produktionsplanung/-steuerung, Buchhaltung, Controlling bis hin zum Aftersales-Service.

Auch im Zeitalter der Digitalisierung stehen für die weltweiten Kunden des regionalen Maschinenbaus (und deren Investitionsentscheidungen) die Faktoren Produktivität, Effizienz, Verfügbarkeit, Präzision und Qualität bei angemessenen Preisen ganz oben auf der Prioritätenliste. Genau diese Erfolgsfaktoren gilt es auch mit Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz zu stützen. Es ist hervorzuheben, dass die größten Stär-

ken der deutschen Maschinenbauer, insbesondere aber auch der regionalen Hersteller, in den nicht-preislichen Wettbewerbsfaktoren liegen. Dazu zählen Faktoren wie die Qualität der Produkte, Innovationsvermögen und Problemlösungskompetenz, Zuverlässigkeit und Liefertreue sowie produktbegleitende Dienstleistungen und Aftersales-Services. Der Maschinenbau ist geprägt von Einzel- und Kleinserienfertigung; nur in wenigen Branchensparten werden standardisierte Produkte in Großserien hergestellt. Ein weiteres Spezifikum des Maschinenbaus in der Region Stuttgart liegt in der vielfältigen Betriebsgrößenstruktur der Unternehmen und in den Eigentumsverhältnissen. Diese häufig inhabergeführten Familienunternehmen verfolgen in der Regel langfristige Strategien, was eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ebenso begünstigt wie betriebliche Partizipation und Mitbestimmung. Gerade der Maschinenbau ist auf das Fachwissen und die Kreativität seiner Belegschaften angewiesen. Ihnen Mitsprache und Beteiligung zu bieten, befördert auch künftig den wirtschaftlichen Erfolg der Branche.

FAZIT

Die Region Stuttgart als einer der innovativsten, wirtschafts- und exportstärksten Industriestandorte Europas steht vor vielfältigen Herausforderungen, die sich mit Digitalisierung, Elektromobilität, Klimawandel, Handelsbarrieren sowie Verlagerung von Produktions- und Entwicklungsfunktionen auf den Punkt bringen lassen. In den regionalen Clustern und Innovationssystemen verändern sich die gewachsenen und etablierten Strukturen und es gilt, Entwicklungsblockaden (Lock-in-Effekte) zu vermeiden. Es entstehen aber auch neue Möglichkeiten im Kontext von Zukunftstechnologien und neuen Geschäftsmodellen, wie etwa der Erfolg des Göppinger Softwareunternehmens Teamviewer zeigt. Strukturwandel und Transformation in der Region Stuttgart hatten bereits vor der Corona-Pandemie begonnen, werden aber durch deren sozioökonomische Folgen stark beschleunigt. Diese Gemengelage erfordert nicht weniger als „weitreichende Veränderungen und Neuausrichtungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft der Region Stuttgart“.¹⁵ Demnach ist der spezifische Industrie-Dienstleistungs-Ver-

¹⁴ Vgl. Jürgen Dispan, *Digitale Transformation im Maschinen- und Anlagenbau. Digitalisierungsstrategien und Gestaltung von Arbeit 4.0*, in: Ernst Hartmann (Hrsg.), *Digitalisierung souverän gestalten*, Berlin 2021, S. 118–132.

¹⁵ Verband Region Stuttgart, *Sitzungsvorlage Nr. 084/2020*, 25.11.2020, S. 9.

bund, also die industrielle Basis mit ihren technischen und systemischen Problemlösungskompetenzen, verbunden mit den wissensintensiven Dienstleistungen und dem hohen Qualifikationsniveau, eine gute Grundlage für die künftige Innovations- und Wettbewerbsstärke als nachhaltiger Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort.

Die regionalen Akteure sind sich weitgehend einig, dass die langfristige Performanz der Region Stuttgart eng mit einer erfolgreichen Transformation der Schlüsselindustrien, aber auch mit der Nutzung von Diversifikationspotenzialen in Zukunftstechnologien, innovativen Lösungen sowie der Weiterentwicklung der wissensintensiven Dienstleistungen verknüpft ist. Entsprechende Themenfelder für die regionalwirtschaftliche Entwicklung sind beispielsweise nachhaltige Mobilität, Kreis-

laufwirtschaft, klimaneutrale Produktion, erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz, Bioökonomie und Künstliche Intelligenz. Mit diesen Grundlagen, Zielsetzungen und Themenfeldern, mit dem Mix aus innovativen Unternehmen in allen Größenklassen, mit der exzellenten Forschungsinfrastruktur und gewachsenen Netzwerken hat die Region Stuttgart aus Sicht der regionalen Akteure gute Chancen, ihre Position als international anerkannte Problemlöserregion weiter zu festigen.

Problemlöserregion oder Problemregion der 2020er Jahre¹⁶ – es bestehen beste Chancen für Ersteres, aber auch Risiken für die weitere Regionalentwicklung. Damit – wie mancherorts orakelt wird – „Stuttgart nicht Detroit wird“ und um ein „Ruhrgebiet des 21. Jahrhunderts“ zu verhindern, muss sich die Region dem Strukturwandel stellen und Strategien zur proaktiven Gestaltung auf den Weg bringen.

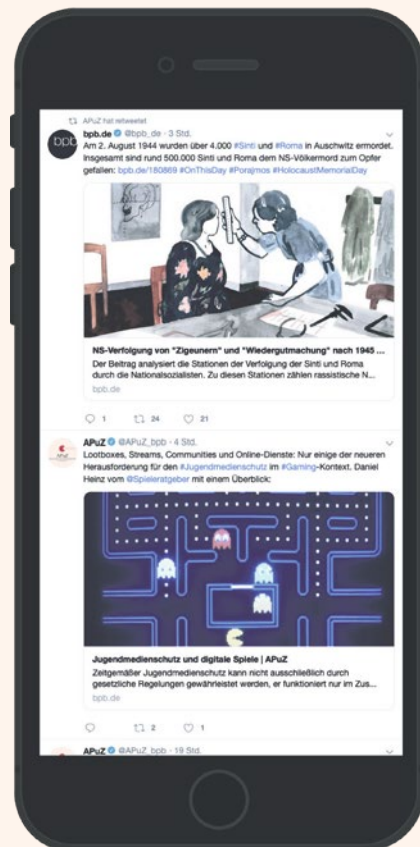
16 „Stuttgart – Problemregion der 90er Jahre“ war der Titel eines Strukturgutachtens der IG Metall und des IMU Instituts, das in Regional- und Landespolitik kontrovers diskutiert wurde. Der prosperierende Raum Stuttgart stehe, so ein zentrales Ergebnis dieser Studie, durch den Strukturwandel in den industriellen Schlüsselbranchen vor einem erheblichen Arbeitsplatzabbau. Vgl. Gerhard Richter, Stuttgart – Problemregion der 90er Jahre?, München 1988.

JÜRGEN DISPAN

ist promovierter Wirtschaftsgeograf und arbeitet als Wissenschaftler mit den Schwerpunkten „Region – Branche – Arbeitswelt“ beim IMU Institut Stuttgart. jdispan@imu-institut.de

Immer informiert.

Bestellen Sie unseren APuZ-Newsletter oder folgen Sie uns bei Twitter!



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. Januar 2021

REDAKTION

Anne-Sophie Friedel
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Frederik Schetter (Volontär)
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
7-8/2021, 15. Februar 2021

CHINA

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz